



75. Sitzung

Mittwoch, 28. Februar 2007

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	3969 A	Dr. Barbara Brüning SPD	3978 B
Zur Geschäftsordnung		Marita Meyer-Kainer CDU	3979 A
Harald Krüger CDU	3969 A	Marino Freistedt CDU	3980 A
Britta Ernst SPD	3969 B	Wilfried Buss SPD	3980 D
Christian Maaß GAL	3969 C	Egbert von Frankenberg CDU	3981 D
Beschluss	3969 D		
Abwicklung und Ergänzung der Tagesordnung	3970 A	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
		Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz	
		– Drs 18/5828 –	3983 C
Aktuelle Stunde	3970 A	Ergebnis	3996 C
Fraktion der GAL:			
Zukunft der Schule: Zwei Säulen führen in die Sackgasse		Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
		Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt	
		– Drs 18/5872 –	3983 C
		Ergebnis	3996 C
Fraktion der CDU:			
Historischer Kompromiss in der Schulpolitik: Zwei-Wege-Modell für Hamburg		Bericht des Kulturausschusses:	
		Elbphilharmonie	
		– Drs 18/5689 –	3983 D
		und	
Fraktion der SPD:		Gemeinsamer Bericht des Haushaltsausschusses und des Stadtentwicklungsausschusses:	
SPD: Ende der Hauptschule – konkrete Verbesserung für das Hamburger Schulsystem		Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010" (SIP)	
Christa Goetsch GAL	3970 B, 3974 C, 3979 D	Realisierung des Projekts Elbphilharmonie	
Britta Ernst SPD	3971 A, 3982 C	– Drs 18/5824 –	3984 A
Robert Heinemann CDU	3971 D, 3976 B, 3983 A		
Manuel Sarrazin GAL	3973 A	dazu:	
Alexandra Dinges-Dierig, Senatorin	3973 D		
Gerhard Lein SPD	3975 B		
Dr. Willfried Maier GAL	3977 A		

Interfraktioneller Antrag:		Dr. Andrea Hilgers SPD	4009 C
Kinder und Jugendliche zur Musik		Beschlüsse	1010 C
– Drs 18/5895 –	3984 A		
und		Bericht des Haushaltsausschusses:	
Antrag der Fraktion der SPD:		Etablierung eines regionalen Gemeinschafts-Fonds für Hamburg	
Realisierung des Projekts Elbphilharmonie		– Drs 18/5760 –	4010 D
– Drs 18/5896 –	3984 A	dazu:	
Dietrich Rusche CDU	3984 A, 3995 A	Antrag der Fraktion der SPD:	
Jan Quast SPD	3986 B	Regionaler Gemeinschafts-Fonds für Hamburg	
Dr. Willfried Maier GAL	3988 A, 3994 D	– Drs 18/5891 –	4010 D
Dr. Karin von Welck, Senatorin	3990 C	Beschlüsse	4010 D
Hans Lafrenz CDU	3992 A		
Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD	3993 B	Der Präsident des Rechnungshofs der Freien und Hansestadt Hamburg:	
Stefanie Strasburger CDU	3995 B	Jahresbericht 2007 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2005	
Bernd Reinert CDU	3996 B	– Drs 18/5775 –	4011 A
Ergebnis	3996 A	Wolfgang Marx SPD	4011 A
Beschlüsse	3996 A	Barbara Ahrons CDU	4011 C
Antrag der Fraktion der CDU:		Dr. Verena Lappe GAL	4012 D
Europa gelingt gemeinsam – Chancen der EU-Ratspräsidentschaft auch für Hamburg nutzen		Beschluss	4013 C
– Drs 18/5814 –	3996 D	Bericht des Sonderausschusses Vewaltungsreform:	
Stefan Kraxner CDU	3996 D	Entwurf eines Gesetzes zur Bestimmung der Ortsteilgrenzen des Stadtteils Sternschanze	
Günter Frank SPD	3997 C	– Drs 18/5780 –	4013 D
Rolf Harlinghausen CDU	3998 C	Dr. Till Steffen GAL	4013 D
Manuel Sarrazin GAL	3998 D	Beschlüsse	4014 B
Beschluss	4000 A	Antrag der Fraktion der CDU:	
Antrag der Fraktion der SPD:		Empfehlung der Wahlkreiskommission zur Wahlkreiseinteilung	
Jugendstrafvollzugsgesetz für Hamburg		– Drs 18/5717 –	4014 B
– Drs 18/5831 –	4000 A	Farid Müller GAL	4014 C
Rolf-Dieter Klooß SPD	4000 A, 4006 C	Kai Voet van Vormizeele CDU	4015 C
Viviane Spethmann CDU	4001 A	Rüdiger Schulz SPD	4016 A
Dr. Till Steffen GAL	4001 D	Dr. Till Steffen GAL	4017 A
Dr. Andreas Dressel SPD	4003 D	Bernd Reinert CDU	4017 C
Carsten-Ludwig Lüdemann, Senator	4004 D	Manuel Sarrazin GAL	4018 A, 4018 C
Beschlüsse	4007 A	Nebahat Güçlü GAL	4018 B
Antrag der Fraktion der GAL:		Niels Böttcher CDU	1018 D
Eltern und Alleinerziehende unterstützen		Beschlüsse	4019 B
– Drs 18/5724 –	4007 B		
Christiane Blömeke GAL	4007 B, 4010 A		
Stefanie Strasburger CDU	4008 C		

A **Beginn: 15.00 Uhr**

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der CDU-Fraktion vor Eintritt in die Tagesordnung gemäß Paragraf 44 in Verbindung mit Paragraf 26 Absatz 4 der Geschäftsordnung das Wort gewünscht wird. Der Abgeordnete Krüger bekommt es.

Harald Krüger CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion beantragt nach Paragraf 26 Absatz 4 der Geschäftsordnung, für den Tagesordnungspunkt 24, Drucksache 18/5780, sowie für den Tagesordnungspunkt 33, Drucksache 18/5717, die erste Lesung jeweils für die Sitzung am heutigen Mittwoch und die Abstimmung über die zweite Lesung der beiden Drucksachen für morgen, Donnerstag, den 1. März vorzusehen, sofern der Senat einer sofortigen zweiten Lesung nicht widerspricht.

Die Drucksache 18/5780 über die Neuregelung der Stadtteilgrenzen steht im direkten Zusammenhang mit den Empfehlungen der Wahlkreiscommission und der Umsetzung dieser Vorschläge.

Wie Sie wissen, dürfen Wahlkreise keine Bezirksgrenzen durchschneiden. Deshalb muss eine Entscheidung über die Stadtteilgrenze und damit die Frage, welche Straßen genau zu welchem Bezirk gehören, mindestens parallel zu der Festlegung der Wahlkreisgrenzen erfolgen. Ansonsten entspräche dieses, zumindest kurzfristig, nicht den Anforderungen des Wahlgesetzes.

B Während der Ausschussberatungen wurde diese Ausschusssitzung auf Wunsch der GAL verschoben, sodass eine erste Lesung am 14. Februar nicht mehr möglich war. Die Dringlichkeit der Drucksache ergibt sich daraus, dass ab dem 17. März, also in zwei Wochen, die Aufstellungsverfahren der Parteien beginnen können. Dieses setzt natürlich voraus, dass dann die Wahlkreiseinteilung endgültig feststeht.

Trotz der Dringlichkeit hat uns die Opposition nun signalisiert, der sofortigen zweiten Lesung nicht zustimmen zu wollen. Der dann eintretende Zustand ist aber nicht hinnehmbar. Deshalb bitte ich Sie sehr, zumindest diesem Kompromiss, wie ich ihn gerade vorgeschlagen habe, als Lösung zustimmen zu wollen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Ernst.

Britta Ernst SPD: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! In der Sache wird es im Rahmen der Tagesordnung auch Fünf-Minuten-Beiträge geben. Ich kann für uns erklären, dass wir der Veränderung der Tagesordnung nicht zustimmen werden. Für uns reiht sich das ein in die Politik der CDU, die immer wieder versucht, den Willen von Bürgerinnen und Bürgern in der Stadt zu ignorieren und Verfahren im Eiltempo durchzuziehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich kann Ihnen auch noch etwas dazu sagen, wenn Sie dies mit der Eile der parteiinternen Aufstellungsverfahren begründen: Am 27. April entscheidet das Hamburgische Verfassungsgericht erst einmal darüber, ob Sie sich überhaupt auf rechtlich sicherer Grundlage bewegen.

(Beifall bei Dr. Till Steffen GAL)

C

Ich glaube, vorher sind Sie gut beraten, keine Aufstellungen zu machen. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht um ein sehr sensibles Thema, nämlich um die Neueinteilung von Wahlkreisen. Wir machen Ihnen den Vorwurf, dass Sie mit dieser Neueinteilung von Wahlkreisen weiter am volksbeschlossenen Wahlrecht herumschnippeln und dass Sie ein weiteres Mal auch diesen Volksentscheid missachten, nicht weniger. Sie schnippeln sich Ihre Wahlkreise so zurecht, dass es Ihrer Partei nützt und das ist ein Vorgang, den wir Ihnen nicht durchgehen lassen wollen.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Zurufe von der CDU)

Zum Thema Debatte. Sie hätten mit Ihrer Mehrheit die Möglichkeit, Ihre Änderungen ohne Geschäftsordnungsänderung in erster und in zweiter Lesung durchzusetzen. Das Problem ist nur, dass Sie dann auch darüber sprechen müssten. Das heißt, dann hätten Sie das heute zur Debatte anmelden müssen. Aber wenn Sie die Möglichkeit haben, dieser Debatte aus dem Weg zu gehen, dann tun Sie das offenbar, weil es Ihnen peinlich ist, was Sie hier veranstalten. Ansonsten könnten Sie sich doch dieser argumentativen Auseinandersetzung hier und heute stellen und das verweigern Sie.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Zurufe von der CDU)

D

Sie verweigern die Debatte, Sie verweigern auch Argumente für diese Drucksachen. Die könnten Sie doch endlich einmal auf den Tisch bringen.

(*Bernd Reinert* CDU: Das ist doch bereits im Ausschuss beraten worden!)

Ihnen ist es schlicht peinlich, was Sie selber gegen das Volk durchsetzen. Das Gute daran ist, dass Ihnen das Volk – wie wir heute wissen – Ihre Tricksereien in Zukunft nicht mehr durchgehen lassen wird und dass Sie aufgrund der Volksentscheide, die auf Sie zukommen werden, damit in Zukunft nicht mehr durchkommen werden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem CDU-Antrag folgen und zu den Tagesordnungspunkten 24 und 33 am heutigen Sitzungstag jeweils die ersten Lesungen durchführen und für die morgige Sitzung die zweiten Lesungen vorsehen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Dann werden die ersten Lesungen zu den Tagesordnungspunkten 24 und 33 heute im Anschluss an die Debatten und die zweiten Lesungen am morgigen Sitzungstag erfolgen.

- A Meine Damen und Herren! Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrates haben die Fraktionen vereinbart, dass die Tagesordnung um zwei weitere Punkte ergänzt werden soll. Es handelt sich dabei zu einen um die Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, zum anderen um die Wahl eines vertretenden ehrenamtlichen Mitglieds der Kommission für Bodenordnung. Die Drucksache 18/5872 und 18/5873 haben Sie erhalten. Sie wurden als Tagesordnungspunkte 3 a und 3 b nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen. Die Nachwahl zur Kommission für Bodenordnung wird vereinbarungsgemäß ab Donnerstag nach der Fragestunde durchgeführt.

Wir kommen somit zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der GAL-Fraktion

Zukunft der Schule: Zwei Säulen führen in die Sackgasse

Die CDU-Fraktion hat ihre Themenanmeldung geändert und meldet nun folgendes Thema an

Historischer Kompromiss in der Schulpolitik: Zwei-Wege-Modell für Hamburg

Das Thema der SPD-Fraktion lautet

SPD: Ende der Hauptschule – konkrete Verbesserung für das Hamburger Schulsystem

- B Die Fraktionen haben vereinbart, alle drei Themen in einer Debatte zusammenzufassen. Das Wort wird gewünscht. Die Abgeordnete Goetsch bekommt es.

Christa Goetsch GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die einjährige Enquete-Kommissionsarbeit ist beendet. Neben den bildungspolitischen Empfehlungen und pädagogischen Auswirkungen möchte ich an dieser Stelle noch einmal betonen, dass das ein sehr spannender öffentlicher Prozess war, eine intensive Auseinandersetzung, die auch ein Erfolg für unser Parlament ist. Es hat unsere parlamentarische Arbeit gestärkt. Es war ein demokratischer Prozess. Im Bundestag sind die Enquete-Kommissionen nicht öffentlich. Insofern empfinde ich das auch als einen Erfolg für unsere parlamentarische Arbeit. Zudem ist die Auseinandersetzung über Bildung – wie das immer wieder betont wurde, auch von dem Vorsitzenden unserer Enquete-Kommission – in den letzten zehn Jahren noch nie so intensiv interfraktionell geführt worden. Auch das ist ein wichtiger Prozess gewesen.

Wenn Sie sich anschauen, dass wir fünf Teilthemen bearbeitet haben, dann sind über vier Fünftel der Themen, die wir mit Empfehlungen belegt haben, hochkonsensual interfraktionell entschieden worden. Da müssen Sie mit der Lupe suchen, wenn Sie Minderheitenvoten finden wollen. Insofern ist die Enquete-Kommission für unsere Hamburger Kinder, für die Schulen ein Erfolg, über den wir uns im Parlament alle zusammen freuen können.

(Beifall bei der GAL, der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Die Standards, die wir gemeinsam gesetzt haben, sind irreversibel. Da wird sich in der nächsten Legislatur keiner

trauen, daran zu kritteln, egal wo er sitzt und welche Rolle er einnimmt. C

Dann geht es um das letzte Fünftel der Empfehlungen und das ist das Thema Vielgliedrigkeit gewesen, das öffentlich natürlich besonders beguckt wurde, auch überregional. Auch dort, meine Damen und Herren, haben wir gemeinsame Empfehlungen abgegeben, die nicht zu unterschätzen sind, auch wenn sicherlich die Mehrheit sagt, dass wir von der Siebengliedrigkeit auf eine höchstens Zweigliedrigkeit wollen.

Unser Ziel ist eine Schule für alle, die in einer Schulform münden soll und wir wollen gemeinsam die Hauptschule abschaffen. Wir wollen alle das Sitzenbleiben reduzieren. Wir wollen eine gemeinsame regionale Schulentwicklung und Schulaufsicht. Ich erinnere an dieser Stelle daran, weil das vor zwei Jahren noch anders war. Das ist, denke ich, bis hin zu dem Punkt, dass vor einem Jahr noch nicht klar war, dass diese zweite Säule zum Abitur führen soll, auch ein Erfolg, den wir zu verzeichnen haben. Trotz alledem haben wir angemeldet, dass die Schule der Zukunft für uns in einem Schritt weiter anders aussieht. Ich möchte Ihnen allen noch einmal deutlich machen – die Enquete-Kommissionsmitglieder kennen das –, warum einige Hauptübel nicht beseitigt sind, die für uns ganz zentral sind.

Meine Damen und Herren! Es wird weiter nach der vierten Klasse und dann noch einmal schärfer nach der sechsten Klasse ausgelesen. Die Kinder werden in einem Alter von zehn, elf, zwölf Jahren immer wieder in die Auslese gebracht. Es basiert angeblich auf der Theorie der zwei Begabungen, die aber nirgendwo belegt sind. Wer sagt Ihnen denn, dass sich ein zehnjähriges Kind wissenschaftsorientiert entwickeln wird? Wer sagt Ihnen denn, dass sich ein zehnjähriges Kind praxisbegabt orientieren wird? Hier ist ein Hauptübel, das nicht beseitigt ist. Ein weiteres Übel ist, dass die Förderschulen auch in dem Zwei-Säulen-System bestehen bleiben. Das heißt, sie haben wieder eine Dreigliedrigkeit und können wieder in die nächst niedrigere Stufe abschulen. Unsere größte Sorge ist, dass diese zweite Säule trotz der tollen Ausstattung, die geplant ist, weiterhin eine Schule für die sozial Schwachen ist, aus dem einfachen Grund, weil Sie alle davon ausgehen, dass 35 Prozent der Risikoschüler, die wir haben, in diese Schule gehen sollen. Wir wissen von allen Studien, dass die Risikoschüler identisch sind mit den sozial schwachen Schülern. Das heißt, sie schaffen es dann wieder nicht, alle Talente, alle Fähigkeiten der Kinder tatsächlich zu entwickeln, sich entfalten zu lassen bis hin zu ökonomischen Notwendigkeiten, dass wir diesen Nachwuchs brauchen. Das heißt, Sie schaffen keine heterogene Gruppe, in der wirklich ein lernförderliches Milieu geschaffen wird. Diese Gefahr besteht. D

Wir wollen weiterhin eine Schule, die nicht separiert und damit die Schüler nicht hindert, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und ihre Potenziale zu entfalten. Nur die Hauptschule abzuschaffen, ist zu wenig. Das ist nicht ein historischer Kompromiss, sondern die Reaktion auf eine Schulpolitik, die nicht mehr getragen hat. Deshalb wollen wir den Schritt weitergehen und ich freue mich auf eine spannende Diskussion. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Frau Ernst bekommt das Wort.

A **Britta Ernst** SPD: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Auch die SPD-Fraktion zieht eine ausgesprochen positive Bilanz der Arbeit in der Enquete-Kommission. Auch ich möchte noch einmal würdigen, dass wir über Parteigrenzen hinweg zum Teil sehr bemerkenswerte Ergebnisse erzielt haben und dass wir für uns in Anspruch nehmen, dadurch der Bildungsdebatte nicht nur in Hamburg, sondern bundesweit Impulse zu geben.

Wir haben immer die Meinung vertreten, dass es gerade in der Schulpolitik sinnvoll ist, auch mal etwas Abstand von Parteipräferenzen und Parteipolitik zu nehmen. Es kann nicht sein, dass Schulpolitik so funktioniert, dass die Schulpolitik einer Legislaturperiode lediglich für die Eltern akzeptabel ist, die die jeweilige Regierung gewählt haben, sondern dass Schulpolitik etwas enthalten muss, das konsensualer ist und gemeinsam getragen wird. Ich finde, dass wir in dieser Enquete-Kommission gezeigt haben, dass das auch möglich ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Hamburg schafft die Hauptschule ab und damit beenden wir – ich denke, auch unwiderruflich – eine Schulform, die keine Akzeptanz mehr hat und durch die hohe Konzentration von Jugendlichen, die soziale und auch schulische Probleme haben, ihren Herausforderungen nicht mehr gerecht werden konnte. Ich denke aber, dass die Abschaffung der Hauptschule auch ein Signal an diejenigen ist, für die die Schulform bisher diejenige ist, auf die sie gehen. Ich denke, das Signal wird verstanden, dass man sich denen zuwendet, die große Probleme haben, Anschluss zu finden, Arbeit und Ausbildung zu finden und die sich häufig schon in Klasse 7 aufgeben und keine Perspektive mehr sehen. Wenn die Politik in Hamburg sagt, dass diese Schulform abgeschafft wird, bedeutet das konkrete Hoffnung für viele, die mit dieser Schulform nichts Gutes mehr verbinden können und das ist auch ein wichtiges Signal.

B

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Hamburg verabschiedet sich ebenfalls mit den Empfehlungen der Enquete-Kommission vom dreigliedrigen Schulsystem. Das ist für ein westdeutsches Bundesland ein sehr bemerkenswerter Faktor. Hier ist es auch im überparteilichen Konsens gelungen, in dieser schwierigsten Frage der Schulpolitik sich anzunähern. Auch das ist ein gutes Ergebnis.

(Beifall bei der SPD)

Alles das wird zu nachhaltigen Verbesserungen des Schulsystems führen. Auch der Abbau des Sitzenbleibens, weniger Abschlüssen sind richtige Schritte, über die wir Einvernehmen herstellen konnten. Wir wären mit unseren Empfehlungen gerne noch weitergegangen. Die SPD verfolgt in der Schulpolitik die Perspektive einer Schule für alle und wir sehen die jetzt eingeleiteten Schritte – Reduzierung von Sitzenbleiben, Abschlüssen, Reduzierung der Schulform – als konkrete Schritte in diese Entwicklung. Wir hätten uns gewünscht, auch diesen großen Wurf zu machen. Es blieb uns aber nur, hier ein Minderheitsvotum zusammen mit der GAL zu vertreten.

Auf der anderen Seite haben wir bedauert, dass sich die GAL der Forderung und Entwicklung von Stadtteilschulen nicht anschließen konnte. Ich denke, dass niemand in dieser Stadt etwas gegen die Entwicklung einer Schul-

form hat, die alle Abschlüsse anbietet und wo versucht wird, diese Schulform durch zusätzliche Ressourcen zu stärken. Deshalb hätten wir uns auch hier einen etwas größeren Konsens gewünscht.

C

Ich denke, die Aufgabe, die wir in der nächsten Zeit haben werden – vielleicht mit der CDU, vielleicht auch in Teilen gegen die CDU –, wird sein, für eine gute Ausstattung dieser Schulen zu kämpfen, weil das, was wir beschlossen haben, mit der Attraktivität dieser Schulform steht und fällt. Ich wünsche mir, dass in der Stadt Energie verwendet wird, sich Gedanken zu machen, wie man diese Schule besonders attraktiv macht, statt ein Feindbild aufzubauen, das apokalyptisch beschreibt, wie schrecklich das ist. Ich finde, mit Stadtteilschulen haben wir eine riesige Chance, Akzeptanz für eine Schulform zu finden und auch die Chance, viele dafür zu gewinnen, zur Attraktivität dieser Schulform beizutragen. Das wäre ein Signal, das von dieser Enquete-Kommission ausgehen sollte.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte zum Schluss sagen, dass wir in der Tat vieles im Konsens beschlossen haben. Keine Sorge für diejenigen, denen es zu harmonisch wird: Es bleibt Zündstoff auch in der schulpolitischen Debatte. Insbesondere finden wir es bedauerlich, dass die CDU den Einstieg in die Beitragsfreiheit für alle fünfjährigen Kinder nicht gemacht hat. Das ist ein großes Versäumnis. Hier werden wir uns weiter auseinandersetzen. Die SPD hält auch daran fest, zehn Jahre Schulpflicht für alle Kinder einzuführen und wir werden auch weiter darum streiten, wie stark das Bildungsniveau in einer Metropole Hamburg eigentlich steigen muss. Auch dort sind wir dafür, deutlich ehrgeizigere Ziele zu setzen und damit werden wir uns weiter auseinandersetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

D

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Heinemann.

Robert Heinemann CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, der Enquete-Kommission ist am Wochenende in der Tat ein Durchbruch gelungen. Nach jahrzehntelangem, teilweise auch sehr heftigem Streit über die Schulstruktur, haben 15 von 17 Experten und Abgeordneten dafür gestimmt, dass wir erstmals in Westdeutschland ein Schulsystem mit zwei Wegen zum Abitur einführen. Ich glaube, wir haben damit einen historischen Kompromiss erzielt, der weit über Hamburgs Grenze hinaus – das zeigt auch die Berichterstattung – Beachtung findet.

Herr Tenorth, Bildungshistoriker aus Berlin, hat in der Zeitung "Die Zeit" immerhin gesagt:

"Ich war sehr angetan war, als ich das Papier der Hamburger CDU las. Es ist bei Weitem das intelligenteste Konzept, das mir seit Langem zu diesem in Deutschland so quälenden Thema begegnet ist."

Ich glaube, es war gut, dass die Enquete-Kommission diesem intelligentesten Konzept gefolgt ist.

(Beifall bei der CDU – *Christiane Blömeke* GAL: Nach vier Jahren!)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich klarstellen, weil heute wieder einiges falsch dargestellt wurde. Wir

A schaffen nicht einfach die Hauptschule ab. Genauso wenig wie wir die Realschule oder die Gesamtschule abschaffen, sondern wir schaffen eine neue Schulform, und zwar die Stadtteilschule. In diese Stadtteilschule können die bisherigen Schulformen ihre individuellen Stärken einbringen. Sie können sich aber vor allem auch weiterentwickeln und besser auf neue Anforderungen einstellen. Zwei Wege zum Abitur. Was sind die Vorteile für Schüler und Eltern in Hamburg?

Erstens glaube ich, dass die neue Schulstruktur deutlich übersichtlicher als bisher ist.

Zweitens haben wir zwei klar profilierte Schulformen.

Drittens können wir beide Schulformen endlich wieder flächendeckend anbieten.

Viertens können Spätentwickler das Abitur an ihrer eigenen Schule ablegen, ohne die Schule wechseln zu müssen.

Und fünftens folgen wir dem doch sehr klar erkennbaren Elternwillen, der in Hamburg Jahr für Jahr immer wieder deutlich wird.

Die CDU hat diesen Weg bereits vor eineinhalb Jahren vorgeschlagen. Wir haben dazu auch einen Runden Tisch angeboten. Leider haben SPD und GAL – anders als die Kammern und die Gewerkschaften – die Einladung der Senatorin boykottiert, weil Ihnen das alles viel zu schnell ging.

(*Wilfried Buss SPD*: Ha, ha!)

B Wir haben daraufhin zugestimmt, dass wir gemeinsam die Enquete-Kommission einrichten, um Ihnen die notwendige Zeit zum Nachdenken zu geben. Die Frage ist, was in dem einen Jahr dabei herauskam. Die GAL hat sich leider entschieden, das eine Jahr nicht zu nutzen, lieber nicht nachzudenken, sich keinen einzigen Millimeter zu bewegen. Ich muss sagen, dass in der Enquete-Kommission schon eine etwas peinliche Berührtheit zu spüren war, als Sie, anders als Frau Ernst und ich, nicht etwa ein aktuelles Papier vorlegten, sondern einen wunderbaren Vortrag aus dem Jahre 2004 auf den Tisch packten. Da fragte man sich schon, wie aktuell die GAL da eigentlich ist.

(Zurufe von der GAL)

Auch Ihr aktueller Debattenbeitrag, Frau Goetsch, zeigt heute, dass Sie zwar die richtigen Ziele verfolgen, aber mit dem völlig falschen Instrumentenkoffer. Wenn Sie einmal einen Blick über die Grenze werfen: Frankreich hat bekanntlich eine Einheitsschule, aber Jugendaufstände in den Banlieues. Auch die USA haben eine Einheitsschule.

(*Antje Möller GAL*: Das ist doch lächerlich!)

Ich glaube nicht, dass die USA bei den Grünen neuerdings ein Musterbeispiel für den sozialen Ausgleich sind. Wir müssen den Realitäten doch ins Auge sehen. Das Gleiche würde in Hamburg drohen. Eine Einheitsschule, wie Sie sie möchten, Frau Goetsch, würde zu einem Boom der Privatschulen führen. Dann würden die reichen Kinder dort hingehen und die armen Kinder würden im staatlichen Schulwesen verbleiben. Ich glaube, das will eigentlich auch die GAL nicht wirklich, Frau Goetsch.

(Beifall bei der CDU – *Christiane Blömeke GAL*: Das hat doch damit nichts zu tun!)

C Die SPD hingegen hat das eine Jahr sehr intensiv zur Diskussion genutzt, genauso wie die CDU. Allerdings muss man sagen, dass dort eher dauernd nachgedacht wurde und man alle paar Tage zu einem neuen Ergebnis kam. Am Schluss hat eigentlich keiner mehr so richtig verstanden, was die SPD wollte,

(*Ingo Eglhoff SPD*: Da kann man mal sehen, wie kreativ Sie sind! Da haben wir Sie intellektuell überfordert!)

weder die Experten noch die Journalisten. Wenn man die verschiedenen Äußerungen nach dem Bildungsparteitag las, hatte man den Eindruck, dass auch die Sozialdemokraten selber nicht so genau wussten, was sie eigentlich wollten. Aber man muss ganz klar konstatieren: Frau Ernst, Frau Professor Brüning und Ihre Experten haben sich gemeinsam sehr ins Zeug gelegt, haben sehr gekämpft und am Ende kam dann der Kompromiss heraus, den wir am Wochenende verabschiedet haben. Wir haben jetzt gemeinsam dafür gestimmt, dass Gymnasien nicht mehr, wie es noch am Freitag hieß, Stadtteilschulen werden müssen, sondern dass sich Gymnasien lediglich in Einzelfällen zu Stadtteilschulen entwickeln können, wenn die schulischen Gremien das wollen. Nichts Neues übrigens, wenn man sich anguckt, dass wir bereits in Tonndorf die kooperative Schule gegründet haben. Aber ich bewundere Sie, Frau Ernst, wie Sie es geschafft haben, in diesem Chaos immer wieder deutlich zu machen, dass die SPD aus Ihrer Sicht eigentlich immer eine konsequente Linie verfolgt hat.

(*Michael Neumann SPD*: Da klatschen selbst die CDU-Abgeordneten nicht!)

D Meine Damen und Herren! Die Frage ist nur, was dieses Ergebnis heute wert ist. Die GAL hat klar erklärt, dass sie im Rahmen von Koalitionsverhandlungen doch noch die Einheitsschule durchsetzen und die Gymnasien abschaffen möchte. Auch bei der SPD bin ich mir angesichts des Zickzackkurses der letzten Monate nicht wirklich sicher, wofür die SPD morgen steht. Wer Herrn Buss und Herrn Lein und das Mienenspiel am Wochenende beobachtet hat, der wusste, dass die Konterrevolution schon in der Vorbereitung ist.

(Beifall bei der CDU – *Wilfried Buss SPD*: Richtig!)

Herr Buss ist immerhin schulpolitischer Sprecher der SPD, also nicht irgendwer, und hat neulich schon einmal die Schließung von neun Hamburger Gymnasien gefordert. Erst kürzlich hat er gefordert, dass alle Schulen in Hamburg zu Gymnasien werden sollen, also quasi die Einheitsschule mit eingebautem Etikettenschwindel. Von daher muss man ganz klar feststellen: Rotgrün wäre trotz der Empfehlung der Enquete-Kommission der ganz klare Einstieg in die Einheitsschule in Hamburg. Die Gymnasien würden verwässert und dann abgeschafft werden. Nur die CDU garantiert, dass das neue Schulsystem zum Sommer 2009 so umgesetzt wird, wie es die Enquete-Kommission beschlossen hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Sarrazin.

(*Rolf Harlinghausen CDU*: In welcher Klasse ist er?)

A **Manuel Sarrazin** GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss Herrn Buss einmal in Schutz nehmen. Herr Heinemann, wenn die Konterrevolution nach meiner historischen Erfahrung doch meistens von rechts kam, so kann man das Herrn Buss, glaube ich, kaum vorwerfen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Warten Sie lieber auf Revolutionen, die in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten noch kommen werden.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Meine Damen und Herren! Wenn wir über die mittelmäßige Schulpolitik der CDU reden, dann sprechen wir darüber, dass sie sich nicht traut, ein Grundproblem der Hamburger Schulpolitik anzugehen, das auch nach diesem Kompromiss der Enquete-Kommission leider weiter bestehen bleiben wird. Dieses Grundproblem – das ist eindeutig in den verschiedenen Studien dargestellt, die auch zur Arbeit dieser Kommission geführt haben – ist, dass Sie, meine Damen und Herren, pseudohomogene Lerngruppen annehmen. Pseudohomogene Lerngruppen, wo Sie so tun, als könnte man Schülerinnen und Schülern ganz in dem Sinne, wo Sie dann die Konterrevolution befürchten, über einen Kamm scheren, als könnte man so tun, als gäbe es Lerngruppen, die man unterscheiden kann zwischen Schülerinnen und Schülern, die besser und schlechter sind.

(*Robert Heinemann* CDU: Sie hätten mal zu den Sitzungen kommen sollen!)

B Herr Heinemann, ich habe mich viele Jahre lang mit der Schulpolitik beschäftigt und habe verschiedene Senate in ihrer Arbeit betrachten dürfen und muss ganz ehrlich sagen, so schlecht wie Sie hier arbeiten, hat das keiner vor Ihnen gemacht.

(Beifall bei der GAL)

Wir haben in den verschiedenen Teilbereichen in der Enquete-Kommission bemerkt, dass wir heute Lerngruppen haben, die heterogener sind als früher, dass wir unterschiedlichste Lebenssituationen haben, aus denen sich Eltern und auch Schüler in Schulen generieren. Aber die letzte und wichtigste Konsequenz, die daraus zu ziehen ist, nämlich dass man sagt, wir machen Schluss mit dem Sortieren von Schülerinnen und Schülern, in gut und schlecht, in erste und zweite Klasse, die haben Sie nicht gezogen und das ist das Problem, das uns heute vorliegt.

(Beifall bei der GAL)

Wir werden weiter damit umgehen müssen, dass Sie denken, Sie können Starke fördern, indem Sie sie in Schulen erster Klasse packen und dass die "Schwächeren" dabei auf der Strecke bleiben sollen. Meine Erfahrung ist aber mal gewesen, dass dieses System der Differenzierung zu einem Zeitpunkt, wo es viel zu früh für die verschiedenen Schulformen ist, letztlich dazu führt, dass auch die Stärkeren nicht in dem Maße gefördert werden, wie sie gefördert werden können. Meine Erfahrung ist damit immer gewesen, dass sowohl die Stärkeren als auch die Schwächeren hinten runterfallen und letztlich etwas übrig bleibt, das sich so beschreiben lässt wie auch Ihre Schulpolitik, nämlich Mittelmäßigkeit.

(Beifall bei der GAL)

Wir von der GAL bleiben bei unserer Überzeugung. Sie müssen meine Kollegin Goetsch schon verstehen.

(*Kai Voet van Vormizeele* CDU: Sie sind also un- belehrbar!)

C

Wir sind im Jahr 2004 mit einem Programm in den Wahlkampf gezogen, das unter dem Motto stand, dass wir eine gemeinsame Schule bis zum neunten Schuljahr für alle Schülerinnen und Schüler in Hamburg wollen. Das hat sich bis heute nicht verändert. Wir haben bisher keine Argumente von Ihnen gehört, die unsere Überzeugung, die so stark ausgeprägt ist, hätte verändern können. Von daher müssen Sie uns nicht vorwerfen, dass wir zu dem stehen, was wir 2004 in unserem Wahlprogramm aufgeschrieben haben, wenn Sie sich bewegen mussten, weil Sie bis zuletzt eine Politik gemacht haben, die noch nicht einmal die grundlegenden Erkenntnisse einbezogen hat.

(Beifall bei der GAL)

Wir wollen, dass Hamburg endlich aufhört, Kinder zu früh zu sortieren. Die Zahl der Schubladen ist nicht unwichtig, aber ist nicht der entscheidende Hebel. Wir wollen, dass Schluss ist mit dem Schubladendenken in Hamburg, dass alle Schülerinnen und Schüler gemäß ihren Fähigkeiten und Notwendigkeiten gefördert werden und dass am Ende "9 macht klug", eine gemeinsame Schule für alle in Hamburg steht. Dafür werden wir weiter eintreten. – Danke.

(Beifall bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält Senatorin Dinges-Dierig.

Senatorin Alexandra Dinges-Dierig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das letzte Wochenende war ein gutes Wochenende für Hamburg.

D

(Beifall bei der CDU und Zurufe von der SPD)

Die Enquete-Kommission hat den Weg für eine zukunftsfähige Hamburger Schulstruktur eröffnet. Ich freue mich, dass es über Parteigrenzen hinweg gelungen ist, Gemeinsamkeiten in dieser Frage zu zeigen und sogar deutlich zu äußern.

Ich freue mich auch, dass die SPD und hier insbesondere Frau Ernst die Kraft besessen haben, einem tragfähigen Modell zur Schaffung von Stadtteilschulen und zur Weiterentwicklung von Gymnasien zuzustimmen.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter Niedmers, ich möchte Ihrem Gedächtnis ein wenig auf die Sprünge helfen. – Frau Senatorin, fahren Sie bitte fort.

Senatorin Alexandra Dinges-Dierig (fortfahrend): Ich bedauere auf der anderen Seite allerdings genauso, dass Sie, liebe Frau Goetsch, nicht müde werden, Ihren von Ideologie geprägten Kampf gegen das Gymnasium weiterzuführen.

(Beifall bei der CDU)

Nach fast einem Jahr Beratung in der Enquete-Kommission, die auch von Ihnen angestoßen wurde, würde es Ihnen sehr, sehr gut zu Gesicht stehen, wenn Sie jetzt das Verhandlungsergebnis akzeptieren, Ihr Modell in der Schublade verstauen würden und mit uns und der SPD

- A gemeinsam das neue Konzept für die Stadtteilschule und die Weiterentwicklung der Gymnasium gestalten.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben jetzt die Chance, im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen endlich das zersplitterte Schulsystem in Hamburg zu überwinden, indem wir die Stadtteilschule mit mehr und besseren Schulabschlüssen für alle Kinder und Jugendlichen möglich machen, bis hin zum Abitur nach 13 Jahren. Wenn wir es wirklich alle wollen, dann wird die Stadtteilschule auch die vollwertige Fachhochschulreife möglich machen, etwas, was es in ganz Deutschland noch nicht gibt. Wir könnten Vorreiterland werden.

Gleichzeitig geht es darum, das achtjährige Gymnasium wieder zu der Spitze zu führen, die es in der Tradition unserer Stadt Ende der Sechzigerjahre einmal hatte und die in den letzten Jahrzehnten verloren gegangen ist.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren von der GAL, wenn Sie davon sprechen, dass die zweigliedrige Schulstruktur in die Sackgasse führt, dann sind Sie es, die sich in eine bildungspolitische Sackgasse begeben haben. Sie verweigern sich dem Kompromiss und entziehen sich damit der Verantwortung für unsere Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Es ist richtig, manche soziale Ungleichheit kann sich in einer Schulstruktur niederschlagen.

- B (Gesine Dräger SPD: Tja!)

Das heißt aber nicht, dass wir mit einer Strukturänderung – egal, mit welcher, auch nicht mit einer Einsäulenstruktur – soziale Ungleichheiten beseitigen können. Soziale Defizite, die den Bildungserfolg gefährden, müssen wir frühzeitig angehen. Deshalb hat sich der Senat in den vergangenen Jahren genau dieses in Kita, Vorschule und Grundschule als Schwerpunkt vorgenommen. Deshalb haben wir das Viereinhalbjährigen-Vorstellungsverfahren verpflichtend gemacht. Deshalb haben wir das verpflichtende Vorschuljahr für die Kinder, die besondere Förderung brauchen, und die Erziehungskompetenz an Ganztagsgrundschulen gestärkt. Aus diesem Grunde haben wir in den Grundschulen, die in besonders schwierigen Gebieten liegen, kleinere Klassen eingerichtet und deshalb haben wir die Förderung besonders leistungsfähiger Kinder in der Grundschule eingeführt. Das, meine Damen und Herren, heißt gerechte Bildungschancen für alle Kinder.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb zielt die Bildungswende des Senats eindeutig auf größere Selbstverantwortung der Schulen, auf messbare, transparente Ergebnisse, auf neue Unterrichtskonzepte und auf eine verlässliche Schulstruktur. Wir wollen soziale Benachteiligungen durch gerechte Bildungschancen abbauen und zugleich leistungsstarke Schülerinnen und Schüler, aber auch leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler individuell fördern und fördern.

In unserer Bildungspolitik wird nicht nur heute, sondern auch morgen der Bildungserfolg unserer Kinder im Mittelpunkt stehen. Alles andere hat sich diesem einen Ziel unterzuordnen. Das gilt heute und in Zukunft. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Senatorin Dinges-Dierig, Herr Heinemann, ich dachte, wir könnten heute ein bisschen das Florett einsetzen, aber Sie wollen wohl die Keule oder das Schwert. Also bitte, dann bekommen Sie es auch.

(Beifall bei der GAL und bei *Wilfried Buss SPD*)

Frau Dinges-Dierig, Sie müssen ein bisschen die Historie sehen. Sie haben noch im Oktober 2005 gesagt, Strukturdebatten seien Dinge von gestern, das sei Gegacker und Geflatter nach dem Motto der DDR-Einheitsschule. Sechs Wochen später wurden Sie von Ihrem Abgeordneten Heinemann eines Besseren belehrt, dass nämlich die Strukturdebatte zusammen mit der inhaltlichen Debatte zu führen ist. Sie durften die katastrophalen Ergebnisse aus Hamburg im Konsortium in Berlin erfahren. Dort wurde deutlich, dass wir eine große Anzahl Hauptschüler im Gymnasium und eine große Anzahl Gymnasiasten in der Hauptschule haben. Das zeigt deutlich, dieses gegliederte Schulsystem ist gescheitert. Das zum einen.

Zum Zweiten, Herr Heinemann, ist die Abschaffung der Hauptschule – ich sprach es eben schon an – kein historischer Kompromiss. Es ist ein Reagieren auf die Situation, dass Haupt- und Realschulen nicht angewählt werden und sich in einer Großstadt wie Hamburg zu einer Hauptschule entwickelt haben, in der Kinder mit ihren sozialen, häuslichen und sonstigen Hintergründen nicht vergleichbar sind mit den Zuständen der Hauptschulen auf "dem platten Lande", die – ohne es diskriminierend zu meinen – auch unter einem demografischen Druck geraten und von sich aus Entwicklungen angehen.

Es ist keine gestalterische Tätigkeit, nur diese Hauptschule in Richtung einer Schule der Zukunft abzuschaffen, die länger als eine Legislaturperiode trägt. Ihr Verdienst ist es, Ihre Fraktion und Ihre Senatorin davon überzeugt zu haben. Sie haben beide keine Argumente zur Frage der frühen und schärferen Auslese nach der sechsten Klasse gebracht, auch nicht im Kontext mit der sozialen Spaltung.

Überlegen Sie sich noch einmal, wie der Auftrag eigentlich aussieht. Wir brauchen in Deutschland eine hohe Bildungsbeteiligung für alle, und zwar nicht nach sozialer Herkunft. Das haben wir uns alle ins Hausaufgabenbuch geschrieben, und zwar nicht nur Herr Munius oder die EU, ich könne Ihnen seitenweise aus der Wirtschaft zitieren.

Wir brauchen eine gesellschaftliche Integration der Migrantenkinder, die bisher nicht gelungen ist. Wir sehen das an den Abschlüssen. Wir brauchen für alle ein hohes Bildungsniveau unter Reduzierung der Risikoschüler und wir brauchen dringend mehr Akademikerinnen und Akademiker, um auf das europäische Niveau zu kommen. Diese Herausforderungen werden Sie mit diesem System, mit der Zementierung von zwei Säulen, nicht bewältigen.

Ich nenne Ihnen ein konkretes Beispiel: Wir haben in der letzten Woche die Regionalstudien bekommen. Gehen Sie nach Finkenwerder, gehen Sie an die Schultore der

C

D

A Gesamtschulen und der Gymnasien und fragen Sie die Schüler, wie viele Bücher sie zu Hause haben. Ich sage Ihnen, der Schüler, der fünf Bücher hat, geht in die Gesamtschule in Finkenwerder und der Schüler, der mehr als 100 Bücher hat, geht ins Gymnasium. Das ist durch die Regionalstudien in allen Stadtteilen deutlich geworden. Es wird nach sozialer Herkunft gespalten. Wer geht denn jetzt in die Stadtteilschule? Wie wollen Sie die soziale Spaltung in einem Sozialraum wie Finkenwerder aufheben? Zwischen beiden Schulen liegen soziale Welten. Gehen Sie den anderen Weg in der Schulentwicklung, nämlich auch in der Entwicklung des Gymnasiums. Kein Mensch will das Gymnasium abschaffen. Es geht darum, dass im Gymnasium genauso individuell gefordert und gefördert wird, was bisher nicht in ausreichendem Maße gelingt. Wir haben die Orientierung an den Mittelköpfen und nicht an den Spitzen, die gefordert werden, und wir haben die Schwachen, deren Talente genauso entwickelt werden müssen. Das ist der Mangel an unserem System.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Um das nicht nur mit meinen Worten zu sagen, möchte ich Herrn Professor von Saldern zitieren. Er sagte, aus seiner Sicht sei ein Zweisäulenmodell keine Lösung. Er halte ein solches Modell für wissenschaftlich und moralisch verwerflich. Insbesondere sei der frühe Selektionszeitraum wissenschaftlich nicht gerechtfertigt. Man nehme diesen Kindern wichtige Lebenschancen und das sei einer Demokratie nicht würdig.

Lassen Sie mich mit einem Zitat von Lothar Späth enden, ehemals Ministerpräsident in Baden-Württemberg. Er sagte:

B "Wir müssen weg von einem Bildungssystem, das sich darauf ausrichtet, überdurchschnittliche Schüler von unterdurchschnittlichen zu trennen, hin zu einem System, das individuelle Schwächen ausgleicht und Talente fördert."

Das lässt sich weder durch das althergebrachte Dreiklassensystem noch durch den herkömmlichen Frontalunterricht gewährleisten. In diese Richtung müssen wir gehen, beispielsweise in Richtung der Max-Brauer-Schule, die es geschafft hat, ein neues System als Gesamtschule hin zu einer neuen Schule zu entwickeln. Wie die heißt, ist mir – ehrlich gesagt – vollkommen egal, hauptsächlich sie nimmt die Kinder mit und lässt deren Talente sich entfalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Lein.

Gerhard Lein SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach Ihren Einlassungen, Frau Senatorin, sind wir Sozialdemokraten gut beraten gewesen, uns der Einladung an den grünen Tisch im 16. Stock zum Ausbaldornen, wie es in Hamburg weitergehen soll, zu verweigern und das Ganze parlamentarisch in einer Enquete-Kommission zu behandeln.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Insgesamt ist uns ein akzeptabler Wurf gelungen. Historisch mag man darüber spekulieren. Ich mag solche großen Worte nicht, insbesondere auch, weil Frau Goetsch darauf hingewiesen hat, wie wenig historisch

das ist, was die CDU nun schließlich hinnehmen musste, nämlich den Scherbenhaufen Ihrer gegliederten Schulen wegzuräumen

C

(Barbara Ahrons CDU: Unserer gegliederten Schulen?)

und einer Stadtteilschule zuzustimmen, die – man höre und staune – eine integrierte Schulform ist. Man könnte auch von einer Art Gesamtschule sprechen. Sie mögen es nicht gern hören. Sie stimmen zu und Sie müssen zustimmen, weil Sie keine Alternative mehr haben.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Leider sind sie nicht um die Schüler angereichert, denen Sie klassische gymnasiale Bildung widmen wollen und die durch das Angebot daran gehindert werden, sich mit anderen Schülern sozial und in der Entwicklung zusammenzutun.

Wir Sozialdemokraten haben eine klare Position. Wir wollen diese Stadtteilschule zum Nutzen vieler Schülerinnen und Schüler. In der Enquete-Kommission haben wir dazu eine Reihe unserer Forderungen durchgesetzt. Vor Kurzem sagten Sie noch, Herr Heinemann, die Ausstattung der Stadtteilschule sei so, wie eben Gesamtschulen und Hauptschulen ausgestattet seien. Nein, sie sind ausdrücklich besser ausgestattet, so haben wir es am Samstag beschlossen.

Vor Kurzem sagten Sie noch in Ihren Vorlagen, dass die Fachraumstandards der Stadtteilschule nicht am Standard der Gymnasien ausgerichtet sein müssten. Wir haben beschlossen – zunächst gegen Ihre Überzeugung, dann aber mit Ihrer Zustimmung –, dass sie sich an den gymnasialen Standards ausrichten müssen. Wir haben dafür gesorgt, dass die Stadtteilschule die Wissenschafts- und Studienorientierung haben wird, die gute Gesamtschulen auch jetzt schon haben, und nicht dahinter zurückfallen dürfen. Auch dieses sollte sich zunächst als Stadtteilschule mehr oder weniger in Praxisorientierung erschöpfen.

D

Nicht allen fällt diese Wende leicht. Frau Senatorin Dinges-Dierig hat vor Kurzem in der Anmelderunde in einem bundesweiten Nischensender "Deutschlandradio Kultur" noch einmal gesagt,

(Robert Heinemann CDU: Schön beleidigen immer, schön beleidigen!)

wir wissen heute, dass die Gesamtschule ein Etikettenschwindel war und ist. Das ist ein miserabler Angriff auf Gesamtschulen und die mit ihr verbundenen Eltern, die immerhin ein Drittel der Hamburger Elternschaft darstellen. Vor allem war es eine üble Attacke auf das Personal dieser Schule, denn wo Etikettenschwindel draufsteht, sind auch Etikettenschwindler drin, das sollte man ja assoziieren. Das ist dreist, Frau Senatorin. Sie müssen Ihren Frieden mit integrierten Schulformen erst noch machen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Gute Schule besteht aus gutem Unterricht. Das ist eine Binsenweisheit. Das ist so richtig wie unvollständig, denn guter Unterricht allein funktioniert in der Hauptschule so wenig, dass selbst die CDU diese Schule abschaffen muss. Auch anderswo ist gute Schule mehr als nur Unterricht. Warum würde man sonst Ganztagschulen einrich-

A ten, die weit über guten Unterricht hinausgehen? Schulstrukturen und -inhalte sind miteinander verknüpft.

Aus unserer Sicht soll der Zustand Stadtteilschule und Gymnasium vorübergehend sein. Unser Ziel ist tatsächlich eine Schule für alle und der Weg ist über eine Entwicklung vor Ort möglich. Wer nach der Abschaffung der Gymnasien fragt, der wird von uns immer wieder die Antwort hören: Nein. Aber Gymnasien werden sich verändern müssen und wenn wir bestimmen, nicht für sogenannte Lerneliten, sondern in Richtung einer Schule, die sich vor Ort für alle entwickelt.

Lassen Sie mich noch einen Satz zu einer Schulform sagen, die hier – scheinbar – gar nicht zur Debatte steht: Die Förder- und Sprachheilschulen.

Unserem Vorschlag, sie sukzessiv in die allgemeinbildenden Schulen einzubeziehen – beginnend mit der integrativen Grundschule –, hat die CDU heftig widersprochen. Das ist bitter für diese Schüler und entlarvend für diese Partei.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ihr großes Vorbild Sachsen hat in Wirklichkeit gar kein zweigliedriges Schulsystem, sondern ein dreigliedriges. Nirgendwo in Deutschland werden mehr Schüler auf diese Randschule, Förderschule, abgeschult als dort, 10 Prozent eines Jahrganges. Das ist genau der Anteil, den Ihre Hauptschulen bisher hatten.

(Glocke)

B **Präsident Berndt Röder** (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen. Ihre Redezeit ist bereits vorbei.

Gerhard Lein (fortfahrend): Ich bemühe mich.

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Nein, das reicht nicht aus.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: Teilgenommen reicht bei ihm!)

Gerhard Lein (fortfahrend): Für die CDU ist die Entwicklung zum zweigliedrigen Schulsystem der Endpunkt einer Entwicklung. Für uns ist es der Anfang einer Entwicklung zur "Schule für alle". – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Heinemann.

Robert Heinemann CDU: Herr Lein, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie noch einmal allen Leuten klar gemacht haben, was den Hamburger Schulen droht, wenn Sie hier das Sagen hätten. Es ist nämlich deutlich geworden, dass die Gymnasien, wenn Sie hier das Sagen hätten, keine Gymnasien mehr wären. Die Gymnasien müssten alle Schülerinnen und Schüler aufnehmen und dürften niemanden mehr abschulen. Wir hätten also zwei Schulen für alle, die man wunderbar zu einer Einheitsschule für alle machen könnte. Von daher ist klar: Mit Herrn Lein gäbe es in Hamburg keine Gymnasien mehr. Das muss man bei dieser Gelegenheit deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU)

C Wenn Sie hier schon aus der Enquete-Kommission berichten, dann bitte ich Sie, dass Sie es richtig machen. Sie behaupten zum Beispiel, wir seien gegen verbesserte Fachraumstandards gewesen. Das ist völliger Unsinn. Sie haben das gefordert – völlig richtig –, wir haben dem zugestimmt – auch völlig richtig –, aber wir haben nicht einmal ansatzweise irgendwo Bedenken gehabt.

Wir haben angeblich auch beschlossen, die Stadtteilschulen sollten besser ausgestattet werden als es heute Haupt-, Real- oder Gesamtschulen sind. Das ist falsch, das haben wir nicht beschlossen. Wir haben beschlossen, dass Stadtteilschulen besser ausgestattet werden als Gymnasien. Auch da sollten wir immer bei der Wahrheit bleiben. Sie können es nachlesen.

Frau Goetsch, mir ist wichtig, dass Sie noch einmal in die Vergangenheit gucken. Sie haben gesagt, wir hätten immer die Schulstrukturdebatte abgelehnt. Das ist richtig, das steht sogar in unserem Papier. Der Grund ist, dass Hamburgs Schulen durch Schulstrukturdebatten nicht besser werden. Hamburgs Schulen wurden dadurch besser, dass wir eine umfassende Bildungswende eingeleitet haben, um das, was sie über Jahrzehnte – Sie nur über ein paar Jahre – verbockt haben, ins Lot zu bekommen. Das heißt, wir mussten uns auf Leistung konzentrieren und wir mussten die Themen angehen, die wirklich zur Gerechtigkeit führen. Die Senatorin hat sie alle aufgezählt. Dazu gehört, dass die Kinder frühzeitig gefördert werden und dass sie beispielsweise die deutsche Sprache erlernen.

D Ich bin froh, dass wir uns in der Enquete-Kommission zum Teil auf ganz altmodische Tugenden verständigt haben – beispielsweise Pünktlichkeit von Kindern und auch von Lehrern –

(*Wilfried Buss SPD*: Abgeordneten!)

sowie auf das Erlernen der deutschen Sprache vor der Grundschule. Dass man sich auf solche Themen verständigt hat, war bei Ihnen nicht selbstverständlich.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir gucken, was in dem Bereich gelaufen ist, dann hat die CDU unglaublich viel getan, um die soziale Spaltung abzubauen.

Gucken wir nach Sachsen. Dort hat man es laut PISA-Studie geschafft, sowohl in der Leistung als auch in der Frage der sozialen Gerechtigkeit sehr gut abzuschneiden.

(*Gerhard Lein SPD*: Die paar Vietnamesen in Leipzig machen den Kohl nicht fett!)

Warum lehnen Sie das Vorbild Sachsen immer ab? Wir haben gesagt, wir wollen noch weitergehen als Sachsen, das ist richtig. Warum Sie immer sagen, Hamburg sei viel besser, obwohl Hamburg mit seinem Schulsystem unter Ihrer Regierung ein sehr viel ungerechteres System hinbekommen hat, verstehe ich überhaupt nicht.

Frau Goetsch, Sie haben überhaupt nichts zum Thema Privatschule gesagt und wie Sie dieses Problem, das in vielen anderen Ländern auftaucht, verhindern wollen. Sie haben auch nicht gesagt, wie Sie die Eltern überzeugen wollen. Sie wollen offensichtlich immer nur von oben herab etwas verordnen, es dann den Eltern vorwerfen und sagen: Friss Vogel oder stirb. Zu all diesen Punkten haben Sie überhaupt nichts gesagt. Von daher kann man nach wie vor feststellen, es gibt nur ein Konzept für einen

- A Transformationsprozess im Hamburger Schulwesen, das ist das Konzept, das wir jetzt gemeinsam verabschiedet haben, und es gibt eine Partei, die sich leider außen vor gestellt hat.

(Beifall bei der CDU – *Christa Goetsch GAL*: Oh, oh!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL:* Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich war nicht in der Enquete-Kommission, ich habe nur jetzt zugehört. Im Übrigen habe ich auch wie Herr Sarrazin 13 Jahre eigene Schulerfahrung und dazu noch etliche Jahrzehnte sonstige Schulerfahrung.

Nach meiner Wahrnehmung treffen hier zwei Argumentationen aufeinander.

(*Robert Heinemann CDU*: Dann haben wir ja 50 Prozent sicher, Herr Maier!)

Am deutlichsten wurde mir das bei Herrn Heinemann, als er sagte, es seien bei der GAL zwar die richtigen Ziele, aber der falsche Instrumentenkasten.

Ja, wenn das die richtigen Ziele sind, eine Schule zu schaffen, in der die Kinder individuell und gerecht gefördert werden, warum ist dann das Thema Gymnasium so bedeutend für Sie? Das hat, glaube ich, weniger mit pädagogischen Argumenten zu tun, sondern mit einem sozialen Distinktionsbedürfnis Ihrer Wählerschaft.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

- B Das ist verständlich und ich will das gar nicht diskriminieren, denn das hat in Deutschland eine lange Tradition. Nur, wir bekommen gegenwärtig durch internationale Studien mitgeteilt, dass es ein Teil des Problems des ganzen Landes ist, dass wir das Distinktionsbedürfnis in den gehobenen Mittelklassen haben. Das führt dazu, dass wir nicht genügend Aufmerksamkeit darauf legen, einheitliche Schulinstitutionen zu schaffen.

Nun verstehe ich, dass Ihre Partei, die eine andere Klientel mitnehmen muss als wir es tun müssen, sagt, sie müsse auf diese stärker Rücksicht nehmen.

(*Robert Heinemann CDU*: Sie haben doch Ihre eigene, Herr Maier!)

Darum hätte ich es vernünftig gefunden, wenn Sie gesagt hätten, wir verfolgen auch dieses Ziel einer gemeinsamen Schule und einer individuellen Orientierung der Kinder, aber wir sehen Übergangsnotwendigkeiten.

Auch uns ist natürlich schmerzhaft bewusst, dass wir, wenn wir ein anderes Ziel verfolgen, bei den Meinungsumfragen bei 13 Prozent liegen und nicht mit der absoluten Mehrheit rechnen können. Gleichzeitig gehört das aber in die öffentliche Diskussion dieser Stadt und man darf die Gymnasialeltern sich nicht beruhigt zurücklehnen lassen und sagen, es bleibt alles wie immer und wir haben diesen separaten Bereich. Sie haben die Verantwortung für die Gesamtheit des Landes und für alle Kinder und für die Entwicklung in einer gemeinsamen Schule. Darum darf man sie nicht ohne diese Zukunftsperspektive lassen, selbst wenn man ihnen zugestehen muss, wenn sie es in dieser Art und Weise noch nicht wollen. Ich vermisse bei Ihnen diese ausdrückliche, klare Orientierung auf den Punkt, den alle Pädagogen – soweit

sie nur sachlich oder pädagogisch sprechen – ebenso betonen. Sie sprechen nur alle deswegen vom Zweisäulensystem, weil sie sagen, mehr sei der deutschen Gesellschaft nicht zuzutrauen. Sie sagen keineswegs, das ist das richtige Schulsystem. Das ist das Problem, das Sie die ganze Zeit verwässern wollen. Darum kann man sehr gut sagen, das ist vielleicht der deutschen Gesellschaft in toto noch nicht zuzutrauen, dann ist es aber umso notwendiger zu betonen, dass das das Ziel ist. Diese Aufgabe sehen wir so. Uns ist auch klar, dass wir mit 13 Prozent keine Regelung für 100 Prozent treffen können, sondern dass es in Verhandlungen zu einer Kompromissbildung kommen muss. Wir hören von der SPD gern, dass sie dieses Ziel mit uns gemeinsam verfolgt, während Sie uns dieses Ziel bestreiten. Das ist ein Problem.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich höre von der Schulsenatorin, ihr leuchtendes Ziel sei das Gymnasium der frühen Sechziger- und Fünfzigerjahre. Ich komme aus einem solchen Gymnasium.

(*Robert Heinemann CDU*: Das hört man!)

Etwa 5 Prozent eines Jahrganges durften an einem Gymnasium Abitur machen, alle anderen Schülerinnen und Schüler kamen auf die Volksschule.

(*Michael Neumann SPD*: Aus Ihnen ist doch auch etwas geworden, Herr Maier!)

Das Gymnasium galt als Eliteschule für die dort Lehrenden und dort Sitzenden, das war sozusagen im Selbstbewusstsein verankert. Von heute aus gesehen wäre das die restriktivste Einrichtung, die man schaffen könnte.

Wenn Sie sagen, andere Länder würden auch sozial differenzieren, da ginge es dann über Privatschulen, ist es richtig. Das kann man nicht verhindern. Aber dass wir die sozialen Distinktionsbedürfnisse der Mittelklasse mit Steuermitteln befriedigen, ist ein echtes Problem. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senatorin Dinges-Dierig.

Senatorin Alexandra Dinges-Dierig: Frau Goetsch, ich war eben ein bisschen irritiert über eine Aussage, die Sie getroffen haben. Sie sagten eben, wir brauchen mehr Akademiker, um auf das europäische Niveau zu kommen. Ich frage mich wirklich, ob es unser Ziel ist, dass wir zahlenmäßig mehr Akademiker haben müssen, um auf das europäische Niveau zu kommen.

(Unmutsäußerungen bei der GAL)

Ist das wirklich unser Ziel?

(*Christa Goetsch GAL*: Ja, ja!)

Geht es nicht darum, dass wir unseren Kindern und Jugendlichen zunächst einen Abschluss geben sollten, damit sie die Stärke finden, hier auch weiterzumachen? Es ist geradezu lächerlich, sich diesen Forderungen der OECD zu beugen, die bis heute nicht verstanden haben, was das deutsche Berufsbildungssystem wirklich leisten kann. Über unser berufsbildendes System haben wir durch die gestufte Möglichkeit der Abschlüsse jederzeit eine Anschlussmöglichkeit. Das ist nicht nur ein akademi-

C

D

A scher Anschluss und Abschluss, sondern wir haben auch die Fachschule als Aufbau auf die berufliche Ausbildung. Das brauchen die Kinder, sie brauchen die Bestätigung in ihrer Schullaufbahn bis zum höchstmöglichen Abschluss.

(Luisa Fiedler SPD: Ha, ha, ha!)

Auf der anderen Seite braucht die Wirtschaft qualifizierte Fachkräfte. Beides können wir mit dem deutschen Bildungssystem sehr gut über die Verschiedenartigkeit der Abschlüsse gestalten.

(Beifall bei der CDU – Wilfried Buss SPD: Das ist doch unglaublich!)

Ich will Ihnen ein abschreckendes Beispiel nennen. Die französische Regierung hatte einmal als Ziel gesetzt, über die französische Einheitsschule 85 Prozent Abiturienten – das heißt, Schüler mit Bakkalaureat – hervorzubringen. Wo stehen sie heute? Sie stehen irgendwo bei 34 Prozent

(Farid Müller GAL: Ja!)

und der Rest des französischen Modells sind Abbrecher, weil sie keine Stufung haben.

(Luisa Fiedler SPD: Nehmen Sie doch andere Länder!)

Das soll ein gerechtes Bildungssystem sein? Das ist es nicht. Die Stufung unserer Bildungsabschlüsse, die Durchlässigkeit unseres Systems müssen wir mit unseren Strukturen abbilden und nicht irgendwelchen OECD-Zahlen hinterherjagen.

B (Beifall bei der CDU – Dr. Wilfried Maier GAL: Kein Mensch will hier 100 Prozent Abitur haben!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Brüning.

Dr. Barbara Brüning SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Enquete-Kommission hat die Weichen dafür gestellt, dass in Hamburg künftig mehr junge Leute Abitur machen werden und ein Studium aufnehmen können. Sowohl die Stadtteilschule als auch das Gymnasium bieten den direkten Weg zur Hochschulreife.

Die SPD-Fraktion hat immer gefordert, dass mehr junge Menschen studieren sollten. Wir sehen unsere Forderung durch die Enquete-Kommission bestätigt.

(Beifall bei der SPD)

Auf dem Weg zu einem erfolgreichen Abitur muss vor allem die Qualität von Schule verbessert werden.

(Wilfried Buss SPD: Richtig!)

Im internationalen Maßstab – insbesondere durch PISA – haben wir festgestellt, dass die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern in Deutschland an allen Schulformen zu kurz kommt. Wir möchten deshalb in den nächsten Jahren in Hamburg erreichen, dass sich vor allem die Gymnasien mehr um ihre Schülerinnen und Schüler kümmern. Das Motto sollte lauten: Individuell fördern, statt abschulen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Dazu bedarf es allerdings eines intensiven Fortbildungsprogramms, neuer Unterrichtsmethoden und natürlich auch eines entsprechenden Stundenpools. Außerdem

muss es ein Umdenken der Lehrerinnen und Lehrer geben, weg vom Stoff und mehr hin zu den Schülerinnen und Schülern.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich bin davon überzeugt, dass in den nächsten Jahren eine neue Lehrergeneration die Hochschulen verlassen wird. Die Enquete-Kommission hat einstimmig eine gleichwertige Ausbildung aller Lehrerinnen und Lehrer beschlossen, die in der Sekundarstufe I schulformübergreifend unterrichten sollten. Das ist aus Sicht der SPD ein Schritt hin zu einer Schule für alle, die für uns ein langfristiges Ziel im Konsens aller gesellschaftlichen Kräfte sein soll.

(Beifall bei der SPD – Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Insbesondere die Eltern müssen aktiv in diesen Prozess einbezogen werden. Der Elternwille bei der Schulwahl ist ein hohes Gut, das die SPD erhalten will, und da müssen Sie keine Sorgen um eine Revolution haben, Herr Heinemann, das gilt für uns.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal sagen, dass die französischen Jugendlichen in den Banlieues übrigens nicht gegen die Einheitsschule demonstrieren haben, sondern für Perspektiven nach der Schule, die sie nicht haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Alle Mitglieder der SPD-Fraktion haben sich in der Enquete-Kommission dafür ausgesprochen, dass Gymnasien Stadtteilschulen werden können und nach unserem Wunsch auch werden sollten, aber eben nicht gegen den Willen der Eltern und der Schulkonferenz. Wir halten auch nichts davon, vom grünen Tisch aus zu beschließen, dass die Gymnasien ihre Schülerinnen und Schüler künftig alle behalten müssen. Dies kann nur ein Entwicklungsprozess sein, den Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer mitgestalten, denn wem nützt eine gute Schule, wenn sie nicht von der Mehrheit der Eltern, Schülerinnen und Schüler akzeptiert wird.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch etwas zu den Gymnasien sagen. Ich glaube, dass sich in den letzten Jahren die Schülerschaft der Gymnasien verändert hat; sie ist heterogener geworden. In den Gymnasien lernen Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichen sozialen Schichten mit und ohne Migrationshintergrund. Insofern kann man nicht sagen, dass die Gymnasien die soziale Spaltung dieser Stadt zementieren. Künftig gibt es mehrere Wege zum Abitur, die jeder nutzen kann.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Ich freue mich, dass Sie mit mir einig sind, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dass wir mehr Abiturientinnen und Abiturienten und mehr Studierende brauchen.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Aber nur gute Abiturienten!)

Dann werden wir mit Herrn Dräger gemeinsam darüber sprechen, wie wir das hinkriegen.

(Beifall bei der SPD)

C

D

A Ich möchte – Sie haben mir eine gute Überleitung gegeben – als Hochschulpolitikerin zum Schluss darauf hinweisen, dass die Hochschulen verstärkt Menschen ohne Abitur offenstehen sollten.

(Wolfgang Beuß CDU: Tun sie doch!)

Deshalb hat sich die SPD-Gruppe in der Enquete-Kommission dafür eingesetzt, den Hochschulzugang ohne Abitur von derzeit 0,5 Prozent auf 5 Prozent im europäischen Durchschnitt anzuheben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dies ist für uns ein wichtiger Schritt hin zu einer guten Bildung für möglichst viele Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Meyer-Kainer.

Marita Meyer-Kainer CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Man soll sich nicht selber loben, aber wir können mit Recht stolz auf unseren historischen Kompromiss in der Schulpolitik sein.

(Beifall bei der CDU)

Mein Dank geht an dieser Stelle besonders an Frau Senatorin Dinges-Dierig,

(Christa Goetsch GAL: Die hat in der Enquete-Kommission auch ganz toll mitgemacht!)

die dieses Thema in Hamburg in Gang gesetzt und angestoßen hat.

B

(Beifall bei der CDU)

Die Stadtteilschule ist ein ganz neues Modell, angelehnt an Thüringen und Sachsen und dennoch so weiter entwickelt, dass es genau auf unseren Stadtstaat Hamburg passt. Durch die Einbeziehung der beruflichen Gymnasien und der Aufbaugymnasien ist auch an der Stadtteilschule ein Abitur möglich. Nach der vierten Klasse besteht also praktisch für jeden Schüler die Möglichkeit, das Abitur zu machen, egal für welche Schule er sich entscheidet.

(Gerhard Lein SPD: Aber mehr theoretisch als wirklich!)

So viel Durchlässigkeit, meine Damen und Herren, hat es an Schulen noch nicht gegeben.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen in jedem Stadtteil starke und innovative Schulen. Diese Funktion werden die Stadtteilschulen neben dem Gymnasium übernehmen. Hauptschulen werden kaum noch angewählt, Gesamtschulen bleiben hinter den Erwartungen deutlich zurück.

(Wilfried Buss SPD: Oh!)

Da spricht wirklich vieles für eine ganz konsequente Neuordnung.

Meine Damen und Herren! Wir haben in der Enquete-Kommission zahlreiche Vorträge gehört. Alle waren hervorragend, aber mit der Zeit wurde auch deutlich, dass der Weg, den wir jetzt in Hamburg gehen wollen und auch müssen, mit Abstand der beste ist. Wer wie Sie, meine Damen und Herren von der GAL, weiter für die

Einheitsschule plädiert, hat meines Erachtens schlicht die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

C

(Beifall bei der CDU)

Frau Goetsch, es gehört schon viel Mut dazu, dieses Thema heute zur Aktuellen Stunde anzumelden, wo Sie doch gerade letzte Woche noch lesen konnten, dass über die Hälfte der Eltern ihre Kinder für das Gymnasium angemeldet haben.

(Gerhard Lein SPD: In zwei Jahren spätestens sind die wieder weg!)

Da frage ich mich wirklich, wie Sie die Eltern von Ihren weltfremden Ideen überzeugen wollen. Ist Ihnen der Elternwille wirklich so wenig wert? Ich freue mich daher sehr, dass sich die Mitstreiter der SPD letztlich überzeugen ließen und sich nach einigem Zögern für die Zweigliedrigkeit ausgesprochen haben. Meine Damen und Herren von der SPD, das war ein richtiger Schritt.

Ich sehe aber auch mit Sorge, dass es offenbar immer noch Fraktionsmitglieder gibt, die dies nur als Übergangslösung so sehen wollen.

(Wilfried Buss SPD: Die ganze Partei hat das so beschlossen!)

Die CDU – das betone ich hier noch einmal – wird die Gymnasien niemals infrage stellen. Wir sehen in der Zweigliedrigkeit eine dauerhafte Struktur. Ich persönlich bin sehr optimistisch, dass sich das neue System gut etablieren wird. Wir werden am Ende mehr junge Menschen zu höheren Schulabschlüssen führen können. Wenn die Stadtteilschulen, wie wir es vorhaben, auch finanziell besser ausgestattet werden, dann ergeben sich ganz neue Möglichkeiten für eine individuelle Förderung.

D

Die Schulen vor Ort wissen am besten, wie sie die Bildung voranbringen können; dafür bedarf es klarer Strukturen. Diese Transparenz schaffen wir mit unserer Richtungsentscheidung für zwei Säulen. Wir werden zudem die Identifikation mit der Schule stärken, praxisorientiertes Lernen wird einen ganz neuen Stellenwert bekommen. Letztlich möchten wir auch, dass die Stadtteilschulen zu Mittelpunkten für die Kommunikation vor Ort werden, das heißt, auch eine ganz starke Vernetzung bis hin zur Jugendhilfe.

Wir haben in der Enquete-Kommission die Weichen für einen Aufbruch gestellt, für mehr Transparenz und ganz neue Möglichkeiten. Mit Leben füllen müssen es die Lehrer, Eltern und Schüler vor Ort. Unsere Aufgabe wird es allerdings sein, diesen Prozess aktiv zu begleiten. Dafür brauchen wir den Zusammenhalt aller politischen Kräfte.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe das Gefühl, dass wir noch eine Enquete-Kommission für Frau Dinges-Dierig und eine für Frau Meyer-Kainer brauchen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das ist unfassbar. Bei den elf Sitzungen, die wir in der Enquete-Kommission hatten, hat Frau Dinges-Dierig eigentlich nicht mitgearbeitet, Frau Meyer-Kainer. Ich

A habe gerade zu Beginn der Debatte gesagt, dass es wichtig sei, dass das Parlament gestärkt werde und das haben wir hier geleistet. Frau Dinges-Dierig, natürlich brauchen wir mehr Akademiker, gerade auch von der Fachhochschule. Schauen Sie sich doch einmal an, dass es uns hinten und vorne an Ingenieuren fehlt. Es geht doch gar nicht darum, dass nicht verschiedene Wege dualer Ausbildung nach den neun oder zehn Schuljahren folgen, dass die Fachhochschule folgt, dass es berufliche Gymnasien gibt. Unser Prinzip ist nur, länger gemeinsam zu lernen, damit die Kinder sich nicht schämen müssen, damit nicht durch Selektion, die Sie betreiben wollen, Talente verlorengehen.

(Lars Dietrich CDU: Quatsch!)

Ein Hauptübel ist doch heute wieder deutlich geworden. Sie sollten sich noch einmal das Lied von Degenhardt "Spiel nicht mit den Schmuddelkindern" anhören. Ich glaube, das zeigt deutlich, dass Sie weiterhin die Selektion nach sozialer Herkunft betreiben wollen. Das wird nicht dazu führen, dass wir besser qualifizierte und ausgebildete Kinder und Jugendliche haben. Diesen Graben zwischen uns bekommen wir im Augenblick nicht zugeschüttet.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Freistedt.

Marino Freistedt CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einen Glückwunsch an Frau Senatorin Dinges-Dierig

B (Zurufe von der SPD: Oh, oh! – *Gerhard Lein SPD:* Hat sie Geburtstag?)

für die wegweisende Entscheidung, vor einem Jahr das Zwei-Säulen-Modell hier vorgeschlagen zu haben.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD:* Der Karneval ist schon vorbei, wir sind in der Fastenzeit!)

Dank an alle Mitglieder der Enquete-Kommission, die die vielen Teilbereiche und Teilthemen gemeinsam verabschiedet haben; es sind über 90 Prozent. Das zeigt, dass der Weg, den wir eingeschlagen haben, richtig ist. Ich bedauere es, dass Frau Goetsch und die GAL hier eine Minderheitenposition vertreten; das ist nicht mehr nachzuvollziehen.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Zwei-Säulen-Modell ist ein Modell für Hamburg, weil wir als Großstadt eine zahlenmäßige Verschiebung zur Langzeitform Gymnasium und Gesamtschule erleben. Die PISA-Auswertung hat, ähnlich wie KESS, die Bildungsergebnisse von Schülerinnen und Schülern mit den Sozialstrukturen der Familien verglichen und beschrieben. Wir nehmen als Bundesland Hamburg die Debatte um bessere Bildungs- und Lebenschancen an. Als CDU haben wir das unideologisch, aber kompetent getan, pragmatisch und mutig.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Als CDU sagen wir, wir benötigen eine breite Mehrheit bei der Umsteuerung. Dazu haben wir auch alle Parteien eingeladen. Das Ergebnis, ein Jahr nach Beginn der Kommission: Zwei große Parteien haben sich auf vielen

Gebieten geeinigt – ich will dies nicht wiederholen –, eine Partei steht abseits; das ist nicht gut. Wir als CDU hoffen, dass sich die GAL einen Ruck gibt. Werfen Sie Ihre Einschule-Ideologie über Bord und werden Sie endlich vernünftig.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Unterschiedlich begabte Schüler benötigen unterschiedliche Wege und Chancen. Das neue Hamburger Schulsystem bietet diese Chancen. Das Bildungsprofil für Hauptschüler wird erweitert und qualitativ gestärkt, neue Lernformen wie integrative und additive können in der Stadtteilschule erprobt werden. Eltern haben eine echte Wahl, um ihren Kindern den Weg zum Abitur, zum Hochschulzugang in der zwölfjährigen oder der dreizehnjährigen Form zu ermöglichen.

Dieses neue System – da bin ich mir sicher – wird Lehrerinnen und Lehrer motivieren, sich auch qualitativ neue Unterrichtsstrategien zu überlegen. Die Bildungswege bleiben offen, Leistung und soziale Schulstrukturen sind in diesem System keine Gegensätze. Sie sind auch anders, als Sie es eben dargestellt haben, Frau Goetsch. Es gibt keine Auslese und keine soziale Spaltung, von der Sie immer sprechen, sondern wir werden eine verstärkte individuelle Förderung für diejenigen schaffen, die danach verlangen.

Wenn SPD und CDU gemeinsam dieser Stadtteilschule Zeit geben, sich zu entwickeln, wenn wir Ideen kreieren, Inhalte beschreiben und Qualität betonen,

(*Wilfried Buss SPD:* Wenn, wenn, wenn!)

wenn wir also dieser Stadtteilschule die Verantwortung übergeben und sie sich entwickeln lassen, dann erhalten wir bei dem großen Potenzial unserer Lehrerinnen und Lehrer viel Vertrauen und eine hohe Innovationsbereitschaft.

Wir laden die GAL-Fraktion ein, an der Konzeption der Stadtteilschule mitzuwirken. Stehen Sie nicht abseits, Frau Goetsch.

(*Manuel Sarrazin GAL:* Wir haben genug von diesem rhetorischen Geblubber!)

Meine Damen und Herren der GAL, meinen Sie, in der Schule für alle hätten alle zum Beispiel die gleiche Anzahl von Büchern, was Sie eben suggeriert haben? Sie haben darüber hinaus Lothar Späth zitiert. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Lothar Späth die Schule für alle fordert. Es gibt aber die Abgeordnete Brigitte Speth aus Nordrhein-Westfalen, die das wohl als Sprecherin der SPD sagt; vielleicht lesen Sie dieses auch einmal.

(*Christa Goetsch GAL:* Das ist doch lächerlich!)

Erweitern Sie nicht durch Verharren in pädagogischen Schützengräben unseren Graben. Schütten Sie diesen Graben zu, das erwarten die Eltern und das erwarten wir von Ihnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – *Nebahat Güçlü GAL:* Warum schreien Sie eigentlich so?)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Buss.

Wilfried Buss SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach solchen Äußerungen der

- A Kolleginnen und Kollegen der CDU als auch dieser Schulsenatorin muss man einige Worte sagen. Wer sich hier als hamburgische Schulsenatorin hinstellt und internationale OECD-Ergebnisse einfach leugnet und sagt, das würde alles nicht zutreffen, der liefert ein Armutszugnis für die Fähigkeit ab, in der Bildungspolitik überhaupt mitreden zu dürfen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Einheitsschule – das sollten Sie eigentlich in der Enquete-Kommission gelernt haben – betrifft eine Schule der Vielfalt. Das Bestechende an der Geschichte ist, dass man auch in Deutschland endlich einmal zur Kenntnis nimmt, dass sich Kinder nicht über einen Kamm scheren oder in zwei Schubladen sortieren lassen, sondern dass jedes Kind ein Individuum ist und man darauf entsprechend eingehen muss. Das bekommt man aber nur hin, wenn man in einer Schule der Vielfalt auch mit der Unterrichtsmethodik und mit dem, wie man das Unterrichtsangebot über den ganzen Tag strukturiert, reagiert. Dann kann man auch das erreichen, was uns die PISA-Forscher ins Stammbuch geschrieben haben, Frau Senatorin, dass es nämlich so nicht weitergehen kann und bei Ihrer Arbeit habe ich gar keine Sorge, dass wir noch weiter abrutschen werden. Wir müssen endlich wieder Anschluss an Länder wie Kanada oder Korea finden.

(Robert Heinemann CDU: Nordkorea! – Heiterkeit bei der CDU)

- B Das kriegen Sie nicht hin, wenn Sie nicht die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Ich habe es so verstanden, dass Ihrer Meinung nach, Herr Kollege Freistedt, die Enquete-Kommission überflüssig war, weil die Senatorin schon längst vorgegeben hatte, wie Sie das alles auszurichten hätten. Das ist anscheinend schon vorher alles klar gewesen, da hätten wir uns die elf Sitzungen locker sparen können. Dazugelernt haben Sie in wesentlichen Punkten leider gar nichts. Sie sind nach diesen ganzen Ergebnissadressen an die Senatorin immer noch der Ansicht, mit Ihren schulideologischen Dingen den richtigen Ton zu treffen.

Natürlich haben Sie in einer Frage recht.

(Lars Dietrich CDU: Hören Sie eigentlich nicht zu, Herr Buss? Sie halten doch die ideologische Rede!)

– Ich will Ihnen das doch gerade beibringen, Herr Dietrich, hören Sie einfach zu.

Wenn 50 Prozent der Eltern eines Jahrgangs ihre Kinder am Gymnasium anmelden, dann kann ich natürlich davon ausgehen, dass diese 50 Prozent wissen, was sie ihren Kindern damit antun. Aber die anderen 50 Prozent, die darf ich, insbesondere als Regierungspartei, deswegen nicht aus dem Fokus lassen. Da muss ich mir doch auch einmal klarmachen, wie die sich zusammensetzt.

(Marino Freistedt CDU: Deshalb wollen wir doch die Stadtteilschule!)

Das ist meine große Sorge bei diesem Zwei-Säulen-Modell. Wie wird sich diese Stadtteilschule zusammensetzen, wenn ich weiß, dass wir 30 Prozent Risikoschülerinnen und -schüler in der Stadt haben, denn die sind alle in dieser einen Schule. Es bleiben noch knapp 20 Prozent übrig und glauben Sie, dass diese 20 Prozent dann diejenigen sind, die begeistert ihre Kinder weiter an dieser Schulform lassen. Davon bin ich noch lange nicht über-

zeugt und deswegen ist es eben richtiger, den von uns vorgeschlagenen Weg zu gehen, indem wir sagen, wir wollen diese Struktur mittelfristig überwinden und dahin kommen, dass auch die Eltern erkennen, dass man eine bessere Schulbildung nur erreichen kann, indem man in die entsprechenden Systeme investiert, indem man Schulstrukturen so ändert, dass sie wirklich etwas bewirken.

(Glocke)

Ich möchte meine Rede kurz zu Ende bringen, Frau Präsidentin.

Wenn man Ihr Argument nimmt, dass es so ist wie es ist mit der Zweiteilung, dann können wir natürlich auch kein Tempolimit in Deutschland einführen, weil die Autofahrer weiterhin alle mit Tempo 150 fahren wollen; ich kann Ihnen noch andere populistische Argumente nennen. Aber gerade beim Tempolimit ist es so, dass eigentlich alle wissen, dass die Luft schlechter wird, das Klima schlechter wird und der rationale Weg ein Tempolimit wäre, aber Sie lassen es nicht zu, weil Sie Angst vor den Dingen haben. In der Schulpolitik müssten Sie genauso solche Wege überspringen. Sie müssten sich einen Ruck geben und sagen, so kann es nicht weitergehen, wir müssen den internationalen Anschluss gewinnen und den schaffen Sie mit Ihrem Zwei-Säulen-Modell nicht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! So einen weiten Bogen von Nordkorea bis zum Klimaschutz kann ich jetzt nicht spannen.

(Beifall bei der CDU)

Zunächst möchte ich betonen, dass die Debatte, wenn man sie verfolgt, vielleicht den Eindruck erwecken mag, als hätten in der Enquete-Kommission die ganze Zeit harte Gefechte stattgefunden. Ich möchte noch einmal betonen, dass die Enquete-Kommission selber sehr konstruktiv und sachorientiert gearbeitet hat und die meisten Fragen – das mag man vielleicht gar nicht denken, wenn man jetzt zugeschaut hat – auch konsensual beschlossen wurden. Das möchte ich hier noch einmal ausdrücklich betonen und ich fand, es war ein guter Geist, der dort geherrscht hat.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Barbara Brüning SPD und Christa Goetsch GAL)

Ansonsten ist das hier natürlich der Ort der Zuspitzung, auch der Kontroverse und die wird jetzt ausgetragen. 95 Prozent der Dinge oder vielleicht noch mehr waren einstimmig und die restlichen muss man in der Tat – Frau Goetsch sagte es zu Beginn – mit der Lupe suchen. In einigen Punkten gibt es unterschiedliche Meinungen und darüber reden wir heute noch einmal.

Der Hauptunterschied ist die Struktur. Ich persönlich habe bei der GAL in der Strukturfrage keine Bewegung festgestellt, in anderen Sachen schon, aber in der Strukturfrage nicht. Bei der SPD habe ich Bewegung gesehen, nur mache ich irgendwo immer Fragezeichen. Meine Frage in diesem Fall ist, wo die Reise hingehen soll. Sie wollen einerseits die Schule für alle, aber auf der anderen Seite das Gymnasium dann doch nicht antasten. Ist das für Sie

A eine Frage, die auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertagt wird – dann ist es unehrlich –, oder haben Sie ein konkretes Ziel, wie das Herr Lein formuliert hat, dass Sie das Gymnasium abschaffen wollen? Dann müssen Sie das aber auch klar und deutlich sagen und nicht der eine so und der andere so reden.

(Beifall bei der CDU)

Ich würde vorschlagen, dass die SPD, wenn sie ein bisschen Zeit hat, einmal versucht, die Ergebnisse der Enquete-Kommission nachzuarbeiten und zu einer gemeinsamen Linie zu kommen. Dann wissen wir auch, woran wir bei Ihnen sind.

Ein bisschen habe ich persönlich den Verdacht gehabt, dass die Enquete-Kommission bei Ihnen ein wenig eingesetzt wurde – Sie waren seinerzeit sehr interessiert daran –, um von der innerparteilichen Diskussion dieses Themas abzulenken oder ein bisschen Zeit zu gewinnen. Sie haben gedacht, wir können erst einmal im Rathaus eine Kommission gründen, da wird dann ein bisschen gearbeitet und dann vergeht die Zeit. Nur ist jetzt der Zeitpunkt gekommen und die Fragen von damals holen Sie ein. Das ist leider so und das muss ich Ihnen vorhalten.

Zum Thema "9 macht klug": Wenn man das durchliest, liest sich das ganz nett.

(Beifall bei Antje Möller GAL)

Man kann es aber nicht anders sagen: Es ist nicht die richtige Antwort auf die Fragen. Wenn ich mir das anschau, kommt es mir mehr wie eine Vision der späten Sechzigerjahre vor und insofern ist es in meinen Augen wirklich nicht mehr die richtige Antwort. Aus dieser PISA-Studie kann man alles herleiten.

B

(Gerhard Lein SPD: Nicht ganz, nicht ganz!)

Dann können Sie das gegliederte System genauso mit guten Argumenten verteidigen wie mit Finnland und der Schule für alle. Die Frage ist nur, was die tragfähige Antwort für Hamburg ist. Ich glaube, wir haben mit der Stadtteilschule und dem Gymnasium, mit diesem Zwei-Säulen-Modell, die richtige Antwort für unsere Stadt gefunden.

(Beifall bei der CDU – Gerhard Lein SPD: Was ist mit den Förderschulen?)

Den Freunden von der SPD, die jetzt noch mit ihrer Vision hinterher hecheln, was die Schule für alle oder wie immer Sie das nennen wollen, angeht, sei gesagt, die Arbeitsteilung kann natürlich nicht so aussehen, dass wir die Hauptschule abgeschafft haben und Sie das Gymnasium abschaffen und dann trifft man sich in der Mitte. Das wäre in meinen Augen die Strukturdebatte nicht zu Ende gedacht, sondern wichtig ist, dass wir jetzt Entscheidungen treffen, die für die Zukunft tragfähig sind. Wir können nicht permanent das System Schule unter Druck halten, immer wieder reformieren und reformieren und in den Prozess einsteigen, sondern die Entscheidungen, die jetzt getroffen werden, müssen auch für einen längeren Zeitraum Bestand haben. Das ist ganz wichtig, denn das System Schule braucht Ruhe und Kraft, um das zu machen, wofür es eigentlich da ist, nämlich guten Unterricht und nicht ständig über Strukturen zu reden.

(Beifall bei der CDU)

Die Debatte war sehr wichtig, weil sie Antworten auf Fragen gibt, die sich sowohl durch das Elternwahlverhalten

als auch durch viele andere Punkte ergeben haben. Nur, wenn diese Debatte zu Ende ist, dann muss der Blick auf andere Themenfelder gehen; wir können nicht immer wieder anfangen. Insofern finde ich die Debatte über die Schule für alle nicht gut, denn wir brauchen jetzt nach den getroffenen Entscheidungen Ruhe.

C

Ich halte das für eine langfristige Lösung und unser weiteres Ziel muss guter Unterricht sein. Das ist natürlich eine Angelegenheit, die ganz wichtig ist und tagtäglich weiter gedacht werden muss, aber wir dürfen nicht immer wieder aufs Neue über Strukturen reden.

(Glocke)

So eine Lösung muss über einen längeren Zeitraum laufen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Ernst.

Britta Ernst SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich will gar nicht mehr viel sagen, aber Herr von Frankenberg, schauen Sie doch über Hamburg hinaus und sehen, wie über Schulstrukturen in Deutschland geredet wird. In Schleswig-Holstein koalieren Sie mit der SPD, die dort die Gemeinschaftsschule ins Schulgesetz geschrieben hat, und tragen das mit, zwar widerwillig, aber Sie sind dort Koalitionspartner. In Bayern gibt es geheime Papiere der CSU, die Hauptschule abzuschaffen. In Brandenburg gab es ein Papier, was wir leider nie bekommen haben, wo sich die Grünen hätten vorstellen können, in Berlin-Brandenburg den Weg einer Schule für alle über zwei Säulen zu gehen. Es geht also längst bunt zu und gar nicht mehr getrennt nach politischen Präferenzen. Deshalb finde ich Ihren Beitrag auch ein Rückfall in alte Schlachten.

D

(Beifall bei der SPD und bei Gudrun Köncke GAL)

Faktisch ist es so, dass die Enquete-Kommission sich konkreten Strukturveränderungen gestellt hat. Ich nehme für die SPD in Anspruch, dass wir uns der Herausforderung gestellt haben, endlich die Perspektive einer Schule für alle mit konkreten Schritten zu verbinden. Das will ich auch selbstkritisch an die progressive Zunft der Schulpolitik in Deutschland sagen. Das Problem war immer, dass die Schule für alle gewollt war, aber niemand gesagt hat, wie man dort hinkommt.

Ich als Politikern möchte ausdrücklich sagen, dass es hier um Politik geht, Christa Goetsch. Natürlich ist es fachlich richtig, eine Schule für alle zu machen, und wenn wir ein weißes Blatt Papier hätten und das Schulsystem neu erfinden würden, würden wir gar nicht auf die Idee dieser ganzen Schulformen kommen, die sich historisch in Hamburg herausgebildet haben. So viel Phantasie kann man gar nicht haben. Aber wir sitzen nicht vor einem weißen Blatt Papier, sondern unser Ausgangspunkt ist eine jahrzehntelang gewachsene Schulstruktur, tief verankerte Wertschätzung, tiefe Bindung, Wertvorstellungen, Bildungsvorstellungen, die Menschen haben. Deshalb reden wir hier über Politik, nämlich wie man Politik so gestaltet, dass Menschen es akzeptieren können, dass sie die Wege mitgehen können. Dieser Herausforderung haben wir uns als SPD gestellt und auch einen Beitrag dazu in die Enquete-Kommission gegeben. – Vielen Dank.

A (Beifall bei der SPD – *Manuel Sarrazin GAL*: Man kann auch Menschen überzeugen!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Heinemann hat das Wort. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass die Aktuelle Stunde nach meiner Uhr nur noch vier Minuten dauert.

Robert Heinemann CDU: – Kein Problem. Wir wollten nur beweisen, dass wir eine komplette Debatte nur mit Schulpolitik führen können.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vielleicht noch drei Aspekte zum Abschluss. Unabhängig davon, wie man zu der Frage steht, ob man eine Schule für alle will oder nicht, müssen wir doch konstatieren – das haben wir in der Enquete-Kommission auch bemerkt –, dass die Schulen und die Lehrer heute, so wie sie unterrichten, offensichtlich mit der Heterogenität, die sie heute schon in den Schulen vorfinden, noch nicht so umgehen können und nicht die Ergebnisse erzielen, die wir uns wünschen. Wir haben immer über die Frage der Konzentration auf die Mittelköpfe diskutiert, wir haben Probleme an den Gymnasien, an den Hauptschulen und genauso an den Gesamtschulen. Es werden weder die Leistungsstarken noch die Leistungsschwachen gefördert.

Die Frage, die wir uns stellen müssen unabhängig von jeder Vorstellung, wie die Zukunft aussehen soll, ist doch, ob man eine fehlende Fähigkeit, mit einem bestimmten Maß an Komplexität und Heterogenität umzugehen, dadurch am besten lösen kann, dass man die Heterogenität noch größer macht oder ob man nicht erst einmal probieren sollte, mit der gegebenen Heterogenität, so wie sie ist, lernen umzugehen. Das ist der eine Punkt.

B Der zweite Punkt, wovon ich dringend warnen möchte: In der Vergangenheit hat man in der Schulpolitik Kompromisse immer so geschlossen, indem man einfach eine weitere Schulform gegründet hat.

Der zweite Punkt, wovon ich dringend warnen möchte: In der Vergangenheit hat man in der Schulpolitik Kompromisse immer so geschlossen, indem man einfach eine weitere Schulform gegründet hat.

Oder man hat noch einen Schulversuch durchgeführt. Auch hier in Hamburg: Wir haben die sechsjährige Grundschule gehabt, wir haben IHR gehabt, immer noch einen Schulversuch und noch einen und am Ende sieht ein Schulwesen so aus, wie es heute in Hamburg aussieht. Man macht gerade in Schleswig-Holstein den gleichen Fehler. Immer noch eine Schule kann nicht die Lösung sein. Deshalb ist es richtig, dass wir uns für zwei Schulformen ausgesprochen haben. Es können sich dabei natürlich auch Gymnasien – wie wir es in der Vergangenheit in Tonndorf gemacht haben, aber das sind Einzelfälle – aufgrund der Schülerzahlen zur Stadtteilschule entwickeln, genauso wie sich eine Stadtteilschule theoretisch zum Gymnasium entwickeln kann.

Eines ist mir wichtig: Eine Gesamtevaluation kann erst nach mindestens einem gesamten Schülerdurchlauf erfolgen, denn wir können nicht alle Schulen mitnehmen und zur Veränderung auffordern und gleichzeitig ankündigen, sie müssten sich vielleicht in vier Jahren schon wieder in eine ganz andere Richtung entwickeln und in acht noch einmal in eine andere. Wir können die Schulen zu einer Reformanstrengung – die in allen Schulformen notwendig ist – nur bewegen, wenn wir ihnen auch eine Perspektive und Sicherheit geben, nicht für unendlich viele Jahre, aber zumindest für etwas mehr als einen Schülerdurchlauf, also für 15 bis 20 Jahre. Das muss die Perspektive sein. Dann stellen wir uns gern mit neu und

andere aus- und fortgebildeten Lehrern und einer anderen Gesellschaft einer neuen Diskussion. Dann schauen wir, wie wir uns in 20 Jahren entscheiden. Wir sollten aber nicht heute schon sagen, wir ändern jetzt alles, das sei aber alles nur kurzfristig und vorübergehend, in Wirklichkeit wollten wir etwas ganz Anderes. Dann bekommen wir die Schulen nicht motiviert, sich diesem Reformprozess zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine Wortmeldungen zu den Themen der Aktuellen Stunde mehr. Dann ist die Aktuelle Stunde beendet.

Wir kommen zu den Punkten 3 und 3 a der heutigen Tagesordnung, der Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz und der Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz – Drucksache 18/5828 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt – Drucksache 18/5872 –]

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können. Die Stimmzettel liegen Ihnen vor, sie enthalten bei den Namen Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Kreuzen Sie aber bitte bei jedem Namen nur ein Kästchen an. Mehrere Kreuzchen bei einzelnen Namen beziehungsweise weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit führen. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidung vor. Ich darf die Schriftführerinnen bitten, mit dem Einsammeln der Wahlzettel zu beginnen.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

– Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Jetzt sind alle abgegeben. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden ermittelt. Ich werde Sie Ihnen im Laufe der Sitzung bekanntgeben.*

Wir kommen zu den Punkten 14 und 19 der heutigen Tagesordnung, dem Bericht des Kulturausschusses zum Thema Elbphilharmonie und dem gemeinsamen Bericht des Haushaltsausschusses und des Stadtentwicklungsausschusses zum Haushaltsplan 2007/2008: Sonderinvestitionsprogramm Hamburg 2010 – Realisierung des Projektes Elbphilharmonie, Nachforderung von Haushaltsmitteln im Einzelplan 1.1 und im Einzelplan 3.3 der Kulturbehörde.

[Bericht des Kulturausschusses zum Thema "Elbphilharmonie" (Selbstbefassungsangelegenheit) – Drucksache 18/5689 –]

* Ergebnisse siehe Seite 3996 C

C

D

A [Gemeinsamer Bericht des federführenden Haushaltsausschusses und des mitberatenden Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 18/5526: Haushaltsplan 2007/2008, Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010" (SIP), "Realisierung des Projekts Elbphilharmonie", Nachforderung von Haushaltsmitteln im Einzelplan 1.1 "Senat, Personalamt", Einzelplan 3.3 "Kulturbehörde" (Senatsvorlage) – Drucksache 18/5824 –]

Hierzu liegen Ihnen als Drucksachen 18/5895 und 18/5896 ein interfraktioneller Antrag sowie ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

[Interfraktioneller Antrag: Kinder und Jugendliche zur Musik – Drucksache 18/5895 –]

[Antrag der Fraktion der SPD: Realisierung des Projekts Elbphilharmonie – Drucksache 18/5896 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Rusche, bitte.

Dietrich Rusche CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hamburg kann sich freuen. Frau Senatorin Dinges-Dierig hat vorhin von einem guten Wochenende für Hamburg gesprochen. Ich sage: Heute ist ein guter Tag für Hamburg, weil das Thema Elbphilharmonie weit über Hamburgs Grenzen hinaus diskutiert wird und man in aller Welt gespannt darauf wartet, ob sie nun gebaut wird oder nicht. Heute ist der Tag der Entscheidung.

(Beifall bei der CDU)

B Darüber sollten sich alle freuen.

Als wir das letzte Mal – das war im Oktober 2005 – hier über die Elbphilharmonie debattierten, taten wir es auf Grundlage einer Machbarkeitsstudie aus dem Juni desselben Jahres. Allen Beteiligten war damals natürlich klar, dass ein solches Jahrhundertprojekt nicht im Planungsstadium einer Studie stehen bleiben kann, sondern sich weiterentwickeln muss und auch weiterentwickeln wird, und zwar mit allen sich daraus ergebenden Kosten. Das schließt die Kostenseite natürlich mit ein. Die für die Planung Verantwortlichen haben damals daraus nie ein Hehl gemacht. Ich sage dies ganz bewusst, da von einzelnen manchmal der Eindruck erweckt wird, als sei eine Kostenerhöhung etwas völlig Überraschendes und das bei einem Bau dieser Größenordnung. Das ist schon verwunderlich.

Diese Weiterentwicklung, von der ich eben sprach, hat natürlich stattgefunden. Das gilt nicht nur für die äußere Gestaltung des Gebäudes, sondern insbesondere für die Organisation des gesamten Projektes und auch für die Struktur seiner Finanzierung.

Der Senat beantragt nun mit der Drucksache 18/5526, die Ihnen vorliegt, die Bürgerschaft möge dem umfangreichen Vertragswerk mit den dargestellten gesellschaftsrechtlichen Strukturen und den sich daraus ergebenden finanziellen Belastungen zustimmen. Diese Zustimmung wird die Bürgerschaft dem Senat heute geben. Ich freue mich ganz besonders über die Einigkeit, die erreicht werden konnte.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Willfried Maier GAL*)

Die Kulturpolitiker aller Fraktionen haben dieses Projekt von Anfang an unterstützt. Nur in der SPD gab es einige Irritationen und Schwierigkeiten. Das sollte man durchaus erwähnen,

(*Michael Neumann SPD*: Nö, Fragen!)

denn die ursprüngliche, sehr populistische und zugleich weltfremde Forderung des SPD-Landesvorsitzenden – oder muss man jetzt sagen: ehemaligen Landesvorsitzenden? –, den Bau der Elbphilharmonie allein von der vollständigen Finanzierung durch Spendengelder abhängig zu machen, ist – Gott sei Dank – vom Tisch. Damit ist der Weg frei geworden, dieses Jahrhundertbauwerk gemeinsam auf die Startrampe zu bringen. Ich bin ganz sicher, dass Hamburgs Bürgerinnen und Bürger sich über diese Gemeinsamkeit, die wir heute an den Tag legen, freuen werden.

(Beifall bei der CDU)

Die Frage nach den Gesamtkosten dieses Projektes und vor allen Dingen nach der Differenz zu den in der von der Bürgerschaft gebilligten Machbarkeitsstudie genannten Kosten hat natürlich – wie hätte es anders sein sollen – die Diskussion in unseren vielen Ausschussberatungen beherrscht und hat teilweise zu heftigen und kontrovers geführten Debatten geführt. Das ist bei einem Objekt dieser Größenordnung nicht verwunderlich. Das ist konsequent.

Ein Vergleich mit den in dieser Machbarkeitsstudie genannten Kosten ist jedoch problematisch und führt leicht zu völlig falschen Schlussfolgerungen, denn eine Studie ist eine Studie ist eine Studie und nichts anderes. Es ist eine Studie, wie der Name schon sagt. Diese Studie enthielt viele Dinge nicht, die später nachgearbeitet worden sind. Ich denke, dass der Hotelausbau noch nicht enthalten war, der in der Endfassung enthalten ist. Die Kosten für den Bau der Wohnungen, die jetzt herausgefallen sind, waren enthalten und vieles andere mehr. Der Vergleich der in der Machbarkeitsstudie angenommenen Kosten mit denen des Endprodukts ist schwer nachzuvollziehen.

Lassen Sie mich deshalb vorweg sagen, dass der jetzt feststehende Pauschalpreis von 241,3 Millionen Euro mit einem darin enthaltenen Anteil von 149,8 Millionen Euro für den öffentlichen Bereich für dieses technisch hoch komplexe und gestalterisch höchsten Ansprüchen genügende Bauwerk ein angemessener und im internationalen Vergleich der Konzerthäuser günstiger Preis ist. Besonders hervorheben möchte ich dabei, dass die Gebäudeerhaltungskosten für einen Zeitraum von 20 Jahren nicht die Betriebshaushalte der kommenden Jahre belasten werden – was unsere Haushälter besonders erfreuen dürfte –, sondern bereits in die Realisierungsentscheidung mit einbezogen worden sind. Ursprünglich war ja etwas Anderes geplant – das wissen Sie noch –, nämlich das gesamte Projekt in die Hände Privater übergehen zu lassen. Hamburg wäre dann Mieter der Elbphilharmonie in einem Gebäude gewesen, das ihr nicht gehört. Bei einem solchen Modell übernimmt ein Investor das Eigentum am kommerziellen Mantel, um diesen dann später auf eigenes Risiko zu entwickeln und irgendwann später mit Gewinn zu verkaufen. Ich darf daran erinnern, dass dies die ursprüngliche Planung war.

Dieses Modell hätte aber im Wesentlichen zwei große Nachteile gehabt: Zum einen wäre es für die Stadt teurer geworden, und zwar einfach, weil ein Investor aufgrund

A bonitätsbedingter höherer Kapitalzinsen teurer sein müsste. Das ist gar nicht anders möglich. Zweitens spielte der Gedanke eine Rolle, dass die Stadt bei einem so wichtigen Projekt – immerhin handelt es sich um ein künftiges Wahrzeichen unserer Stadt – mit Ausnahme der Wohnungen unbedingt Eigentümer des Gebäudes sein sollte, um letztendlich maßgeblichen Einfluss auf die Gestaltung und Nutzung der Elbphilharmonie auf Dauer zu behalten. Nach eingehender Prüfung fiel die Entscheidung deswegen für das Bieterkonsortium Commerzleasing und Hochtief. Dieses Konsortium bietet Gewähr für beste Bonität und die erforderlichen Sicherheiten. Das Konsortium ist verpflichtet, die Elbphilharmonie schlüsselfertig zu einem Pauschalpreis nach einem festen Bauzeitenplan zu errichten, den kommerziellen Mantelbau zu finanzieren, den Betrieb von Hotel, Gastronomie und Parkhaus über 20 Jahre zu sichern und das Gebäudemanagement ebenfalls über 20 Jahre durchzuführen. Auftraggeber des Konsortiums ist die Elbphilharmonie KG, eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Freien und Hansestadt Hamburg. Da die KG aufgrund der Bürgerschaft der Stadt Hamburg über eine hervorragende Bonität verfügt, kommen besonders günstige, kommunalkreditähnliche Konditionen zum Tragen und dadurch wird schließlich zugunsten der Stadt eine deutlich bessere Finanzierungsstruktur erzielt. Das ist der große Vorteil des jetzt gewählten Modells.

Dies hat unter anderem dazu geführt, dass die im Oktober 2005 von der Bürgerschaft geäußerten Wünsche in die Weiterentwicklung einbezogen werden konnten. Sie erinnern sich: Dabei handelt es sich im Wesentlichen um den musikpädagogischen Bereich mit einem dritten Saal im Kaispeicher, das klingende Museum, die Dachterrassen für die Konzertbesucher, die Erhaltung der so beliebten Halbportalkräne und den besonders wichtigen Aspekt einer energiesparenden Bauweise. All dies hat zu deutlichen Mehrkosten geführt und wäre ohne die gewählte Finanzierungsstruktur sicher so nicht möglich gewesen.

Darüber hinaus wurde mit dem Verkaufserlös für die Wohnungen in Höhe von 7,6 Millionen Euro eine Quersubventionierung realisiert, die sich angesichts des dabei erzielten Quadratmeterpreises von 1000 Euro sehen lassen kann, besonders, wenn man weiß, dass in der übrigen HafenCity Quadratmeterpreise von ungefähr 600 Euro für die Wohnungsnutzung erzielt werden.

(Uwe Grund SPD: Sagen Sie doch endlich einmal etwas zur Kultur!)

– Wir sind die ganze Zeit bei der Kultur. Vielleicht haben Sie nicht zugehört.

(Uwe Grund SPD: Nein, das ist Buchhaltung!)

Außerdem ist dieser private Gebäudeanteil an den Kosten der Erschließung von Fassade und Dach anteilig beteiligt und trägt so ebenfalls zur Wirtschaftlichkeit des Gebäudes bei.

Wenn wir also heute mit großer Freude den Startschuss für die Elbphilharmonie geben, wird ein Signal von Hamburg ausgehen. Wir werden dies mit großer Zuversicht tun und in der Erwartung, dass unsere weitreichende Zielsetzung dabei erfüllt wird und Hamburg mit diesem spektakulären Bau im Wettbewerb mit anderen Metropolen ganz vorn stehen wird.

An dieser Stelle möchte ich dem Projektkoordinator, Herrn Wegener, und seiner ambitionierten Mannschaft noch einmal sehr herzlich für ihre Arbeit danken.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

– Ich finde es schön, dass Sie dem Beifall alle zupflichten.

(Christa Goetsch GAL: Wir nicht!)

– Sie nicht? Sie haben Gelegenheit, es später nachzuholen.

Es ist den Projektverantwortlichen gelungen, die hochkomplexe Mischung der Funktionen Musikbereich, Hotel, Wohnungen, Gastronomie und Parkhaus rechtlich und wirtschaftlich unter einen Hut zu bringen und dabei die höchsten Ansprüche an Architektur und Gestaltung planerisch zu bewältigen. Das verdient unser aller Dank.

Sehr erfreulich ist auch die Transparenz, mit der in der Bürgerschaftsmittelung alle Kosten aufgeführt sind. Das gilt auch für die Begleitkosten des Projektes. So sind wir bei diesem Projekt in der Lage, nicht nur den Pauschalpreis des Baus, die zwanzigjährigen Unterhaltungs- und Ersatzinvestitionen, sondern auch die Kosten für das Projektmanagement der ReGe, die Ausstattungskosten, die Gebühren und weitere Kosten in unsere Betrachtung mit einbeziehen zu können. Nach meiner Kenntnis ist eine so umfassende Information bei öffentlichen Bauten im Allgemeinen nicht üblich.

Umso erstaunter bin ich, nachdem ich vor wenigen Minuten einen Antrag der SPD mit der Nummer 18/5896 in die Hand bekommen habe, in der Dinge stehen, die den Verdacht aufkommen lassen, dass Sie, verehrte Frau Kollegin Dr. Stapelfeldt, fälschlicherweise hier mit draufstehen, denn wenn hier steht, dass es keine konkreten Planungen und Kosten gegeben habe oder dass diese zumindest nicht vorlägen, ...

(Gesine Dräger SPD: Für die Erschließung!)

– für die Erschließung, ich weiß.

... dann weiß ich nicht, warum dies hier steht. Es gab wohl kaum ein Projekt, schon gar nicht in dieser Größenordnung

(Michael Neumann SPD: Von der Erschließung ist nicht die Rede!)

– ich weiß, wovon ich rede, und ich hoffe, Sie wissen es auch, verehrter Herr Neumann –, bei dem sämtliche Kosten so offengelegt worden sind wie in diesem Fall. Nach meiner Kenntnis ist eine so umfassende Information im Allgemeinen nicht üblich.

Nichtsdestotrotz hat uns alle natürlich die Frage, welche Risiken aus dem Projekt noch auf die Stadt zukommen könnten, in den parlamentarischen Beratungen völlig zu Recht beschäftigt. Der Senat hat dann in den Ausschussberatungen schlüssig vorgetragen, dass bei der Vertragsgestaltung alles getan worden ist, um Risiken, wie sie erfahrungsgemäß bei keinem Bau ausgeschlossen werden können, so weit wie möglich zu minimieren. Die wesentliche Sicherung des Projektes gegen Risiken im Bau erfolgt dadurch, dass die Stadt weiterhin – das halte ich für besonders wichtig – Eigentümer des Grundstücks bleibt und der Investor nur nach Baufortschritt bezahlt wird.

C

D

- A Das Risiko von Baukostenerhöhungen ist durch die Vereinbarung eines Pauschalpreises deutlich eingegrenzt. Hier könnte es nur Nachforderungen geben, wenn die Stadt Änderungen am Bauwerk verlangen würde oder durch Planungsfehler höhere Kosten entstünden. Letzteres möchte ich allerdings angesichts der Qualität der Planungsmannschaft ausschließen, die sich, was Kostenkontrolle und -steuerung angeht, schon bei anderen Projekten bewährt hat, wie wir alle wissen. Nach den bisherigen Erfahrungen mit dem Kostenmanagement der ReGe bin ich sehr zuversichtlich, dass auch hier gelingen wird, was bei der Airbus-Werkserweiterung und – soweit mir bekannt – auch beim Bau der BallinStadt gelungen ist, nämlich unter den angesetzten Budget zu bleiben.

Im Übrigen glaube ich, dass ich in diesem Fall auch im Namen aller Beteiligten sagen darf, dass die zusammenfassende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit des Projektes durch die von der ReGe beauftragten Anwälte von Ernst & Young einen hervorragenden Eindruck hinterlassen hat. Der schlimmste Fall wäre sicher der Totalausfall des Investors. Das aber ist angesichts der hervorragenden Bonität der Bietergemeinschaft und der sie absichernden Landesbanken höchst unwahrscheinlich und im Übrigen in der Risikovorsorge ebenfalls ausreichend abgedeckt.

So können wir also mit Zuversicht und großer Freude der Grundsteinlegung unserer Elbphilharmonie am 2. April 2007 entgegensehen. Dieser Tag wird lange noch vor dem Eröffnungskonzert der bisherige Höhepunkt einer spannenden Entwicklungsphase sein, zu dem viele beigetragen haben. Zu diesem für Hamburg so bedeutenden Tag wäre es sicher nicht ohne die Initiative von Alexander Gérard gekommen, ohne die Genialität der Architekten Herzog & de Meuron, ohne die Spendenbereitschaft von über 5000 Hamburgerinnen und Hamburgern, ohne die professionelle Arbeit der mit der Planung beauftragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ReGe und vor allem nicht ohne eine hochengagierte und durchsetzungsstarke Kultursenatorin und einen Ersten Bürgermeister, der von Beginn an von der Idee begeistert war und sie mit ganzer Kraft unterstützt hat.

(Beifall bei der CDU – *Antje Möller GAL*: Ah ja, danke, Herr Bürgermeister!)

Ihnen allen sei an dieser Stelle sehr herzlich gedankt. Hamburg kann sich freuen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Quast.

Jan Quast SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Am Ende waren immer alle dafür. Herr Rusche, ich entsinne mich noch, dass, als wir 2003 im Vorfeld der ersten bürgerschaftlichen Befassung das Projekt von Herzog & de Meuron, was uns Alexander Gérard vorgestellt hatte, in der Öffentlichkeit diskutiert haben, die damaligen verantwortlichen Senatsmitglieder sehr dagegen waren und sich dafür eingesetzt haben, ein Aquarium mit Musikhalle zu verwirklichen, aber bestimmt nicht das damals schon beeindruckende Modell der Elbphilharmonie.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Monika Schaal SPD*: Kabeljau!)

Es geht heute nicht darum, ob wir die Elbphilharmonie gut oder schlecht finden. Ich glaube, dass allen deutlich geworden ist, dass alle Fraktionen dieses imposante Bauwerk, wie es entstehen soll, gut finden. Es geht heute darum, ob wir bereit sind, Beträge in dreistelliger Millionenhöhe aus dem Hamburger Haushalt in dieses Projekt zu investieren. Deswegen will ich auch in dieser Debatte noch einmal einen Blick zurückwerfen: Als wir im Jahre 2003 das Modell einer neuen Philharmonie auf dem Kaispeicher A kennenlernten und sich viele Menschen in der Stadt dafür begeistert hatten, war noch die Rede davon, dass man nur das Grundstück geben müsse und die Philharmonie sich aus der Randnutzung selbst finanzieren würde. So richtig geglaubt hat dies auch damals schon keiner. Aber immerhin, es war etwas Anderes.

Zwei Jahre später, im Jahr 2005, kam die vom Senat eingesetzte Realisierungsgesellschaft zu dem Ergebnis, dass die Stadt maximal 77 Millionen Euro aufwenden müsse. Das war noch eine Machbarkeitsstudie, deren Zahlen wir in vielen Beratungen hinterfragt haben. Wir haben Zweifel geäußert. Es war nicht so, Herr Rusche, wie Sie es heute dargestellt haben. Vielfältige Risiken waren Anlass für uns, Fragen zu stellen. Die technisch anspruchsvollen Maßnahmen wie zum Beispiel die Entkernung des Kaispeichers und die anspruchsvolle Fassade, Anforderungen an die Akustik des Konzertsaaes, die Kosten der Verkehrserschließung, die unbekannte Höhe des Beitrages der Quersubventionierung durch die Mantelnutzung – zu all dem haben wir Fragen gestellt. Sie ließen bei uns Zweifel aufkommen, ob die 77 Millionen Euro, die die Stadt Hamburg dazugeben wollte ausreichen würden. Aber diese Zweifel – auch das, Herr Rusche, ist richtig – wurden abgetan. Das war nicht mal eben so, sondern es gibt eine Drucksache des Senats an die Bürgerschaft, in der steht, dass 77 Millionen Euro die Höchstgrenze sein sollten. Wenn denn noch Spenden dazukämen und die Quersubventionierung mehr erbrächte, könnten es auch weniger sein. Insofern war das, was die SPD-Fraktion und Mathias Petersen damals gefordert haben – nämlich, dass wir für dieses Projekt noch viel mehr Spenden einwerben müssen –, richtig und es ist auch heute noch richtig.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt sind wir tatsächlich bei 114 Millionen Euro angelangt, die die Stadt beitragen soll, um die Elbphilharmonie zu realisieren. Das sind 50 Prozent mehr, als in der Machbarkeitsstudie angenommen. Ich finde, dass – selbst, wenn Sie sich darauf zurückziehen, dass es nur eine Machbarkeitsstudie gewesen sei – 50 Prozent mehr in dieser Millionenhöhe ein deutlicher Betrag sind. Das kann man nicht so abtun. Da sind Fehler gemacht worden. Dazu können Sie stehen, da müssen Sie jetzt keine Legenden bilden, Herr Rusche,

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

denn das Problem bei der ganzen Sache ist ja, dass das Herunterrechnen der Kosten 2005 und die Explosion des Zuschussbedarfes im vergangenen Jahr dem Projekt in der Öffentlichkeit großen Schaden zugefügt haben

(Beifall bei der SPD und der GAL)

und die Akzeptanz vieler Hamburger für dieses Projekt beeinträchtigt haben.

Vielleicht nicht den größten, aber einen großen Schaden hat sich die Kulturbehörde geleistet, als sie in ihrer Pres-

A semitteilung der Bürgerschaft, diesem Parlament, für die Wünsche, die es hatte, die Schuld daran zugewiesen hat, dass die Mehrkosten um 50 Prozent gestiegen seien. Wir reden von Mehrkosten im zweistelligen Millionenbereich. Die Bürgerschaft hatte Wünsche in Höhe von zwei bis drei Millionen Euro. Die Pressemitteilung der Kulturbehörde – und dafür hat sich bis heute keiner aus diesem Senat entschuldigt – hat der Bürgerschaft die Schuld zugewiesen. Das war eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Auch heute sind noch nicht alle Kosten auf dem Tisch. Risiken der Realisierbarkeit sind noch nicht ausreichend geprüft. Wir wissen noch nicht, was mit der Fassade geschieht. Wir hoffen, dass das so funktioniert, aber bisher ist es nur ein Modell, das noch nirgendwo umgesetzt worden ist. Darin liegen weiter Risiken für die Realisierung der Elbphilharmonie und das können Sie nicht weg-wischen.

Das größte Ärgernis in diesem Zusammenhang ist aber die Verkehrserschließung. Ich weiß nicht, wie Sie auf die Idee kommen, dass der Senat hier alles transparent dar-gelegt habe. Da sind in der Beratung einige Stichworte genannt worden. Es sind Grobschätzungen über die Kosten vorgenommen worden, aber ein Konzept konnte nicht vorgelegt werden, und das in einer Zeit, in der es die Realisierungsgesellschaft geschafft hat, die gesamte Elbphilharmonie zu planen, ein Finanzierungskonzept aufzustellen und einen Investor zu finden. In dieser Zeit, in der die ReGe eine hochkomplexe Planung durchge-führt hat, haben es der Senat und seine zuständige Behörde nicht geschafft, ein vernünftiges, abgestimmtes und mit Kosten unterlegtes Verkehrskonzept vorzulegen.

B Wo sind wir eigentlich? Will dieser Senat eigentlich die Elbphilharmonie?

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Fakt ist, dass wir noch nicht wissen, was uns das Projekt am Ende kosten wird. Es gibt noch viele Risiken. Gleich-wohl müssen wir heute entscheiden. Soll die Idee, die Alexander Gérard in die Stadt getragen hat, Realität werden und der faszinierende Entwurf von Herzog & de Meuron zu Stein und Glas? Die Elbphilharmonie hat die Chance, aufgrund ihrer kühnen Architektur, aufgrund der Verbindung von Moderne und Tradition und wegen ihrer exponierten Lage ein weiteres Wahrzeichen unserer Stadt zu werden. Die Elbphilharmonie kann unserem größten städtebaulichen Projekt, der HafenCity, weiter Schwung geben. Sie kann ein Kristallisationspunkt werden, der der Entwicklung Hamburgs und der HafenCity nützt und Hamburg hat vor allem die Chance, ein erst-klassiges Konzerthaus zu erhalten

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Blömeke* GAL)

und einen Ort, an dem die Hamburger auf der öffentlich zugänglichen Plaza ihren Gästen einen beeindruckenden Blick über die Stadt und den Hafen bieten können.

Aber, meine Damen und Herren, ist das, was die Elbphilharmonie heute in den Köpfen und morgen in der Realität der Stadt ausmacht, wirklich ganz Hamburg? Ein Teil ist es sicher. Aber Hamburg ist viel mehr, eben nicht nur der Glanz dieser kühnen Architektur, sondern leider auch viel Schatten: Arbeitslosigkeit, Kinderarmut, Obdachlosigkeit, soziale Not, Stadtteile mit Problemen – auch das ist leider Hamburg. Wir Sozialdemokraten haben uns deshalb

gefragt: Können wir jetzt über 100 Millionen Euro an Steuergeldern in diese Elbphilharmonie steuern? Wir erleben, dass Bücherhallen, Schwimmbäder und soziale Einrichtungen geschlossen werden, weil die Stadt kein Geld hat, diese zu unterhalten. Wir erleben, dass Mittel für die soziale Stadtentwicklung für lebenswerte Quartiere erst nach vielem öffentlichen Druck bereitgestellt werden, viel zu spät und zu wenig. Wir fragten uns, ob es dann richtig ist, in ein einziges Projekt so viel öffentliche Mittel zu investieren.

(*Lydia Fischer CDU*: Das schafft doch Arbeits-plätze!)

Wir haben es diskutiert und wir haben in unserer Fraktion darum gerungen. Müssen wir uns angesichts der sozialen Schiefelage, in die der Senat die Stadt geführt hat,

(*Ingo Egloff SPD*: Wer war das denn?)

nicht gegen die öffentliche Finanzierung der Elbphilhar-monie in diesem Umfang wenden, übrigens ein Projekt, für das wir uns als SPD als erste inhaltlich eingesetzt haben, auch in diesem Hause.

Meine Damen und Herren, für uns als Opposition wäre es leicht gewesen, zur Finanzierung der Elbphilharmonie aus Steuermitteln Nein zu sagen.

(*Hans-Detlef Roock CDU*: Herr Petersen hat es ja gesagt!)

Das wäre wahrscheinlich populär angesichts der sozialen Schiefelage in der Stadt und der ständig steigenden Kos-ten der Elbphilharmonie. Wir haben es uns aber schwer gemacht. Wir haben am Anfang Ja zur Elbphilharmonie gesagt, als man 2003 noch von einer privaten Finanzier-barkeit ausging, und wir werden auch jetzt zu einer Finanzierung mit öffentlichen Mitteln Ja sagen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir glauben, dass sich Metropolen wie Hamburg solch herausragende Projekte leisten können müssen. Die Elbphilharmonie ist gut für die Ausstrahlung der Metro-pole Hamburg und gut für den Standort Hamburg und die Entwicklung dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wir wollen kein Ausspielen von Kultur- gegen Sozial-politik,

(*Hans-Detlef Roock und Barbara Ahrons, beide CDU*: Das tun Sie doch gerade!)

auch wenn die Schiefelage der Senatspolitik dazu verleiten könnte. Wir wollen kein Aufwiegen der Elbphilharmonie, die wir unterstützen, mit einer Sozialpolitik, die wir be-kämpfen.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

Es muss aber in dieser Stadt wieder zu einer Balance zwischen Leuchtturmprojekten und Investitionen in Arbeit, Bildung, Kinderbetreuung und Stadtteile kommen. Das wird die Aufgabe der nächsten Jahre sein. Wir fordern ein, dass Sie, Senat und CDU, diesen Weg des Aus-gleichs in Hamburg gehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Unsere Zustimmung zur Elbphilharmonie heute ist keine Zustimmung zur Senatspolitik. Im Gegenteil: Für uns

A bedeutet sie die Verpflichtung, weiter darauf hinzuwirken, dass es einen vernünftigen Ausgleich zwischen Sozialpolitik und Stadtentwicklungspolitik und Kulturpolitik in dieser Stadt gibt. Für Sie müsste es Verpflichtung sein, dass Sie ebenfalls diese Schritte gehen und nicht nur in Leuchttürme investieren, sondern auch in die Menschen in dieser Stadt, die im Schatten stehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich zum Abschluss bedanken bei Alexander Gérard, bei den Architekten Herzog & de Meuron und vor allem bei den vielen Tausend Hamburgerinnen und Hamburgern, die durch sehr große Spenden wie die Familien Greve und Otto, aber auch durch viele kleine Spenden dazu beitragen, dass Hamburg dieses Wahrzeichen, die Elbphilharmonie, erhält. Das hat mich sehr beeindruckt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Die Situation ist in einem Punkt richtig schön. Die Zustimmung hier in der Bürgerschaft ist seit der letzten Debatte größer geworden. Die alte Hamburg-Partei ist dabei. Das wird der Elbphilharmonie gut tun, dass wir das Thema hier aus der Debatte heraushaben. Denn wir erfüllen damit als Bürgerschaft, glaube ich, auch eine Aufgabe, die uns angesonnen ist. Wir sollen in gewisser Weise so etwas wie Bildung der öffentlichen Meinung betreiben. Ich habe den Eindruck, dass wir in der Stadt eher die Situation haben, dass die Zustimmung zur Elbphilharmonie etwas zurückgeht, und das ist nicht ganz so schön. Wenn wir hier aber die Aufgabe wahrnehmen, diesen Standpunkt gemeinsam zu vertreten, kann man dagegen anarbeiten.

Warum ist das möglicherweise so, dass in der Stadt die Zustimmung zurückgeht? – Dazu trägt natürlich die Diskussion über die Kostenentwicklung bei. Das ist nirgends in der Stadt mit Begeisterung aufgenommen worden, auch bei uns nicht. Wenn man ehrlich ist, stimmt es auch nicht, dass die öffentlichen Zuschüsse von 77 auf 114 Millionen gesteigert worden sind, sondern gleichzeitig aus der Spendenkasse 17,5 Millionen zusätzlich herausgenommen werden und von der öffentlichen Hand wieder 17,5 Millionen hineingetan werden, sodass es in Wirklichkeit fast 132 Millionen sind, die an öffentlichen Mitteln darin sind. Also stimmen wir sehenden Auges einer Preissteigerung von über 70 Prozent in der Planungsphase zu. Das veranlasst einen natürlich doch dazu, zu sagen: Wenn vorher mit einer solchen Vehemenz aufgetreten wird und gesagt wird, dass es nicht mehr als 77 Millionen werden, ...

– Herr Rusche, ich erinnere Sie daran, dass uns diese Vehemenz damals so überzeugt hat, dass wir einen gemeinsamen Antrag formuliert haben, worin wir geschrieben haben, dass es auch nicht mehr werden sollen. Das heißt, wir waren damals davon überzeugt, dass das nicht nur eine Ansage war, sondern schon eine ziemlich verlässliche Basis.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Wilfried Buss SPD: Genau! Richtig! – Dietrich Rusche CDU: Aber ohne die Zusatzleistung!*)

Da hat uns der Senat in gewisser Weise schon auf ein Glatteis geführt. Auf diesem Glatteis sind wir nun etwas eingebrochen und stehen bis hierhin – aber wir bleiben munter. Wir bleiben munter und sagen, dass wir das Teil trotzdem wollen.

Aber man darf sich einmal an ein großes Beispiel erinnern, was aus Preissteigerungen passieren kann. Es ist ein bisschen grotesk, aber es ging mir neulich durch den Kopf: Die sixtinische Kapelle. 1508 hat Michelangelo mit der Deckenbemalung begonnen und ist dann teurer geworden, so wie hier Herzog & de Meuron deutlich teurer werden. Beides sind renommierte Adressen. Damals hat dann der Vatikan gesagt, dass das Geld her müsse. Dann hat er Leute zum Ablass sammeln losgeschickt.

(*Michael Neumann SPD: Deswegen gibt es die evangelische Kirche, Herr Maier!*)

Daraus ist in Deutschland die Reformation entstanden.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Nun glaube ich zwar nicht, dass der Senat so weit geht – Herr von Beust –, dass er himmlisches Heil verspricht, wenn wir zustimmen. Ich glaube noch nicht einmal, dass er allen Spendern die Ehrenbürgerschaft verleihen will. Aber immerhin ist der Senat offenkundig in der Pflicht. Diese Pflicht erstreckt sich aber auch auf einen zweiten Punkt. Die Vermutung in der Stadt, etwas stimme nicht so ganz, erstreckt sich darauf, dass viele den Eindruck haben, dass der Senat für schmückende Projekte Geld habe aber für das eine oder andere Projekt im Stadtviertel und für die Kitas, für Ganztagesplätze für Eltern, die nicht beschäftigt sind, habe er kein Geld. Warum sollen wir das dann machen?

Das heißt, es gibt so etwas wie ein soziales Ressentiment und eine soziale Unzufriedenheit gegen die Elbphilharmonie. Dagegen muss der Senat richtig ankämpfen. Denn öffentliche Projekte dieser Art bedürfen auch einer guten Stimmung in der Stadt.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Dietrich Rusche CDU: Das bringt uns voran!*)

Die ist bei Ihrer Klientel stärker vorhanden,

(*Dietrich Rusche CDU: Bei Ihrer genauso!*)

– bei unserer vielleicht auch –

weil die von Einkommensproblemen nicht so betroffen sind, wie viele Leute, die diesen Ärger artikulieren.

Zum Zweiten muss man auch sagen, dass dieses Argument so wirklich nicht zutrifft, denn die Elbphilharmonie wird teuer in Fragen der Investitionskosten. Wir reden ja noch gar nicht über Betriebskosten. Die sind im Moment, was die öffentlichen Mittel angeht, bei 2 Millionen jährlich angesetzt. Das ist eine beherrschbare Größe, wenn es denn dabei bleibt. Man muss, glaube ich, begreifen, dass wir hier über ein Projekt reden, dass auf der Investitionsebene in Konkurrenz steht. Wozu steht es denn da in Konkurrenz? Da steht es zum Beispiel in Konkurrenz zu drei Milliarden bis 2015 für den Hafen. Dabei steht es in Konkurrenz zu einer U-Bahn-Anbindung für die Hafencity, die für die übrige Stadt nichts und für die Hafencity eine oder zwei Stationen bringt und sehr teuer ist, obwohl eine andere Lösung möglich wäre. Es steht in Konkurrenz zu einem Projekt wie der Erweiterung der Justizvollzugsanstalt, die jetzt leer steht aber teuer war. Zu solchen Investitionsentscheidungen steht es in Konkurrenz. Dann

A ist es, glaube ich, auch leichter vertretbar, zu sagen, dieses Projekt ist nicht nur ein kulturell strahlendes, sondern auch ein Projekt, das auf eine neue Weise Perspektiven für die Stadt zu öffnen versucht, selbst wirtschaftliche Perspektiven.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU – *Dietrich Rusche CDU*: Richtig!)

Ich glaube, man kann sich auch noch einmal besonders vergegenwärtigen, warum denn eine Philharmonie dafür so besonders geeignet ist. Wir definieren normalerweise die Internationalität der Stadt über den Hafen. Eine Stadt aber, die in der Welt vorkommen will, darf nicht nur vorkommen in den Logistikadressen und Internetbuchungen von Containern, die um die Erde geschleust werden, sondern sie muss vorkommen in den Bildern, in den Geschichten, in den Tönen und den Liedern, die auf der Welt gesungen und gespielt werden, und in dem, worin Leute sich auf der ganzen Erde eine Vorstellung von diesem, unserem Globus machen.

(*Dr. Andreas Mattner CDU*: Leuchttürmel!)

Da müssen wir vorhanden sein. Da wollen wir auch wahrgenommen werden als die, die wir sind. Nicht nur als die, die wir sind, sondern auch in unseren besseren Möglichkeiten wollen wir wahrgenommen werden. Wir wollen nicht nur einfach als die Schrapper wahrgenommen werden, die wir auch weithin sind, sondern wir möchten auch wahrgenommen werden als Menschen, die auch zu einer Selbstübersteigerung, zu einer Selbsttranszendierung fähig sind und sich darum so etwas leisten und solch eine Einrichtung wollen. Da spielt durchaus eine Rolle, dass die Musik dafür eine ganz besonders geeignete Botschaft darstellt. Sie ist im Unterschied zu den anderen Künsten viel weniger national und kulturell eingeschränkt, weil sie in erster Linie nicht über Vorstellungsbilder geht. Sie geht noch nicht einmal über Sprache, sie geht überhaupt nicht über Erscheinungsbilder. Der alte Schopenhauer hat einmal gesagt, es sei damit so, dass sie direkt auf das Innerste des Menschen zielt als eine ganz allgemeine Sprache, deren Deutlichkeit sogar die der anschaulichen Welt selbst übertreffe, weil sie in einer so unmittelbaren Weise zu ergreifen verstehe. Wenn eine solche Einrichtung für große Musik in Hamburg entsteht, dann möchten wir auch, dass dort nicht nur ein Gebäude steht, sondern dass diese Musik, die dort gespielt wird, auch zu ergreifen in der Lage ist und viele Menschen hier und von nah und fern dazu gewinnt, dort hinzugehen und sich das anzuhören.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD und der CDU)

Man kann sogar sagen, dass Hamburg durchaus wieder an etwas anknüpft, was es einmal hatte. Hamburg war einmal die erste Musikstadt Deutschlands. Das war im 18. Jahrhundert der Fall, als Telemann, Carl Philipp Emanuel Bach, sogar der junge Händel, der hier die Geige gestrichen hat, in Hamburg gelebt und Musik gemacht haben. Es hing mit der besonderen Rolle der Kirchenmusik in Hamburg zusammen. Da gab es einmal die Wahrnehmung, dass in gewisser Weise die absolute Musik, die dann das 19. Jahrhundert geprägt hat, also die Musik, die weder Ton- noch Tanz- noch Gebärdenbegleitung hat, eigentlich nur – Herder hat gesagt – aus der Andacht entstehen konnte, also aus einer Situation, in der die Menschen relativ ruhig sitzen und zuhören und nicht swingen und mitsteppen und so weiter, was heute häufig

eine Rezeptionsform von Musik ist. Das ist eine Rezeptionsform und eine musikalische Form, die nur möglich war auf der Grundlage – in gewisser Weise muss man sagen – ursprünglich des Protestantismus, der diese Rolle des Gottesdienstes einmal ausgeprägt hatte, des zuhörenden Gottesdienstes, in dem diese Musik eine Rolle spielt. Also gehört eine solche Musikhalle auch nach Norddeutschland. Sie gehört nach Norddeutschland, auf diesen Boden.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Manuel Sarrazin GAL*: Die evangelischen Pfeffersäcke!)

Schließlich muss man nicht mehr Protestant sein, um dorthin zu gehen, Gott sei Dank. Man kann auch nur an die Musik glauben und das ist das Schöne daran.

Des Weiteren darf man auch sagen: Hamburg kann durchaus eine musikalische Initiative vertragen, weil es in der zweiten Hälfte oder in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts zumindest eine richtige Hochburg der Rock- und Popmusik war. Gegenwärtig verlieren wir da ein bisschen Boden gegenüber Berlin, aber auch da ist eine Wiederanknüpfung und eine neue Initiative nötig. Hamburg hat durchaus eine Fähigkeit und eine Möglichkeit, als Musikinitiative und als Musikstadt zu glänzen. Diese Halle passt gut zu uns.

Man muss aber trotz alledem sagen, dass wir angesichts der Kostensteigerung, die auf uns zukam, keineswegs von vorneherein der Meinung waren, das wir diese lächelnd anschauen und es trotzdem machen. Sondern bei uns war der Streit darüber ziemlich groß. – Soll man das eigentlich machen, obwohl der Senat auch in der Planung des Projekts offenkundig Fehler gemacht hat? Schon eine reine Plankostensteigerung von 70 Prozent ist ein bisschen über Normalnull. Wir haben uns dann aber gesagt, dass man ja nicht einem guten Projekt deswegen nicht zustimmen kann, weil der Senat Fehler gemacht hat.

(*Michael Neumann SPD*: Dafür kann das Projekt ja nichts!)

Das hat uns dann mehrheitlich deutlich überzeugt und wir haben dann gesagt, dass wir aber in dem weiteren Verfahren drei Gesichtspunkte gesichert haben möchten.

Zum einen möchten wir, dass die Bürgerschaft, insbesondere der Haushaltsausschuss – auf welchen Kanälen auch immer –, frühzeitig, und zwar unverzüglich, unterrichtet wird, wenn es zu Kostensteigerungen kommt, die jetzt nicht gesehen werden, also insbesondere, wenn es zu Neuverhandlungen innerhalb der Vertragskonstruktion kommt – dass die nicht erst ausgehandelt und uns danach erst vorgelegt werden, sondern dass wir, in der Gestalt der haushaltspolitischen Sprecher beispielsweise, darüber sofort informiert werden. Es wird auch dem Projekt gut tun, wenn das der Fall ist, weil es viel besser ist, wenn eine Partei darüber Bescheid weiß, als dass sie solche Sachen aus der Zeitung erfährt und dann die Gegenreaktion dazu bekommt.

Zum Zweiten haben wir gesagt, dass wir nicht möchten, dass die Elbphilharmonie im Wege des Kannibalismus zulasten anderer Kulturprojekte finanziert wird. Das darf nicht sein, weil wir sonst auch die kulturelle Atmosphäre in der Stadt zwischen den verschiedenen Institutionen belasten und schwierig und unerträglich gestalten. Das ist das Zweite, was wir für vernünftig halten.

C

D

- A Das Dritte – darüber haben wir auch untereinander eine große Einigung erzielt – ist, dass wir es für nötig halten, musikalische und musikpädagogische Initiativen zu ergreifen, damit diese Philharmonie auch tatsächlich zu einer Angelegenheit aller Hamburgerinnen und Hamburger wird. Denn es ist nicht so, dass die Musik, die dort zu einem guten Teil gespielt werden wird, heute noch spontan zugänglich wäre oder sich ohne Weiteres aus den familiären Bildungszusammenhängen erschließen ließe, sondern dazu sind bewusste Anstrengungen nötig, wenn diese Musiktradition weiterleben soll, die – wie ich finde und wie ich es auch in Zitaten anderer wiederfinde – eine der bedeutendsten Leistungen der deutschen Kultur ist. Es hat zur Menschheitskultur beigetragen hat, dass diese Musiktradition der absoluten Musik hier begründet worden ist.

Schließlich muss noch einmal zurückgegangen werden auf Herrn Gérard und auf Herzog & de Meuron. Das überzeugungskräftigste Argument war natürlich nach wie vor immer wieder die Architektur, die in der Animation vorgestellt worden ist. Dazu ist mir noch eine Assoziation eingefallen, wieder eine etwas literarische. Der alte Goethe hat einmal zu einem Bewohner der Metropolregion, nämlich zum alten Eckermann, der aus Winsen stammte, gesagt, dass Architektur gefrorene Musik sei. Ein bisschen kann man sich das an dieser neuen Elbphilharmonie sogar vorstellen: Unten der massive alte Baukörper, ganz erdenschwer, gedrungen, anorganisch und oben geschwungen, ein leicht wirkender Glaskörper, fliegend, beweglich, mit individuellen Spitzen, eingreifend in die Stadtsilhouette der hohen Kirchtürme und damit eine ganz besondere Form von Harmonie verkörpernd.

- B Ich möchte meine Rede mit einem Schopenhauer-Zitat zu Ende bringen.

(Dietrich Rusche CDU: Der hat doch dazu irgendwann einmal gesagt: "Ich hatte leider keine Zeit, mich darauf vorzubereiten.")

Ich hatte meine Assoziationen ein bisschen spielen lassen und mich gefragt, wie man das, was daran großartig ist, eigentlich für die öffentliche Diskussion zugänglich machen kann. Ich finde, darüber sollten nicht nur Werbeagenturen reden, weil das meistens ein bisschen flach ist. Der alte Schopenhauer hatte folgende Assoziation – nicht zur Elbphilharmonie, wohl aber zu diesen Verhältnissen, die ich eben beschrieben habe:

"Ich erkenne in den tiefsten Tönen der Harmonie, im Grundbass, die niedrigsten Stufen der Objektivation des Willens wieder, die unorganische Natur, die Masse des Planeten. Alle die hohen Töne, leicht beweglich und schneller verklingend, sind bekanntlich anzusehen als entstanden durch die Nebenschwingungen des tiefen Grundtones, bei dessen Anklang sie immer zugleich leise mit erklingen, und es ist Gesetz der Harmonie, dass auf eine Bassnote nur diejenigen hohen Töne treffen dürfen, die wirklich schon von selbst mit ihr zugleich ertönen ... durch die Nebenschwingungen."

Das, finde ich, ist eine schöne Beschreibung dessen, was architektonisch ins Bild gesetzt worden ist. Nun hoffen wir, dass die Elbphilharmonie in Harmonie und Dissonanz weit strahlend erklingt. – Danke schön.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Frau Senatorin von Welck. C

Senatorin Dr. Karin von Welck: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Heute können und müssen Sie eine wichtige und mutige Entscheidung über das Projekt Elbphilharmonie treffen. Mutig ist sie, weil wir in ein Jahrhundertprojekt investieren. Wir alle treffen damit nicht nur – und das ist wichtig – eine Entscheidung für uns, sondern vor allem auch für die Generationen nach uns. Solche Entscheidungen erfordern immer Mut, aber solche Entscheidungen sind auch wichtig, denn sie gestalten letztlich ein Gemeinwesen.

Heute geht es nicht allein um eine Musikhalle, sondern um ein lebendiges Wahrzeichen für das Hamburg des 21. Jahrhunderts. Viele Menschen in dieser Stadt und in meiner Behörde haben mit großer Kraftanstrengung und viel Engagement auf den heutigen Tag hingearbeitet. So konnten wir dem Senat Ende letzten Jahres ein funktionsfähiges, wirtschaftlich tragfähiges Konzept zu Bau, Betrieb und Finanzierung der Elbphilharmonie vorlegen. Der Senat hat auf dieser Grundlage entschieden, dass er dieses Zukunftsprojekt umsetzen möchte und die Investitionen, die Investitionen in die Zukunft unserer Stadt sind, verantworten kann und will.

(Beifall bei der CDU)

Ich selbst bin fest davon überzeugt, dass eine Entscheidung für die Elbphilharmonie eine richtige Entscheidung für Hamburg ist. Mein Vertrauen in das Projekt ruht auf zwei Säulen,

(Wolfgang Beuß CDU: Schon wieder zwei Säulen!) D

dem soliden und fundierten Vertragswerk, das mit dem Investor verhandelt wurde, und auf der Entstehungsgeschichte, der Idee Elbphilharmonie. Es ist ein aus architektonischer, stadtentwicklungs- und auch kulturpolitischer Sicht einmaliger Vorgang, dass die Bürger einer Stadt mit solch einer Geschlossenheit und Begeisterung eine Idee an den Senat herangetragen haben. Dies bestärkt mich immer wieder darin, dass in der Stadt ein Bedürfnis nach dieser Art kultureller Stadtentwicklung besteht. Ich selbst merke es auch in fast jedem Gespräch, das ich hierzu führe, dass jeder, der mit der Idee der Elbphilharmonie erstmalig konfrontiert wird, sofort von ihr überzeugt ist.

Das hat in nur anderthalb Jahren nicht nur zu einem deutschlandweit einmaligen finanziellen bürgerschaftlichen Engagement von bisher immerhin schon annähernd 64 Millionen Euro Spenden geführt. Es war auch diese Begeisterung, die alle Beteiligten motiviert und dazu geführt hat, dass nun in denkbar kurzer Zeit nach Vorlage der Machbarkeitsstudie ein Planungsstand erreicht ist, der uns die Auftragsvergabe an einen Investor ermöglicht und die Grundsteinlegung greifbar macht.

Die intensiven Verhandlungen mit dem Investor in den letzten Monaten haben zu einem Leistungspaket geführt, mit dem der Investor sowohl den Bau als auch den späteren Betrieb zu einem Festpreis garantiert. Damit haben wir eine Kostentransparenz nicht nur hinsichtlich der Baukosten, sondern gerade auch im Hinblick auf die spätere Bauunterhaltung, das sogenannte Facility Management, erreicht, das für öffentliche Bauvorhaben notwendig ist, um die zukünftigen Betriebskosten realistisch

A einschätzen und vertraglich absichern zu können. Die Ausschussanhörungen haben die Komplexität und Solidität des gesamten Vertragspakets deutlich gezeigt. Daher möchte auch ich an dieser Stelle unserem Projektkoordinator, Herrn Wegener, und seinem Team mit dem Projektleiter, Herrn Leutner, herzlich für die erfolgreiche Arbeit der letzten Monate danken.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Dorothee Stapelfeldt und Gesine Dräger, beide SPD*)

Wir haben nun ein Vertragswerk, das vorbehaltlich Ihrer Zustimmung dazu führen wird, dass die Stadt Hamburg im Sommer 2010 die Elbphilharmonie mit einem fulminanten Festival eröffnen kann und im Herbst 2010 den regulären Spielbetrieb aufnehmen wird.

Ich möchte an dieser Stelle nicht verschweigen, dass auch ich über die deutlichen Mehrkosten gegenüber der Machbarkeitsstudie zunächst verunsichert war. Wir haben dann intern und anschließend in den Ausschüssen die Ursachen und Gründe für diese Kostensteigerung analysiert und Ihnen dargelegt. Neben den Mehrkosten für die nunmehr einschalige Fassade und den allgemeinen Baukostensteigerungen in den letzten 18 Monaten begründen auch die Erhöhung des Bausolls und die Weiterentwicklung der Nutzung den Anstieg der Kosten. Wir haben – darüber bin ich als Kultursenatorin natürlich sehr glücklich – das Projekt in einem wesentlichen Punkt weiterentwickeln können. Es ist uns gelungen, im alten Kaispeicher einen großzügigen musikpädagogischen Bereich mit einem neuen dritten Saal zu gestalten. Wir haben darin einen Wunsch der Hamburger Bürgerschaft aufgenommen und zugleich – und dies ist entscheidend – einen weiteren Grundstein dafür gelegt, dass dieses Haus ein Haus für alle Hamburger und insbesondere für Kinder und Jugendliche sein wird.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Zusammen mit dem Zukunftsfonds der Körber-Stiftung, einer zweckgebundenen Zustiftung an die Stiftung Elbphilharmonie in Höhe von 3 Millionen Euro für die musikalische Nachwuchsförderung, haben wir nun die Voraussetzungen für eine erfolgversprechende musikalische Kinder- und Jugendarbeit geschaffen. Nicht nur baulich bildet der alte Kaispeicher so das Fundament, das die Elbphilharmonie in Zukunft tragen wird, und zwar, lieber Herr Quast, auch in die Problemstadtteile hinein, denn wir, lieber Herr Maier, lieber Herr Quast, sind ehrgeizig und wollen beides – die kulturellen Leuchttürme auf der einen Seite und den sozialen Ausgleich beziehungsweise das soziokulturelle Fundament in den Stadtteilen andererseits.

(Beifall bei der CDU)

Zukunftsweisend und nachhaltig ist auch die Integration des Themas "Energiesparendes Bauen" in unserem Leistungskatalog. So wird eine Photovoltaikanlage in die Dachlandschaft eingebaut, die sehr leistungsstark ist und eine erhebliche CO₂-Ersparnis bringt. Zur Kühlung des Hauses wird Elbwasser genutzt und ein großer Eisspeicher in das Gebäude eingebaut, der wie eine Kältebatterie funktioniert.

Gerade im Hinblick auf die Kostenentwicklung der letzten 18 Monate kann es daher nur als Glücksfall bezeichnet werden, dass es Herrn Wegener und seinem Team gelungen ist, trotz der komplexen Fassade und des hohen Stahlanteils am Gesamtgebäude mit dem Investor einen

Festpreis zu vereinbaren und damit zukünftigen Kostenrisiken, soweit möglich, vorzubeugen.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, dass damit insbesondere Ihnen als Abgeordnete die Sicherheit gegeben wird, die Sie für Ihre Zustimmung zu solch einem kostenintensiven Investitionsvorhaben benötigen. Zugleich aber, und da greife ich gerne Ihren Vorschlag auf, Herr Maier, möchten wir uns als Senat auch verpflichten, im Sinne der Kostentransparenz, wie wir sie bereits Ihnen gegenüber in den Ausschüssen gepflegt haben, die Bürgerschaft regelmäßig über die Fortentwicklung des Projekts und die damit verbundenen Kosten zu informieren.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich möchte Ihnen anbieten, außerhalb der normalen Drucksachenroutine die jeweiligen kultur- und haushaltspolitischen Sprecher der Fraktionen regelmäßig über die Bau- und Kostenentwicklung zu informieren. Das heißt, wir möchten Ihnen eine lebendige, intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit anbieten, so lebendig wie das Haus, das wir mit Ihrer Unterstützung gestalten wollen.

Ein erstes Thema könnte dabei die Zinsentwicklung der nächsten Monate sein, die zurzeit leider nicht baherrenfreundlich verläuft. Sollte sich dieser Trend in den nächsten Wochen fortsetzen, müssen wir die bisher in Höhe von 35 Millionen Euro vorgesehene Bürgerschaft der Stadt unter Umständen erhöhen, um weiterhin in den Genuss von kommunalkreditähnlichen Konditionen zu kommen. Selbstverständlich werden wir Sie über diese Entwicklung weiter informieren.

Mit Abschluss der Bauphase und Aufnahme des Spielbetriebs in der Elbphilharmonie wird Hamburg wirklich die Chance haben, eine Kulturmetropole von Weltrang zu werden. Wir wissen, dass wir uns damit ein sehr ehrgeiziges Ziel gesetzt haben. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir mit der Verpflichtung des zukünftigen Intendanten, Herrn Lieben-Seutter, bereits den ersten Schritt getan. Der Kulturbehörde und mir persönlich ist es zudem wichtig, dass dieses neue kulturelle Projekt Hamburgs nicht auf Kosten bereits bestehender Institutionen betrieben wird, wie auch Sie, Herr Maier, das unterstrichen haben. Deshalb bin ich dem Senat sehr dankbar dafür, dass er entschieden hat, die mit diesem Vorhaben verbundenen Mehrkosten nicht aus dem bestehenden Kulturhaushalt und damit zulasten anderer Kultureinrichtungen zu finanzieren, sondern die Kosten als ein Sonderprojekt zu betrachten, das aus dem gesamtstädtischen Haushalt finanziert werden muss.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die städtischen Zuwendungen zusammen mit den Erträgen aus der Stiftung Elbphilharmonie – hier ist bereits der ansehnliche Kapitalstock von rund 20 Millionen Euro für die Betriebsstiftung vorhanden – werden es uns ermöglichen, ein Projekt zu realisieren, mit dem wir Hamburg zukunftsfähig und lebenswert gestalten können. Die Elbphilharmonie wird als Wahrzeichen für diese Idee stehen – sowohl in der kulturellen Nutzung als auch Dank ihrer herausragenden internationalen Architektur. Lassen Sie uns daher gemeinsam mutig und nicht kleinmütig sein. Setzen Sie in der Abstimmung über die Elbphilharmonie ein Zeichen dafür, dass wir dieses Projekt für Hamburg wollen – gemeinsam über die Grenzen der Fraktionen hinweg. – Vielen Dank.

A (Beifall bei der CDU und der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Lafrenz.

Hans Lafrenz CDU:* Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach Ihrer schwärmerischen Ovation für die Elbphilharmonie, Herr Kollege Dr. Maier, weiß ich gar nicht, wie ich mich noch steigern soll.

(Beifall bei *Manuel Sarrazin* GAL)

Doch jetzt, am Ende des parlamentarischen Reifeprozesses, sei die Elbphilharmonie noch einmal in ihrer politischen Bedeutung eingeordnet. Die Elbphilharmonie ist ein wichtiger Baustein hamburgischer Kulturpolitik, hamburgischer Stadtentwicklungspolitik und hamburgischer Standortpolitik. Mit der Elbphilharmonie setzen Bürgermeister von Beust und Kultursenatorin von Welck ein Signal für den Standort Hamburg, das schon heute weltweit anerkennende Beachtung findet. Nach ihrer Einweihung wird die Elbphilharmonie das neue weltweit wahrgenommene Wahrzeichen Hamburgs sein, ein Symbol für Hamburgs wirtschaftliche und kulturelle Leistungsfähigkeit.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir heute alle gemeinsam den Bau der Elbphilharmonie beschlossen haben, werden wir alle gemeinsam den Grundstein für ein Projekt legen können, das ein wichtiger Impuls für die HafenCity und die Wachsende Stadt ist und mit seiner einmaligen Architektur weltweit die Aufmerksamkeit auf den Standort Hamburg lenken wird. Das haben Sie, Herr Kollege Quast, sehr richtig erkannt.

B

Die Elbphilharmonie wird auch das Bewusstsein der Hamburger für die in ihrer Stadt steckenden Potenziale stärken, ähnlich wie das Guggenheim-Museum von Frank Gehry die stagnierende Hafenstadt Bilbao zu neuem Leben erweckt hat. Mit der Architektur von Herzog & de Meuron wird Hamburg Architekturgeschichte schreiben. Es ist die feine und doch deutliche Spannung ihres Entwurfs, der Dialog des gewaltigen, steinernen, streng konturierten Kaispeichers mit dem transparenten, beschwingt begrenzten, schwebend wirkenden gläsernen Aufbau, der Dialog der aus der ehemaligen Hafenfunktion erhaltenen Geschichtlichkeit mit dem neuen Zeichen für Hamburgs Aufbruch in eine aufstrebende Zukunft, der Dialog des düsteren, schweren Steins mit dem leichten, opaken hinterleuchteten Glas.

Hamburgs Stadtbild erhält eine neue identitätsstiftende, zeitgenössische Architekturikone, die mindestens mit den über Hamburgs Grenzen hinaus bekannten Wahrzeichen Michel und Chilehaus gleichbedeutend ist.

In der Elbphilharmonie vereinigen sich die seit der Antike geschätzten und gepflegten Kunstsparten Architektur und Musik auf eine einzigartige und vollkommene Weise.

In der globalen Wirkung steht die Elbphilharmonie an der Seite eines weiteren deutschen Projektes, das gegen alle anfänglichen Bedenken und Widerstände eine beispiellose internationale Beachtung auslöste. Das ist die wieder aufgebaute Frauenkirche in Dresden. Was dort an Bürgersinn pionierhaft erfahrbar war, erlebten wir von Beginn an in der traditionsreichen Hauptstadt der Stiftungen und Mäzene. Allen, die mit ihrer Spende zum Gelingen der

Elbphilharmonie beigetragen haben, sei hier in besonderer Weise gedankt. C

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Dabei war die Ausgangslage in Hamburg ungleich schwieriger, als der Wiederaufbau eines städtebaulichen Juwels in einer barocken Perlenkette, die als nationale Aufgabe im Zuge der Wiedervereinigung begriffen wurde.

Wir in Hamburg konnten nicht auf eine solche Tradition bauen. Wir mussten Neuland beschreiten. Auf Hamburg als Aufführungsort von klassischer Musik auf Weltniveau hat niemand gewartet.

Selbstverständlich wissen wir, dass mit dem Bau der Elbphilharmonie nicht alles getan ist. Wir sind aber zuversichtlich, dass uns auch die weiteren Schritte gelingen werden.

(Beifall bei der CDU)

Ihre vorausschauende Disposition, verehrte Frau Senatorin von Welck, bestärkt diese Erwartung. Sie haben mit der Berufung von Christoph Lieben-Seuter, eines anerkannten Intendanten aus der Weltmusikmetropole Wien, rechtzeitig und erfolgversprechend die Weichen gestellt. Selbstverständlich konnte das nur gelingen, weil die Elbphilharmonie bereits im Planungsstadium so viel internationalen Glanz und Respekt erzeugte.

Herr Kollege Quast, Sie haben auch auf einen Konflikt hingewiesen. In den vergangenen Monaten ist in diesem Plenum und in den Ausschüssen viel über die Konkurrenz zwischen der Kultur und dem Sozialen, zwischen dem scheinbar elitären Anspruch einer Minderheit und dem scheinbar unabweisbaren materiellen Bedarf der weniger Leistungsfähigen sowie zwischen Daseinsvorsorge und Konsum diskutiert worden. Einige meinten, dass der Einsatz öffentlicher Ressourcen nicht angemessen abgewogen worden sei. Diejenigen, die Zweifel an der Elbphilharmonie haben, frage ich: Wollen Sie wirklich lieber die Mittel für die Elbphilharmonie heute konsumieren, als sie in einen nachhaltigen Impulsgeber für den Standort Hamburg zu investieren?

(Beifall bei der CDU)

Die Elbphilharmonie ist ein Teil unserer Daseinsvorsorge, denn Kulturpolitik ist Daseinsvorsorge. Die Kulturpolitik geht nicht erst seit dem Projekt Elbphilharmonie, sondern schon immer weit über die traditionell abgesteckten Grenzen des Kulturreorts hinaus.

Als Sie, Frau Dr. Stapelfeldt, in der Expertenrunde nach dem Bedarf für eine Elbphilharmonie in Hamburg fragten, antwortete Ihnen Christoph von Dohnanyi, wie denn der Bedarf für die weltweit geradezu grenzenlos nachgefragte Neunte Sinfonie Beethovens hätte eingeschätzt werden sollen, bevor Beethoven sie komponiert hatte. Er stellte fest, dass Kultur eine Leistung sei, deren Nachfrage sich erst dann entwickeln würde, wenn ein Angebot vorhanden sei. Er wünschte uns Mut, den Bürgern und Besuchern Hamburgs die Elbphilharmonie anzubieten.

Wir von der CDU haben den Mut und ich hoffe und wünsche, dass alle Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen ihn auch haben. Haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, die heute eigentlich gegen die Elbphilharmonie stimmen möchten, den Mut zu einer Korrektur! Zeigen Sie unseren Bürgern, dass wir auch heute alle

D

A zusammen zu Leistungen fähig sind, die die Wirkung sozialer Transfers überdauern!

(*Gesine Dräger SPD*: Wir wollen doch gar nicht dagegen stimmen!)

Sehr verehrte Frau Goetsch, Ihre Fraktion hat diesen Mut frühzeitig bewiesen. Hierfür zolle ich Ihnen Respekt.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Wir müssen nicht ermahnt werden!)

Ihre Fraktion, sehr geehrter Herr Neumann, war mit ihrem Mut eher zögerlich. Umso mehr freue ich mich, dass Ihr Zaudern nun ein Ende hat und Ihre Fraktion heute bei der Abstimmung im Plenum zu ihrem am Montag in der Fraktion mehrheitlich gefassten Beschluss stehen wird. Dann zeigen wir allen in unserer Stadt, dass wir zusammenstehen können und wollen, wenn es um das Wohl unserer Stadt geht.

Gestatten Sie mir noch eine letzte Bemerkung.

(*Jürgen Schmidt SPD*: Nein!)

– Ich erlaube es mir.

Mit dem Bau der Elbphilharmonie schickt sich unsere Stadt an, in den Olymp des internationalen Konzertbetriebes aufzusteigen. Wir müssen und werden unsere heimische Musik- und Orchesterszene darauf ausrichten und entsprechend reformieren. Wir versprechen uns mit diesem Bauwerk, dafür einen besonderen Impuls zu setzen. Ein breites, heimisches Fundament wird künftig für den Nachwuchs bei Musikern und Konzertbesuchern sorgen.

B Sie haben, verehrte Frau Senatorin, mit dem Projekt "Kinder zum Olymp" einen Grundstein gelegt, der sich in den ambitionierten Anspruch fügt. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Frau Dr. Stapelfeldt.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich wirklich sehr, dass es uns heute gelingen wird, einen weiteren Schritt zur Realisierung der Elbphilharmonie zu beschließen und das hier auch in so großer Übereinstimmung im Plenum der Hamburgischen Bürgerschaft zu tun.

Wir haben für die Entwicklung dieser Idee bis zu dem jetzigen Entscheidungsschritt gut drei Jahre gebraucht, bis diese Idee Gestalt angenommen hat. Ich freue mich darüber, dass wir einen erstklassigen Konzertsaal und ein architektonisches Wahrzeichen für die Stadt haben werden.

Es wird ein Bau sein, der in Europa und in der ganzen Welt Beachtung finden wird, und er ist für uns mit dem Ziel verbunden, dass für die Hamburgerinnen und Hamburger ein Konzerthaus geschaffen wird, das sie begeistert annehmen sowie häufig und über viele Jahre gern als Ort des Musikerlebens nutzen werden.

Ich freue mich aber auch über den parlamentarischen Beratungsprozess, den wir seit der Idee 2003 in diesem Haus gehabt haben. Hierzu möchte ich noch gern einige Ausführungen vornehmen, weil ich der Meinung bin, dass

Herr Lafrenz uns hierzu nicht wirklich hilfreiche Anmerkungen gegeben hat.

Es ist doch selbstverständlich, dass sich seit der Idee im Herbst 2003, nach der es relativ schnell eine Expertenanhörung gegeben hat, bereits gezeigt hat, welche Schwierigkeiten auf dem Weg zur Realisierung entstehen werden und dass es von dem Zeitpunkt an über viele Schritte eine wirklich sehr gute Beratung in der Bürgerschaft, im Plenum und vor allem in den Fachausschüssen gegeben hat.

Für ein solches Projekt, dass in dieser Größenordnung von uns heute auf den Weg gebracht und in den kommenden Jahren bis zur ersten Spielzeit 2009/2010 realisiert wird, hat es wahrscheinlich selten eine so umfassende und gründliche Beratung gegeben. Das finde ich richtig und wird von uns im parlamentarischen Entscheidungsprozess auch erwartet.

Vor allen Dingen – und das richte ich an alle Fraktionen – liegt es doch in der Verantwortung aller und natürlich auch in der Verantwortung der Oppositionsfraktionen, das einzubringen, was an möglichen Risiken und Kritik in der Öffentlichkeit deutlich gemacht worden ist. Wenn ich das so ausführe, dann hat es den Hintergrund, dass wir in diesem Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess natürlich auch einen Teil der Verantwortung einnehmen. Daher war es auch in Ordnung, dass viele Fragen, die wir in den parlamentarischen Beratungen erörtert oder aufgeworfen haben, beantwortet worden sind. Und es war auch richtig, dass viele unserer Punkte in die Beratungen des Senats mit aufgenommen worden sind.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich möchte aber einen ganz kleinen kritischen Punkt anmerken, Frau Senatorin, und auch den Senat ansprechen. Wir haben in unserem Antrag gefordert, dass die Bürgerschaft halbjährlich über den Fortgang der Dinge, über die Finanzierung und natürlich auch über die Abflüsse der Haushaltsmittel unterrichtet wird. Ich glaube, dass das mehr als angemessen ist, das zu tun.

Was aber letztlich zu einer öffentlichen Transparenz nicht beiträgt, ist das, wozu Sie gern neigen. Daher möchte ich das an dieser Stelle nochmals erwähnen. Die Unterrichtung der Sprecher im Kultur- und Haushaltsausschuss ersetzt nicht die Unterrichtung der Bürgerschaft,

(Beifall bei der SPD und bei *Gudrun Köncke GAL*)

denn erst durch die Drucksachen und die Unterlagen, die Sie uns in den Ausschüssen vorlegen, wird das öffentlich, was wir tatsächlich an Informationen einfordern. Das ist – ich erwähne es noch einmal – im Ablauf der parlamentarischen Beratung einfach notwendig. Daher würde ich Sie bitten, diese Frage nochmals zu überdenken und uns wirklich in den Ausschüssen in Form von Drucksachen oder Vorlagen zu unterrichten, die dann öffentlich werden können.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte im Fortgang auf drei Punkte eingehen, und zwar auf die Spendensammlungen, auf die Frage der Balance zwischen Sozial- und Kulturpolitik oder anderen Projekten in der Stadt und auch auf die Frage des musikalischen Breitenprogrammes.

Zunächst einmal komme ich zu der Spendensammlung, die schon mehrfach hervorgehoben worden ist. Daher

C

D

A genügt hier von unserer Seite ein einfacher Satz. Es ist wirklich sehr anerkennenswert und beeindruckend, dass in Deutschland eine solche Spendensammlung für ein Kulturprojekt hat stattfinden können. Über 64 Millionen Euro sind für die Elbphilharmonie gesammelt worden. Das ist wirklich sehr beachtlich und darf in der Zukunft auch fortgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Daher betone ich noch einmal: Unsere heutige Unterstützung und Zustimmung für dieses Projekt verbinden sich auch mit dem Wunsch und mit der Aufforderung, dass das Spendensammeln mit unserer heutigen Entscheidung nicht nachlässt, sondern mit der gleichen Intensität wie bisher fortgesetzt wird, weil es sicherlich möglich ist, im kommenden Jahr bis hin zum Beginn der ersten Spielzeit tatsächlich noch viele Spenden zu sammeln, und zwar sowohl für den Bau als auch später für den Betrieb sowie beispielsweise für das musikalische Programm für Kinder und Jugendliche, was Sie soeben bereits ausgeführt haben.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Der zweite Punkt, Herr Lafrenz, ist, dass Sie uns vermutlich gründlich missverstanden haben. Uns geht es gerade nicht darum, Kulturpolitik gegen Sozialpolitik oder umgekehrt auszuspielen. Das Gegenteil ist der Fall. Was uns umtreibt, ist schon die Verantwortung für alle Bereiche und auch für alle Menschen dieser Stadt. Das heißt, wenn wir uns für ein Kulturprojekt solchen Ranges entscheiden, dann tragen wir dafür auch die Verantwortung, dass es innerhalb des Kulturhaushaltes nicht zu Veränderungen zulasten anderer Kulturprojekte oder beispielsweise der Breitenförderung bei der Stadtteilkultur, Geschichtswerkstätten oder der öffentlichen Bibliotheken kommt, was wir in den vergangenen Jahren beobachten konnten. Das wollen wir nicht, aber wir wollen genauso wenig, dass große herausragende Projekte den Bemühungen, die notwendig sind, entgegengestellt werden, beispielsweise für soziale Stadtteilarbeit. Daher haben wir das hier eingebracht und diesen Punkt noch einmal ausdrücklich erwähnt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Man könnte sagen, die Teilhabe an Kultur ist die beste Sozialpolitik. Daher betone ich noch einmal, dass wir gern die Verantwortung für alle Bereiche dieser Stadt übernehmen möchten.

(Beifall bei der SPD und bei *Hans Lafrenz und Herbert Winter, beide CDU*)

Lassen Sie mich kurz etwas zur Zinsentwicklung hinsichtlich der finanziellen Balance sagen. Ich glaube, die Zinsentwicklung ist nicht so überraschend, wie das soeben dargestellt worden ist. Daher würde ich darum bitten, dass uns hierzu noch Informationen nach den Beratungen, die wir in aller Ausführlichkeit in den Ausschüssen hatten, gegeben werden. Das ist meines Erachtens noch notwendig.

Ich komme zum letzten Punkt. Ich finde es außerordentlich positiv, dass wir heute ungefähr anderthalb Jahre nach der letzten langen Debatte über die Elbphilharmonie in der Lage sind, gemeinsam über etwas zu entscheiden, was uns als SPD-Fraktion sehr am Herzen liegt.

Wir haben Ihnen im Oktober 2005 vorgeschlagen, dass es im Zusammenhang mit der Errichtung der Elbphilhar-

monie beziehungsweise schon im Vorwege ein Programm zur Förderung des Musiklebens in Hamburg und ein Sonderprogramm für die musische Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen in Zusammenarbeit mit der Jugendmusikschule geben soll, was Sie seinerzeit leider abgelehnt haben. Ich finde es gut, dass wir jetzt die Chance zu einem gemeinsamen Beschluss haben, auch wenn ich glaube, dass es noch etwas konkreter sein könnte, denn die Elbphilharmonie muss sowohl zu einem Lern- und Erfahrungsort für alle Hamburgerinnen und Hamburger als auch insbesondere für Kinder und Jugendliche werden. Mit der Errichtung der Elbphilharmonie muss auch eine Breitenwirkung gerade für musische Erziehung und Bildung für Kinder und Jugendliche ausgehen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Hierzu gehört auch, dass das Klingende Museum in der Elbphilharmonie untergebracht wird. Das ist ein wichtiger Beitrag, weil dort attraktive Räume vorhanden sind und es dann auch möglich sein wird, dass viele Kinder und Jugendliche dort Musikinstrumente oder Musikerfahrung kennenlernen und somit auch begeistert werden können.

Wir entscheiden heute über die Errichtung eines wahrscheinlich großartigen Baus mit schönen Konzertsälen. Im Zusammenhang mit diesem Projekt soll das für die Stadt einen Impuls geben, noch mehr erwachsene Menschen sowie noch mehr Kinder und Jugendliche an Musik heranzuführen. Daher bin ich der Meinung, dass dieses Projekt unsere Unterstützung verdient. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Maier.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD: Na, Schopenhauer!*)

Dr. Willfried Maier GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe vorhin in meiner Rede einen Punkt vergessen, und zwar bezieht sich dieser auf den SPD-Antrag, der die Frage der Kostenkontrolle aufwirft. Dieser Antrag ist uns heute Mittag zugegangen. Das heißt, es gab keine Möglichkeit – das soll kein Vorwurf sein –, hierüber zu sprechen oder etwas zu vereinbaren beziehungsweise nicht zu vereinbaren.

(*Ingo Egloff SPD: Seien Sie doch mal spontan!*)

Daher wäre meine Intention, die Abstimmung darüber möglichst hier und heute zu vermeiden, weil sie dazu führen würde, dass dieser Antrag nach der Einlassung von soeben abgelehnt wird. Ich hätte nicht gern im Protokoll der Bürgerschaft die Mitteilung stehen, dass die Bürgerschaft gegen die Information über die fortschreitende Kostenentwicklung ist, zumal nicht nach der Einlassung der Senatorin.

(Zuruf von *Barbara Duden SPD*)

Daher würde ich es für ratsam halten, dass wir den Antrag in den Ausschuss oder in die Ausschüsse überweisen, um dort zu beraten. Das beantrage ich hiermit und ich glaube, dass das nicht nur in unserem Interesse als Oppositionsfraktionen, sondern auch im Interesse der Regierungsfraktion wäre, denn auch Sie sind sicherlich nicht daran interessiert, dass später im Bürgerschaftsprotokoll steht, dass Sie die Kostenkontrolle ablehnen. Daher

A würde ich eine Überweisung vorschlagen. Wenn das nicht gelingt, würden wir uns veranlasst sehen, uns zu enthalten, denn, wenn das ein Antrag für uns alle werden soll, können Sie nicht Ihr Wahlkampfsschlagwort hinsichtlich der menschlichen Metropole hineinschreiben. Das ist nicht gerade sehr geschickt gewesen.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und Beifall bei der CDU)

Daher würde ich um eine Überweisung bitten, damit wir über diesen Antrag sprechen können, um dann möglicherweise zu einer gemeinsamen Lösung kommen.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Rusche.

Dietrich Rusche CDU: Unser Kollege Herr Dr. Maier hat soeben in seiner unnachahmlichen vornehmen Art ausgedrückt, dass es unklug war, diese Formulierung so zu wählen. Mit dem Petition sind wir mit einer Ausnahme völlig einverstanden, aber der Text ist einfach nicht akzeptabel.

(Gerhard Lein SPD: Beschlossen wird das Petition!)

Ich bin also der Meinung, dass wir einer Überweisung zustimmen sollten und die SPD kann sich überlegen, wie sie einen besseren Text zustande bringt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

B **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Das Wort erhält Frau Strasburger.

Stefanie Strasburger CDU: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister, Frau von Welck

(Zuruf von der CDU: Senatorin!)

und sehr geehrte Frau Präsidentin!

(Berndt Röder CDU: Also, wir müssen noch ein bisschen üben!)

Hamburg ist durch unsere Senatorin Frau von Welck zu einer großartigen Kinder- und Jugendmetropole geworden und diese Elbphilharmonie ist auch ein Gewinn für die Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt.

Warum ist das ein Gewinn für die Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt? Eine überragende Konzerthalle als Wahrzeichen unserer Stadt macht Lust auf Kultur. Die Kinder werden sich fragen: Was geht dort vor und wer geht dorthin? Diesen Fragen werden wir aktiv begegnen.

Das Ziel muss sein, die Elbphilharmonie zu einem Lern- und Erfahrungsort für alle Generationen einzurichten.

(Beifall bei der CDU)

Programme werden kindgerecht gestaltet werden. Es werden natürlich in erster Linie klassische Konzerte gespielt werden, aber Rock- und Popkonzerte und natürlich auch Kinderkonzerte werden in großer Anzahl angeboten. Die Elbphilharmonie öffnet sich für Kinder nach außen und es gibt Kooperationen mit Kitas, Schulen und Kinder- und Jugendeinrichtungen.

(Unruhe im Hause – Glocke)

C

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ich möchte Sie kurz unterbrechen. Es ist hier so unruhig. Meine Damen und Herren, das Wort hat Frau Strasburger.

Stefanie Strasburger (fortfahrend): Die Senatorin hat bereits vom Umbau des alten Kaispeichers für Kinder gesprochen und Frau Dr. Stapelfeldt hat das Klingende Museum angeführt. Das Klingende Museum ist eine wunderbare Einrichtung in Hamburg, die durch eine Privatinitiative von dem weltberühmten Dirigenten Gerd Albrecht ins Leben gerufen worden ist. Diese Einrichtung werden wir in die Elbphilharmonie aufnehmen.

Die Kinder können in dem Klingenden Museum Instrumente und Musik erfahren. Sie können sehen, hören und vor allen Dingen auch Instrumente ausprobieren. Schulklassen aller Stadtteile werden das erleben.

Die Elbphilharmonie ist eine generationsübergreifende Bereicherung für unsere Stadt und wir alle, Kinder und Erwachsene in dieser Stadt, können sich auf diesen Kulturmagneten freuen.

(Beifall bei der CDU)

Diese Elbphilharmonie wird Lust machen auf mehr Kultur, mehr Musik sowie mehr Genuss und das gerade für unsere Kinder und Jugendlichen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen zur Abstimmung.

D

Zunächst stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 18/5689 Kenntnis genommen hat.

Nun zum gemeinsamen Bericht des Haushalts- und Stadtentwicklungsausschusses aus der Drucksache 18/5824. Die CDU-Fraktion hat hierzu gemäß Paragraph 36 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung beantragt.

Frau Martens und Frau Thomas werden Sie daher gleich in alphabetischer Reihenfolge aufrufen. Wenn Sie der Ausschussempfehlung folgen möchten und den Senatsantrag aus der Drucksache 18/5526 mit den vom Ausschuss empfohlenen Änderungen beschließen möchten, antworten Sie bitte deutlich mit Ja, wenn Sie ihn ablehnen wollen mit Nein und wenn Sie sich enthalten möchten, antworten Sie bitte mit Enthaltung.

Ich darf nun Frau Martens bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen.)

Ist ein Mitglied der Bürgerschaft nicht aufgerufen worden? – Das ist nicht der Fall. Dann erkläre ich die Abstimmung für beendet. Meine Damen und Herren, das Abstimmungsergebnis wird nun ermittelt. Wir werden die Sitzung für einige Minuten unterbrechen.

Unterbrechung: 18.03 Uhr

Wiederbeginn: 18.05 Uhr

A **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Meine Damen und Herren! Bitte nehmen Sie wieder Platz.

Das Ergebnis steht fest. Es sind 113 Stimmen abgegeben worden, alle 113 Stimmen waren Ja-Stimmen. Damit ist der Senatsantrag aus der Drucksache 18/5526 mit den genannten Änderungen in erster Lesung angenommen.*

Zu den Ziffern 3 und 5 des Petitums aus der Drucksache 18/5526 bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Das ist nicht der Fall.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Auch zu Ziffer 4 des Petitums aus der Drucksache 18/5526 bedarf es einer zweiten Lesung.

Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Das ist nicht der Fall.

Wer möchte nun das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Sondervermögen Stadt und Hafen aus der Drucksache 18/5526 mit den vom Haushaltsausschuss empfohlenen Änderungen in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

B Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zum SPD-Antrag aus der Drucksache 18/5896. Wie mir vorhin mitgeteilt worden ist, soll ich jetzt über eine Überweisung der Drucksache abstimmen lassen.

(Zuruf von *Bernd Reinert* CDU)

Ich unterbreche die Sitzung für eine Minute.

Unterbrechung: 18.07 Uhr

Wiederbeginn: 18.08 Uhr

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Die Sitzung ist wieder eröffnet. Das Wort erhält Herr Reinert.

Bernd Reinert CDU: Frau Präsidentin, ich beantrage die Überweisung der Drucksache an den Kulturausschuss.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt der Überweisung des SPD-

Antrags aus der Drucksache 18/5896 an den Kulturausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Interfraktionellen Antrag aus der Drucksache 18/5895.

Wer diesen annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Mir liegen jetzt die Wahlergebnisse vor. Bei der Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz sind 107 Stimmzettel abgegeben worden. Alle Stimmzettel waren gültig. Herr Ingo Pohl erhielt 89 Ja-Stimmen, sieben Nein-Stimmen und es gab elf Enthaltungen. Damit ist Herr Pohl gewählt worden.

Bei der Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt sind auch 107 Stimmzettel abgegeben worden. Alle Stimmzettel waren gültig. Frau Margot Mahlstedt erhielt 92 Ja-Stimmen, acht Nein-Stimmen und es gab sieben Enthaltungen. Damit ist Frau Mahlstedt gewählt worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 37, Drucksache 18/5814, Antrag der CDU-Fraktion: Europa gelingt gemeinsam, Chancen der EU-Ratspräsidentschaft auch für Hamburg nutzen.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Europa gelingt gemeinsam – Chancen der
EU-Ratspräsidentschaft auch für Hamburg nutzen
– Drucksache 18/5814 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Kraxner.

Stefan Kraxner CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herrn! Zum 1. Januar 2007 hat Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Die Präsidentschaft fällt in eine für die EU schwierige Phase. Der Prozess der Schaffung einer Verfassung ist nach dem gescheiterten Referendum in Frankreich und in den Niederlanden ins Stocken geraten und die Akzeptanz der zum 1. Januar 2007 erfolgten Erweiterung auf 27 Mitgliedstaaten in der Bevölkerung ist – gelinde gesagt – ausbaufähig.

Gerade vor diesem Hintergrund gilt es heute mehr als je zuvor, politisch, wirtschaftlich und auch mental die europäische Einheit zu stärken und die Vision der Gründungsväter eines vereinten Europas zu schärfen.

(Beifall bei der CDU – Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

Deutschland ist besonders gefordert, Impulse für die europäische Politik zu geben. Europa machen, Chancen nutzen, auch für Hamburg, für Wachstum und für Beschäftigung. Darauf kommt es jetzt an.

Wenn wir über die Zukunft und die Chancen Hamburgs und Europas, über Wachstumsmöglichkeiten und Beschäftigungszuwachs sprechen, dann begegnet uns unweigerlich das Stichwort Globalisierung. Viele meinen, diese sei das Grundübel der europäischen Probleme. Richtig ist, der durch die Globalisierung verursachte Wettbewerbsdruck, den die Nationalstaaten innerhalb der EU spüren, geht am Wirtschaftsstandort Hamburg nicht

* Einzelergebnisse siehe Anlage Seite 4020

A vorbei. Aber es gilt, sich diesen Herausforderungen zu stellen und den Bürgerinnen und Bürgern zu übermitteln, dass Globalisierung keine Bedrohung, sondern eine Chance ist.

Wenn wir mit unseren Produkten und Dienstleistungen auf dem Weltmarkt erfolgreich sein möchten, dann müssen wir besser, das heißt innovativer als unsere Konkurrenten sein.

Was kann man tun, um einen Wirtschaftsstandort wie Hamburg vor dem Wettbewerbsdruck der Globalisierung zu schützen?

Meine Damen und Herren, um es kurz auf den Punkt zu bringen, wir können uns nicht vor der Globalisierung schützen und müssen dieses auch nicht tun. Globalisierung ist gerade für Hamburg ein Teil der Lebenswirklichkeit geworden und sie bietet Chancen und Potenzial zugleich.

(Beifall bei der CDU)

Selbstverständlich ist Hamburg auf einem guten Kurs. Schauen Sie sich exemplarisch das hohe Innovationspotenzial der hier angesiedelten Logistikbranche an. Neben Arbeitsplätzen für hoch qualifiziertes Personal werden in erheblichem Maße Arbeitsplätze für gering qualifizierte Beschäftigte in Logistikzentren entstehen.

Hier gilt es also, wie in allen anderen Bereichen auch, Chancen und Möglichkeiten im Kontext von Globalisierung, neuen Informationstechnologien und Entwicklung neuer Dienstleistungen gezielt zu nutzen.

B Erfolg hat, wer Prioritäten richtig setzt und vor allem umsetzt. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft kann einen wesentlichen Teil dazu beitragen, dass Europas Politik die richtigen Prioritäten setzt. Wir haben insbesondere in Hamburg Potenzial, wir haben exzellente Unternehmen, Spitzenstellungen in wichtigen Technologien sowie kreative und engagierte Menschen.

Mehr Wachstum und Beschäftigung für Europa und damit auch für die Metropole Hamburg sind Ziele der Lissabon-Strategie und diese sind auch richtig. Aber keine Strategie hat je ein Problem gelöst, sondern nur ihre Umsetzung.

Lassen Sie mich aus den im Antrag genannten Themenfeldern exemplarisch einige Bereiche herausgreifen, die für uns in Hamburg von besonderer Bedeutung sind.

Die EU-Verfassung: Europa ist größer geworden; ab dem 1. Januar 2007 bestehen wir aus 27 Mitgliedsstaaten. Das ist eine Chance, weil wir ein großer Binnenmarkt sind, aber das bedeutet natürlich auch, dass die Europäische Union ihre Handlungsfähigkeit sichern muss. Deshalb brauchen wir den Verfassungsvertrag und neue Regeln. Wir brauchen vor allen Dingen eine klare Kompetenzzuordnung bei den Verantwortlichkeiten Europas, den Nationalstaaten und den Regionen.

(Beifall bei der CDU und bei *Manuel Sarrazin GAL*)

Thema Energie: Europa wird sich zunehmend seiner Abhängigkeit von äußeren Energiequellen bewusst. Die Antwort der Vernunft kann nur darin liegen, strategische Partnerschaften mit den Energielieferanten aufzubauen und Transparenz und Versorgungssicherheit einzufordern.

Thema Entbürokratisierung, ein wesentlicher Punkt: Gerade in Hamburg, mit seinen vielen mittelständisch geprägten Unternehmen, gehören die Bürokratiekosten zu den relevanten Fragen. Wenn man sich anschaut, welche materiellen Verluste wir durch Berichts- und Statistikpflichten haben, dann kann man in Europa viel an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen, wenn man diese Pflichten vereinfacht oder weglässt.

Meine Damen und Herren, das sind nur einige Themenfelder, die für Hamburg im europäischen Kontext von Relevanz sind. Zwar muss berücksichtigt werden, dass die lediglich halbjährige Dauer der Präsidentschaft die Einflussnahme auf die EU-Politik begrenzt. Dennoch gilt es, die Möglichkeit der Ratspräsidentschaft zu nutzen.

Mit dem nun vorliegenden Antrag unterstützen wir die zukunftsgerichtete europapolitische Arbeit der Bundeskanzlerin für mehr Wachstum, für mehr Beschäftigung in Europa, in Deutschland, vor allem aber auch in Hamburg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Frank hat das Wort.

Günter Frank SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kraxner, dieser Antrag ist zunächst einmal eine mächtige Fleißarbeit, er ist aber auch ein Querbeet-Antrag mit nur fünf Zeilen im Petitum. Alles andere steht im Vorspann, etwas ungewöhnlich, finde ich. Der Antrag beantwortet die Frage, warum er überhaupt gestellt worden ist und was er eigentlich will, nicht wirklich, sondern nur vordergründig. Er ist ein reiner Symbolantrag.

(*Wolfhard Ploog CDU:* Das haben Sie doch eben gehört!)

– Wir werden uns nicht darüber verständigen können, aber er ist es.

Er will auf die laufende Ratspräsidentschaft Einfluss nehmen. Das ist schon allein deshalb illusorisch, weil die deutsche Ratspräsidentschaft in vier Monaten abgelaufen ist und wir schon ein Drittel der Zeit hinter uns haben. Den Antrag hätten Sie, liebe CDU, spätestens Anfang 2006 stellen müssen. Das hätte vielleicht – wenn überhaupt – noch Sinn gemacht, aber doch nicht mehr heute. Insofern ist er ein Symbolantrag

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – *Wolfhard Ploog CDU:* Schlauberger!)

Noch einmal zu Ihrem Petitum, in dem von Verfassung und von Meerespolitik, die Sie in Ihren Vorspann aufnehmen, plötzlich gar keine Rede mehr. Das finde ich aus Sicht Hamburgs etwas merkwürdig.

Ihre Themen, liebe CDU, sollen über den Senat und über den Bundesrat in die Arbeit der Ratspräsidentschaft Eingang finden. Herr Kraxner, wenn Ihre Parteifreundin, Frau Merkel, die jetzige Ratspräsidentin, das zu diesem Zeitpunkt lesen würde, dann wäre Häme das Mindeste, was Ihnen an dieser Stelle sicher wäre. Dieser Antrag macht jetzt keinen Sinn.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Zu den Sachpunkten will ich nur wenige Anmerkungen machen. Was die Verfassung angeht – wir haben das

- A hier auch schon debattiert –, so wird es am Ende der Ratspräsidentschaft hoffentlich einen gemeinsamen Weg geben, der zu einer europäischen Verfassung führt. Das sehen wir auch so.

Was den Stabilitätspakt angeht, so übersehen Sie, dass es über die Frage einer flexibleren Anwendung der Konvergenzkriterien eine sehr ernsthafte Diskussion gibt. Sie wollen sich offenbar dieser Diskussion verschließen, so verstehe ich diesen Antrag.

Was die Überprüfung der europäischen Einnahmen und Ausgaben angeht, das ist ja verabredet. Die aktuelle Ratspräsidentschaft auch damit noch befrachten zu wollen, wenn man es überhaupt könnte, ist sehr, sehr abwegig.

Zum Thema Subsidiarität: Mit diesem Begriff – das hat mich überrascht – agieren Sie fast reflexartig, so als würden Sie vor mehr Europa warnen wollen. Nein, es geht in Europa jetzt darum, die Integration der europäischen Staaten zu vertiefen, das heißt, nicht weniger, sondern mehr Europa, noch mehr Gemeinsamkeiten sind gefragt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Dieser Antrag ruft an bestimmten Stellen immer ängstlich nach Subsidiarität. Diese Haltung und diesen Duktus kenne ich nur von Herrn Teufel und von Herrn Stoiber, aber nicht von der Hamburger CDU. Das war mir neu. Wenn es nicht so gemeint ist, sollten Sie das hier richtigstellen.

- B Zur Sozialpolitik nur so viel: Auch hier gibt es aus meiner Sicht einen völlig falschen Zungenschlag. Ich lese in Ihrem Antrag überhaupt nichts über soziale Sicherheit, soziale Standards und Arbeitnehmerrechte. Aber wenn Europa kein Soziales wird, dann werden die Menschen das Vertrauen in Europa verlieren und dann hat auch Europa verloren. Insofern ist das, was Sie aufgeschrieben haben, viel zu kurz gegriffen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Zum Thema Kernenergie nur so viel: Sie werden diese Energiequelle auf diesen Umwegen – Sie bleiben da sehr undeutlich – nicht hoffähig machen. Wir müssen die Energiequellen, die wir haben und die wir aktivieren wollen, in bestimmten Bereichen steigern, zum Beispiel im Bereich der regenerativen Energien. Das alles muss debattiert werden. Aber über diese Debatte die Kernenergie wieder hoffähig machen zu wollen, das wird nicht funktionieren. Wenn Sie sich schon auf das Thema Kernenergie einlassen, dann müssen Sie an dieser Stelle aber auch wirklich sagen, was Sie wollen. Auch da bleiben Sie sehr, sehr undeutlich.

Dem Antrag kann auch in der Sache nicht zugestimmt werden. Es wäre besser gewesen, Sie hätten Ihren Senat aufgefordert, seine Hausaufgaben zu machen. Es fehlt bisher zum Beispiel die Drucksache über die europapolitischen Schwerpunkte des Senats. Es ist für Hamburg bisher kein Konzept aktiver Gestaltung der Meerespolitik vorgelegt worden. Man darf sich nicht hinter der gemeinsamen Arbeit mit den norddeutschen Bundesländern verstecken. Das ist zwar auch wichtig, aber wir brauchen ein hamburgisches Konzept für aktive Meerespolitik.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Lassen Sie eine Frage des Abgeordneten Harlinghausen zu, Herr Frank? C

Günter Frank (fortfahrend): Ja, bitte.

Zwischenfrage von Rolf Harlinghausen CDU:* Herr Frank, wie vereinbart sich Ihre Aussage mit der Tatsache ...

(*Günter Frank SPD*: Ich kann Sie leider nicht verstehen, wie so oft, Herr Harlinghausen! – Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

– Das kann ja auch an Ihnen liegen, Herr Abgeordneter.

Wie vereinbart sich Ihre Aussage über die Meerespolitik mit der Tatsache, dass unter den Obleuten einvernehmlich vereinbart wurde, dass jede Fraktion bis heute eine Vorlage zur Meerespolitik einbringen sollten, die wir heute noch in der Obleute-Sitzung abstimmen wollten?

(*Günter Frank SPD*: Ich habe Sie jetzt verstanden!)

Das heißt, Sie reden mit zwei Zungen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Das reicht als Frage, Herr Harlinghausen.

Günter Frank (fortfahrend): Sie bringen wieder zwei Dinge durcheinander. Sie reden über die parlamentarische Ebene, ich rede über den Senat, Herr Harlinghausen. Der Senat redet zwar immer über norddeutsche Zusammenarbeit, hat aber in Hamburg zu diesem bedeutenden Thema bisher nichts vorgelegt. Wenn Hamburg meint, man könne sich da heraushalten, dann ist das politisch gesehen falsch und auch nicht im Interesse dieser Stadt. Darüber habe ich geredet. D

(Beifall bei der SPD)

Der letzte Punkt, Herr Harlinghausen, und das ist eigentlich schon ein Skandal: Es fehlt nach wie vor ein operatives Programm für den Einsatz der Mittel aus dem europäischen Sozialfonds und wir haben jetzt schon fast März 2007. Hamburg schläft im Gegensatz zu Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Das wäre ein sinnvoller Antrag gewesen, Herr Kraxner, dem vorliegenden können wir nicht zustimmen. – Schönen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Sarrazin, Sie haben das Wort.

Manuel Sarrazin GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kraxner hat zu Beginn seiner Rede richtig ausgeführt, dass die deutsche Bundesregierung am 1. Januar 2007 die europäische Ratspräsidentschaft übernommen hat.

Sie haben sicherlich mitbekommen, dass im letzten Jahr zur Vorbereitung der deutschen Ratspräsidentschaft verschiedene Runden getagt haben. Es gab beispielsweise eine Runde gemeinsam mit den Finnen, die sogenannte Runde "Freunde der deutschen Ratspräsidentschaft". Im Bundestag wurden im Herbst von verschiede-

A nen Fraktionen Anträge zur deutschen Ratspräsidentschaft abgestimmt. Als ich zu meinem Bundestagsabgeordneten gesagt habe, wir hätten gern die und die Punkte besprochen, gab es die klare Ansage: Im Herbst wird das eingetütet, danach wird es ein bisschen spät.

Wenn ich mich richtig entsinne, dann sind seitdem ungefähr sechs Monate vergangen und wir sind am Ende der Ratspräsidentschaft. Ihr Petitum, mit dem Sie jetzt noch die wesentlichen Punkte in die Ratspräsidentschaft einbringen wollen, sagt entweder, dass die Bundesregierung bisher versäumt hat, die Ratspräsidentschaft wesentlich zu gestalten und deshalb Nachhilfe aus Hamburg braucht, oder dass Sie ein bisschen spät dran sind.

Deswegen habe ich meinen Kollegen Maier um ein Zitat gebeten, das mit den Nebenklingen und Dissonanzen dazu passt. Er hat mir ein Zitat von Friedrich Nietzsche herausgesucht.

"Die Langsamten der Erkenntnis meinen, die Langsamkeit gehöre zur Erkenntnis."

Ich hoffe, dass die Langsamkeit bei Ihnen vielleicht noch der Erkenntnis weicht: Sie sind einfach ein bisschen spät dran.

Als wir über Ihren Antrag geredet haben, dachte ich, der Antrag an sich bringt nicht viel, er ist zu spät gestellt worden und inhaltlich auch nicht so toll, aber es gibt einen Punkt, bei dem man vielleicht etwas machen müsste. Man könnte beispielsweise zu dem, was Sie zur Europäischen Verfassung, die uns allen sehr wichtig ist, geschrieben haben, einen Zusatzantrag stellen oder eine ziffernweise Abstimmung vornehmen lassen. Ich habe mit Herrn Frank darüber diskutiert und er wies mich darauf hin, dass zu diesem Thema gar nichts im Petitum stünde. Beim nochmaligen Durchlesen musste auch ich feststellen, dass Sie der Verfassung im Begründungstext eine große Rolle zugestanden haben, aber nicht mehr im Petitum. Sie haben im Antrag inhaltlich einen vernünftigen Punkt aufgegriffen, den Sie aber nicht beschließen wollen. Ich weiß nicht warum, da fehlt mir jedes Verständnis – schade.

B

(Beifall bei der GAL)

Herr Kraxner, Sie thematisieren hier ganz richtig das Stichwort Globalisierung. Deutschland hat zurzeit die G8-Ratspräsidentschaft und im Juni wird in der Nähe Hamburgs – in Heiligendamm – die G8-Konferenz stattfinden. Es gibt unglaublich wichtige Themen, die sehr vielen Menschen in Deutschland, in Europa und in der Welt wie kaum etwas anderes unter den Nägeln brennen. Die größte Bedeutung hat die gemeinschaftliche Politik der Europäischen Union, die Handels- und Agrarpolitik. Wie kann es sein, dass ein afrikanischer Bauer auf einem Markt in Afrika seine Tomaten nur zu einem Preis anbieten kann, der – aufgrund der falschen europäischen Agrarpolitik in diesem Bereich – über dem der aus Europa dorthin exportierten Tomaten liegt? Das ist aus meiner Sicht ein Skandal. Sie nehmen dieses Thema in Ihrem Antrag – Thema globale Gerechtigkeit und weltweite Handelsstrukturen – nicht auf. Wie sieht eine vernünftige G8-Politik mit einer Doha-Runde aus, die dafür sorgt, dass Entwicklungsländer sich in Zukunft besser gestalten können und mehr Entwicklungschancen haben? Das kommt in Ihrem Antrag nicht vor. Sie sagen, Globalisierung ist wichtig. Die CDU-Fraktion hat die europäische Ebene der Globalisierung bis heute offensichtlich nicht verstanden.

Stichwort Energiepolitik. Der weltweite Klimawandel ist in Zukunft die Herausforderung Europas und wir müssen darauf reagieren. Deutschland hat unglaublich lange Küstenlinien und wir haben sehr große Potenziale in der maritimen Wirtschaft, die wir alle gemeinsam in der Meerespolitik erkennen wollen. Da ist es davon abhängig, wie wir auf die Klimaherausforderungen reagieren. Wir müssen gemeinsam etwas tun. Die Bundeskanzlerin hat das in ihren Sonntagsreden immer betont, hat dann aber bei der tatsächlichen Frage der Begrenzung des CO₂-Ausstoßes der Pkw-Kolonnen gesagt, okay, was ich in Sonntagsreden äußere, habe ich jetzt vergessen.

C

Sie sprechen hier aber nicht von Klimapolitik, sondern nur von Energiepolitik, die letztlich, wie Herr Frank gesagt hat, ein verklausuliertes Unterschreiben ist, und versuchen, eine Kernenergie wieder durch die Hintertür hereinzubringen.

(Dr. Andreas Mattner CDU: Der Zukunftsrat macht das!)

Das haben Sie gesagt. Das ist wieder eine Herausforderung, die Europa angehen muss, die Sie in diesem Antrag schlicht und einfach verpennt haben.

(Beifall bei der GAL)

Welches ist eines der größten Dramen, das wir zurzeit in Europa erleben? Wir alle erinnern uns an die Berichte aus den spanischen Exklaven in Nordafrika und wissen von den vielen Boatpeople, die unter unglaublichem Aufwand versuchen, sich auf den Weg nach Europa zu machen. Jedes Jahr gibt es viele tausend Tote zu beklagen. Diese Situation kann Europa als eine Wertegemeinschaft, die glaubt, Humanität sei die Grundlage des Agierens, so nicht mehr hinnehmen. Europa muss endlich aktiv werden und mit einer vernünftigen Entwicklung in Afrika und im Sinne der eigenen Sicherheit mit einer humaneren Einwanderungspolitik Zeichen setzen. Dieses Thema muss für die CDU-Fraktion in Hamburg offensichtlich nicht in der deutschen Ratspräsidentschaft vorkommen.

D

(Beifall bei Antje Möller GAL)

Es wäre noch viel zu sagen. Bevor ich aber zum Schlusssatz komme, möchte ich noch etwas betonen, was Herr Frank auch schon gemacht hat. Bei zwei Themen sollten wir als Bürgerschaft immer besonderen Wert darauf legen, dass sie in der europäischen Politik der Bundesebene mehr vorkommen sollen. Das ist erstens, wie Herr Frank gesagt hat, die Meerespolitik. Wir versuchen, im Hinblick auf die Ostseeparlamentarierkonferenz gemeinsam etwas zu erreichen. Es wäre sinnvoll gewesen, wenn Sie die Bundesregierung aufgefordert hätten, hier aktiv zu werden.

Zweitens ist es das Thema der Metropolenpolitik. In diesen beiden Themenbereichen hätten wir Hamburger Duftmarken setzen können. Ich habe dem Bürgermeister in meiner letzten Rede angeboten zu beweisen, wie einflussreich und wie einflussreich Hamburg in der deutschen Ratspräsidentschaft wäre, wenn man die Metropolenpolitik als Schwerpunkt gesetzt hätte. Das findet nicht statt.

Vielleicht bleibt Ihnen nur übrig, am 31. März zum Kongress der Grünen-Fraktion zum Thema "Kreative Städte in Europa" zu kommen. Dann lernen Sie auch noch etwas über dieses Thema.

Langer Rede kurzer Sinn: Nietzsche hat gesagt,

A "Die Langsamen der Erkenntnis meinen, die Langsamkeit gehöre zur Erkenntnis."

Ich hoffe, Sie fangen langsam, aber sicher an umzudenken. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor und wir kommen zur Abstimmung.

Wer möchte den CDU-Antrag aus der Drucksache 18/5814 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist mehrheitlich angenommen worden.

Ich rufe auf den Punkt 44, Drucksache 18/5831, Antrag der SPD-Fraktion: Jugendstrafvollzugsgesetz für Hamburg.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Jugendstrafvollzugsgesetz für Hamburg
– Drucksache 18/5831 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Rechtsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Klooß.

Rolf-Dieter Klooß SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Mai letzten Jahres ist der Gesetzgeber aufgefordert, den Jugendstrafvollzug in Deutschland auf eine eigene gesetzliche Grundlage zu stellen. Dieser Forderung kommt die SPD-Fraktion nun mit dem vorliegenden Gesetzentwurf nach.

B

Wie wir bereits bei anderer Gelegenheit besprochen haben, ist die Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug insgesamt im Zuge der Föderalismusreform vom Bund auf die Länder übergegangen. Wir haben dieses – das haben wir immer offen gesagt – für einen falschen Schritt gehalten, insbesondere deshalb, weil wir der festen Überzeugung sind, dass der Strafvollzug in ganz Deutschland einheitlichen Regelungen folgen und einheitlichen Standards genügen muss.

Unsere Befürchtung, dass einige Länder – und wir meinen damit vor allem die Länder, in denen die CDU regiert – die Gelegenheit nutzen könnten, um ihre antiquierten und rückwärts gewandten Vorstellungen von Vollzug umzusetzen, bestätigt sich nun. Während sich eine Gruppe von zunächst zehn Bundesländern – nach dem Ausscheiden Sachsens noch neun – zusammengefunden hat, um den Jugendstrafvollzug gesetzlich zu regeln, meint der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, partout einen eigenen Weg gehen zu müssen. Der Wettbewerb um den schändlichen Titel "Wer hat den härtesten Knast" scheint damit eröffnet.

Unser Gesetzentwurf hingegen bereitet die Grundlage für einen modernen und sicheren Jugendstrafvollzug, der den besonderen Anforderungen an diese spezielle Vollzugsform gerecht wird. Er orientiert sich in allen wesentlichen Punkten an dem sogenannten Neuner-Entwurf und wird so für Rechtssicherheit und Einheitlichkeit auf Länderebene sorgen.

Der Vollzug dient dem Ziel der sozialen Integration. Dies hat uns das Bundesverfassungsgericht noch einmal mit auf den Weg gegeben. Das heißt, der Vollzug soll dazu

dienen, dass die Gefangenen nach Verbüßung der Haftstrafe ein straffreies Leben in sozialer Verantwortung führen können. Seine Aufgabe ist es, die Allgemeinheit vor Straftaten zu schützen. Ein Widerspruch zwischen diesen beiden Aspekten gibt es nicht. Die soziale Integration ist das Ziel, die Sicherheit der Allgemeinheit ist die Aufgabe des Vollzugs.

C

Meine Damen und Herren! Die besondere Situation des Jugendstrafvollzuges, nämlich dass man es mit jugendlichen und heranwachsenden Straftätern zu tun hat, deren Persönlichkeitsentwicklung noch nicht abgeschlossen ist, bedeutet für die konkrete Ausgestaltung des Vollzuges, dass die Erziehung der Gefangenen im Mittelpunkt zu stehen hat. Hierzu müssen die Haftanstalten mit einer ausreichenden Zahl an qualifizierten Mitarbeitern ausgestattet sein. Dies ist bei aller guten Arbeit, die im Hamburger Jugendstrafvollzug geleistet wird, leider nicht immer der Fall.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Till Steffen* GAL)

Die Mangelverwaltung macht sich insbesondere in den Haftanstalten bemerkbar. Wir haben das bei vielen Gelegenheiten massiv kritisiert und auf die fatalen Folgen hingewiesen. Durch unseren Gesetzentwurf normieren wir Standards und Mindestanforderungen, die der Vollzug zukünftig zu leisten hat. Wir verpflichten als Gesetzgeber gleichzeitig die Exekutive, den Vollzug mit den entsprechenden Mitteln und dem Personal auszustatten.

Die eben genannten Begriffe soziale Integration und Erziehung dürfen indessen nicht dahingehend verstanden werden, dass wir es bei den heutigen Jugendvollzugsanstalten mit Landschulheimen zu tun hätten. Im Gegenteil. Sie sind zwar Erziehungsstätten, aber unter besonders erschwerten Bedingungen, nämlich dem Vollzug der Freiheitsstrafe, zu der die jugendlichen Täter verurteilt worden sind. Die Aufgabe des Jugendstrafvollzuges ist es, den jugendlichen Gestrauchelten durch Konsequenz und Beharrlichkeit einen Weg zurück in die Gesellschaft und in ein Leben ohne Straftaten zu zeigen. Die Jugendlichen werden durch unseren Entwurf verpflichtet, an der Erreichung dieses Vollzugsziels mitzuwirken.

D

Von wesentlicher Bedeutung sind hierbei die Möglichkeiten zur schulischen und beruflichen Qualifikation. Die Jugendlichen müssen während der Haft hart an sich arbeiten. Sie müssen sich, so gut es nur geht, vorbereiten auf ein Leben nach der Haft. Hierbei sind die Jugendlichen durch den Vollzug zu unterstützen und zu fördern. Wem dies nicht gelingt, der muss ehrlich sagen, dass er nach Ende der Haftzeit Gefangene in die Freiheit entlässt, die zu einem Großteil wieder rückfällig und erneut Straftaten begehen werden. Sicherheit der Allgemeinheit darf nämlich nicht an den Mauern und Toren der Haftanstalt enden, sondern muss darüber hinaus wirken.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall bei *Christian Maaß* GAL)

Meine Damen und Herren! Die Kriminalität von Jugendlichen ist in den letzten Jahren zu einem großen gesellschaftlichen Problem geworden. Die SPD stellt sich dieser politischen und gesellschaftlichen Herausforderung mit einem Gesamtkonzept zur Bekämpfung der Jugendkriminalität. Der Jugendstrafvollzug bildet hierbei einen zentralen Punkt, denn der Strafvollzug an Jugendlichen und Heranwachsenden ist oftmals der letzte Ort und die letzte Institution, an der dem dauerhaften Abrutschen eines Menschen in die Kriminalität entgegengewirkt wer-

A den kann. Dies muss die Gesellschaft als Gelegenheit begreifen. Wer den Strafvollzug, insbesondere den Jugendstrafvollzug, zum Experimentierfeld macht, wer meint, sich gerade auf diesem Gebiet gegen jede wissenschaftliche Erkenntnis als Sicherheitsapostel zu gerieren, der verspielt die einmalige und letzte Chance, dauerhaft etwas für die Sicherheit und Stabilität unserer Gesellschaft zu tun. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Spethmann, Sie haben das Wort.

Viviane Spethmann CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Klooß, in welcher Welt, in welcher Strafanstalt waren Sie in den letzten Jahren?

(*Dirk Kienscherf SPD:* Er war hier in der Bürgerschaft!)

Wenn ich Sie hier höre, war das ein anderes Bundesland.

(Zuruf von *Dr. Andreas Dressel SPD*)

– Herr Dressel, hören Sie erst einmal zu, denn, ich glaube, Herr Klooß hat hier noch einiges zu lernen.

Erstens: Der Hamburger Jugendstrafvollzug ist zurzeit fast nur zur Hälfte belegt. Nichtsdestotrotz hat der Senator das gesamte Personal dort belassen. Im Jugendstrafvollzug wird bei der Einzelhaft in Wohngruppen gewohnt. Wenn man Sie jetzt gehört hat, hat man das Gefühl, dass hier nur nach Sicherheit oder Ähnlichem gegangen wird. Auch die CDU bekennt sich in dieser Frage ganz eindeutig zum Erziehungsgedanken, aber eben auch zur Sicherheit.

B

(Beifall bei der CDU)

Das, was Sie hier vorgelegt haben, entspricht im Übrigen dem Gesetz, das Sie auch vorgestellt haben, der neun Bundesländer. Das ist Abschreibearbeit, was Sie gemacht haben.

(*Thomas Böwer SPD:* Aber er kann schreiben!)

Nichts, was auf die Hamburger Besonderheiten explizit zugeschnitten ist. Das sind insbesondere Notwendigkeiten, die in Rheinland-Pfalz anders sind als in Hamburg. Da müssen Sie eingestehen, dass Sie etwas Faules vorgelegt haben. Das war nichts besonders Gutes.

(Beifall bei der CDU – *Doris Mandel SPD:* Und Sie haben gar nichts vorgelegt!)

– Frau Mandel, haben Sie nicht gelesen, was der Senator vor kurzem gesagt hat? Er wird in den nächsten Wochen ein eigenes Gesetz vorlegen. Dann haben wir Gelegenheit, das ausreichend im Ausschuss zu diskutieren.

(Zuruf von *Doris Mandel SPD*)

Erregen Sie sich nicht jetzt, sondern dann, wenn Sie das Papier sehen, das der Senator vorlegt.

Die hohen Standards, die Hamburg hat, nämlich Erziehung der Jugendlichen – bisher schon eingeführt –, mehr Erzieher fordernd, werden fortgeführt.

(*Doris Mandel SPD:* Alles nur Versprechungen, wie in den letzten Jahren!)

Regen Sie sich insofern nicht auf, sondern warten Sie ab, bis Sie sehen, was wir vorlegen. Ich finde es sehr merkwürdig, dass Sie sich im Bundestag und Bundesrat für Föderalismus aussprechen, aber hier wollen Sie die Kompetenz, die Sie haben, nicht nutzen. Das ist irgendwie zwiespältig. Die SPD redet immer mit zwei Zungen. Bei der nachträglichen Sicherungsverwahrung verhalten Sie sich auch so komisch. Ich finde, das ist nicht weiter schlimm. Wir haben auch im Polizeigesetz 16 verschiedene Polizeigesetze. Auch das ist keine Rechtszersplitterung, sondern alles kein Problem.

C

Hamburg ist konsequent und stringent und wird im Vollzug genauso weiteragieren. Ich möchte nur einmal erwähnen: Wer sitzt denn im Jugendhaftvollzug? 60 Prozent der dort Einsitzenden sind Gewalttäter. Das Durchschnittsalter ist 20 Jahre. Es sind also nicht die 15-, 16-Jährigen, die dort einsitzen, sondern durchschnittlich die 20-Jährigen. Nur 35 Prozent der dort Einsitzenden sind deutsche Staatsbürger. 90 Prozent gelten nach den Maßstäben als nicht klassisch ausbildungsfähig. Da liegen unsere Probleme und an den werden wir arbeiten.

(*Doris Mandel SPD:* 60 Prozent gelten als psychisch so krank, dass sie stationär behandelt werden müssen!)

– Und was meinen Sie, was wir hier tun?

(Beifall bei der CDU und Lachen bei der GAL)

Frau Mandel, wer sitzt im Einzelvollzug, wer sitzt in Wohngruppen? Wir erfüllen die Maßgaben des Bundesverfassungsgerichtes. Ich glaube, aufgrund des strukturierten Tagesablaufes, der Verbindlichkeit, die die Jugendlichen und Heranwachsenden dort erleben, haben wir genau das Richtige und das werden wir auch so umsetzen. Ich glaube, Sie werden sich über das nach unserer Ansicht sehr gute Gesetz wundern, das der Senator in einigen Wochen vorlegen wird. Dann werden wir ausgiebig im Ausschuss debattieren. Die Vorlage, die Sie abgegeben haben, reicht nicht aus, um darüber im Ausschuss zu diskutieren. – Vielen Dank.

D

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Dr. Steffen hat das Wort.

Dr. Till Steffen GAL:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass die SPD jetzt einen Entwurf für ein Jugendstrafvollzugsgesetz vorgelegt hat. Die GAL hatte schon im letzten Herbst in Hamburg einen Entwurf vorgelegt, den wir aus einer Reihe von Anregungen und Ideen entwickelt haben, aber es ist ein eigener Entwurf und insoweit keine reine Abschreibearbeit, die wir vorgelegt haben.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Aber der taugte ja nichts!)

Mittlerweile schreiben andere Landtagsfraktionen von unserem Entwurf ab, aber, ich glaube, darauf kommt es im Kern nicht an, sondern es kommt darauf an, welche Qualität in diesen Entwürfen steckt. Ich finde, der SPD-Entwurf ist ein wichtiger Diskussionsbeitrag, der die Debatte voranbringt und das ist sehr positiv.

Erstaunlich finde ich, dass der Senat es immer noch nicht geschafft hat, einen Entwurf vorzulegen. Hamburg ist damit das vorletzte Bundesland. Von 16 Bundesländern haben mittlerweile 14 Bundesländer zumindest Referen-

A tenentwürfe vorgelegt. Die Diskussionen sind in 14 dieser Bundesländer in vollem Gange. Lediglich Nordrhein-Westfalen döst so süß wie der Hamburger Senat. Ein sehr schlagendes Argument liefert die Hamburger Justizbehörde, warum die Verlagerung dieser Gesetzgebungskompetenz auf die Bundesländer vielleicht doch keine gute Idee war, denn sie scheint damit überfordert.

Dieses Abwarten und Trödeln besorgt vor allem vor dem Hintergrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die Herr Kloöß zitiert hat. Das Bundesverfassungsgericht hat am 31. Mai letzten Jahres eine sehr wichtige Entscheidung getroffen. Es hat nach Jahrzehnten, nachdem das Strafvollzugsgesetz für den Erwachsenenstrafvollzug in Kraft getreten ist, entschieden, dass es nicht so weiter geht, dass es für den Jugendvollzug keine gesetzliche Grundlage gibt. Das ist einer der letzten Bereiche, in den der Staat derart intensiv in die Grundrechte eingreift, ohne dafür eine gesetzliche Grundlage zu haben.

Das Bundesverfassungsgericht hat sich aber nicht nur mit dieser formalen Frage beschäftigt, sondern auch inhaltlich sehr eingehend mit der Frage beschäftigt, was wichtig für den Jugendvollzug ist und welches die richtigen Maßstäbe sind. Es hat sich sehr eingehend mit der Frage beschäftigt, ob es eine Zielkonkurrenz zwischen Resozialisierung und der Sicherheit für die Bevölkerung gibt. Das Bundesverfassungsgericht hat in diesem Bereich eine Reihe von Experten und den Stand der Wissenschaft herangezogen und ist zu der Überzeugung gelangt, dass es eine derartige Zielkonkurrenz nicht gibt, denn nur der Jugendvollzug, der die Resozialisierung betont, der alles tut, damit jugendliche Straftäter wieder eine Chance auf ein Leben in Freiheit und ohne Straftaten haben, ist auch geeignet, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten.

B

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Es hat dann ganz klare Anforderungen formuliert, die jedem der 16 Gesetze, die in den Bundesländern zu erlassen sein werden, genügen muss. Es hat formuliert, dass es dringend notwendig ist, dass die jungen Gefangenen Familienkontakte halten können, dass deswegen Besuchszeiten erheblich ausgeweitet werden müssen. Es hat eindeutig formuliert, dass ein derartiger Vollzug mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen nur in Wohngruppen stattfinden kann. Es hat großen Wert auf ausreichende Möglichkeiten für körperliche Bewegung gelegt. Es hat sehr stark den Stellenwert von Arbeit und insbesondere Ausbildung im Jugendvollzug betont.

(*Viviane Spethmann CDU*: Das findet doch alles statt! Worüber reden Sie eigentlich?)

Es hat sehr stark das Thema Entlassungsvorbereitung betont und natürlich in der Konsequenz auch formuliert, dass das auch voraussetzt, dass wir eine ausreichende personelle Ausstattung haben. All diese Anforderungen werden mit einer Personalausstattung, wie sie vielfach im Jugendvollzug üblich ist, nicht zu erreichen sein.

Schließlich hat das Bundesverfassungsgericht nicht nur gesagt – und gerade deswegen ist das Trödeln so verheerend –, dass Gesetze erlassen werden müssen, die spätestens zum 31. Dezember dieses Jahres in Kraft sein müssen, es hat auch gesagt, dass der Jugendvollzug für die Übergangszeit sogar noch höheren Anforderungen genügen muss als es dann durch die Jugendstrafvollzugsgesetze zulässig sein wird. Vor dem Hintergrund ist

es natürlich erstaunlich, wenn der Hamburger Senat sagt, in Reaktion auf diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hat es keinerlei Änderungen im Jugendvollzug gegeben. Es ist mitnichten so, dass sämtliche Anforderungen im Hamburger Jugendvollzug schon erfüllt worden sind. Dieses Trödeln ist deswegen nicht verantwortbar und ist auch nicht verantwortbar, weil wir diese hohen Anforderungen, die das Bundesverfassungsgericht gestellt hat, in einem sehr gründlichen Gesetzgebungsprozess werden überprüfen müssen, ob ein Gesetz, das der Senat vorlegt, diesen Anforderungen genügt. Deswegen ist es natürlich unrealistisch, dass die Bürgerschaft dieses Gesetz im Schweinsgalopp bis zur Sommerpause durchpeitscht, wenn der Senat bis zu den Frühjahrsferien oder darüber hinaus noch wartet, um endlich einen Entwurf vorzulegen, der dann noch den Senat selber passieren muss.

C

Es gibt einen zweiten wichtigen Anknüpfungspunkt, an dem man nicht vorbeikommt, wenn man über Jugendstrafvollzugsgesetze redet und das ist der Vorfall in Siegburg. Die Haftanstalt in Siegburg ist nicht identisch mit der Haftanstalt auf Hahnöfersand. Hahnöfersand hat eine wichtige Tradition für einen fortschrittlichen Jugendvollzug, aber dennoch muss man sehr genau hingucken. In Siegburg ist ein junger Strafgefangener zu Tode gefoltert worden, weil es effektiv viel zu wenig Bedienstete gegeben hat und es keine effektiven Konzepte gab, die jugendlichen Insassen vor Gewalt von anderen Insassen zu schützen. Da ist auch Hahnöfersand nicht ausreichend ausgestattet. Dort ist es tatsächlich so, dass an einem Wochenende – und dieser Vorfall in Siegburg ereignete sich an einem Wochenende – insgesamt nur 24 Bedienstete auf ungefähr 200 Insassen kommen. Das ist sehr wenig, wenn man gewährleisten will, dass solche Vorfälle nicht passieren. Das ist sehr kritisch zu sehen. Hier hat der Senat, als das akut diskutiert wurde, öffentlich mit falschen Zahlen gearbeitet und das ist nicht in Ordnung.

D

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Es ist nicht richtig, dass das Personal im Jugendvollzug auf Hahnöfersand in den letzten Jahren sogar noch abgesenkt wurde. Insoweit ist es nicht richtig, was Sie sagten, Frau Spethmann. Das hat der Senat sogar in einer Antwort auf eine Anfrage von mir eingeräumt, dass das Personal in den letzten Jahren tatsächlich reduziert wurde.

(*Doris Mandel SPD*: Genau!)

Wir müssen den umgekehrten Weg gehen. Es muss uns meiner Meinung nach gelingen, durch Umschichtungen zulasten der Überkapazitäten, die es insgesamt im Strafvollzug gibt, mehr Personal im Jugendvollzug zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der GAL und bei *Gesine Dräger SPD*)

Wenn man diese vorliegenden Entwürfe – wir haben jetzt die zwei vorliegenden Entwürfe von SPD und GAL – neben das legt, was von dem Vorschlag, den der Senat machen wird, zu erahnen ist und was das Bundesverfassungsgericht an Anforderungen stellt, so muss man feststellen, dass der Senat bereits in mehreren Punkten beabsichtigt, die Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts nicht zu erfüllen.

Herr Lüdemann versäumt es bei keinem Interview, die Regelungen über den Urlaub von Strafgefangenen lächerlich zu machen. Tatsächlich ist Urlaub eine der

- A Möglichkeiten, eine Lockerung bei Häftlingen zu gewähren, bei denen das aus Sicherheitsgründen verantwortbar ist, und es ist eine ganz zentrale Möglichkeit für die Insassen, den Kontakt zur Außenwelt und natürlich auch den Familienkontakt zu halten, den das Bundesverfassungsgericht in den Mittelpunkt seiner Entscheidung gestellt hat.

Herr Lüdemann hat kürzlich in einem dpa-Gespräch gesagt, ein Recht auf Ausbildung in ein Jugendstrafvollzugsgesetz zu schreiben, wie es sowohl der SPD- als auch der GAL-Entwurf vorsehen, sei doch etwas überspitzt. Ich finde, diese Formulierung ist ziemlich zynisch. Das ist gerade das, was wir wirklich brauchen. Wenn wir es ernst meinen, dass Jugendliche nach der Haftentlassung auf eigene Beine kommen sollen, dann muss es einen Anspruch auf eine Ausbildung geben. Deswegen ist es auch richtig, dass wir das hineinschreiben, dass das, was vielfach im Vollzug auch gemacht wird, noch ausgebaut werden muss und es dazu auch einen rechtlichen Anspruch gibt.

(Beifall bei der GAL und bei *Doris Mandel und Rolf-Dieter Klooß, beide SPD*)

Eine nicht minder zynische Formulierung, die sich auch in anderen Entwürfen für Jugendstrafvollzugsgesetze findet, so etwa in Niedersachsen, ist die Rede vom Chancenvollzug. Tatsächlich sollen dabei nur diejenigen Gefangenen eine Gelegenheit zu Lockerungen bekommen, die Wohlverhalten zeigen. Ich glaube, dies geht an der Situation im Strafvollzug vorbei. Derjenige, der in der Lage ist, durchgehend Wohlverhalten zu zeigen, würde nicht im Strafvollzug landen. Wir müssen tatsächlich zur Kenntnis nehmen, dass der Senat für den Großteil der Gefangenen Lockerungen stärker einschränken will. Wir werden, wenn dieses Prinzip auch für den Jugendvollzug angewandt wird, im Jugendvollzug zu einem reinen Verwahrvollzug kommen.

- B Der Entwurf der SPD, der in vielen Punkten mit unserem Entwurf ähnlich und in vielen Punkten auch zu unterstützen ist, hat auch seine Schwächen. Es ist keine Obergrenze für die Größe von Wohngruppen festgeschrieben. Es gibt Haftanstalten, beispielsweise in Bremen, da wird ein Flur genommen, wo Einzelhaftplätze mit 25 Zellen sind. Dann wird gesagt, dieser Flur ist eine Wohngruppe. Ich denke, diese Lücke sollte man dem Strafvollzug in der Praxis nicht lassen. Wir haben hineingeschrieben, dass höchstens acht Insassen in dieser Wohngruppe sein dürfen. Man kann auch eine andere Zahl hineinschreiben. Ob es acht oder zehn sind, darauf kommt es im Ergebnis nicht an. Aber auch für die Zukunft des Jugendvollzuges – und es könnte ja auch jemand auf die Idee kommen, künftig eine andere Einteilung im Jugendvollzug zu schaffen als sie gegenwärtig in der Realität vorhanden ist – sollte man eine zahlenmäßige Obergrenze festschreiben.

Die SPD kommt auch nicht weg von der herkömmlichen Herangehensweise an Disziplinarmaßnahmen. Wir haben in unserem Entwurf einen sehr weitgehenden Schritt vorgesehen. Wir sagen, dass Disziplinarmaßnahmen im Jugendvollzug verzichtbar sind. Das ist eine Einschätzung, die mir auch aus der Praxis bestätigt wird. Die Praktiker im Jugendvollzug, die Bediensteten, mit denen ich mich unterhalte, sagen, man kann auf Disziplinarmaßnahmen verzichten, wenn man die entsprechende personelle Ausstattung hat, dass die Bediensteten die Jugendlichen kennen.

Die SPD kommt auch nicht weg von der herkömmlichen Herangehensweise an Disziplinarmaßnahmen. Wir haben in unserem Entwurf einen sehr weitgehenden Schritt vorgesehen. Wir sagen, dass Disziplinarmaßnahmen im Jugendvollzug verzichtbar sind. Das ist eine Einschätzung, die mir auch aus der Praxis bestätigt wird. Die Praktiker im Jugendvollzug, die Bediensteten, mit denen ich mich unterhalte, sagen, man kann auf Disziplinarmaßnahmen verzichten, wenn man die entsprechende personelle Ausstattung hat, dass die Bediensteten die Jugendlichen kennen.

(*Viviane Spethmann CDU*: In welcher Welt leben Sie eigentlich!) C

Man braucht Disziplinarmaßnahmen nur dann, wenn die Bediensteten es regelmäßig mit anderen Jugendlichen zu tun haben, die sie dann wieder nicht kennen. Aber dann ist es ein unproduktiver, formeller Vorgang, der überhaupt nicht zur Besserung der Situation im Vollzug beiträgt. Deswegen sagen wir, dass der konsequente Schritt ist, auf Disziplinarmaßnahmen zu verzichten.

(Beifall bei der GAL)

Selbst wenn man prinzipiell meint, man muss an Disziplinarmaßnahmen als letzten Rettungsanker festhalten, dann sollte man überlegen, wie man diese Disziplinarmaßnahmen ausgestaltet. Es gibt Vorschläge, wie man Disziplinarmaßnahmen ausgestalten kann, dass diese nicht sofort wieder zur Einschränkung der Kontakte zur Außenwelt führen und da ist die SPD auch noch keinen Schritt weggegangen von der jetzigen Praxis. Ich denke, da ist auch noch Nachbesserungsbedarf vorhanden.

Schließlich eine Situation, die wir speziell in Hamburg zur Kenntnis nehmen sollten und insoweit hat Frau Spethmann recht. Man muss natürlich, wenn man eine solche spezielle Erfahrung hat, wie wir sie in Hamburg haben, die Nacktfesselung von Strafgefangenen, wenn es so etwas gegeben hat, darauf auch gesetzgeberisch reagieren. SPD und GAL waren sich einig, dass es so etwas nicht geben kann. Wir haben deswegen ausdrücklich in unseren Gesetzentwurf hineingeschrieben, dass das nicht zulässig ist. Das fehlt in dem SPD-Entwurf ebenfalls.

Insgesamt enthält der SPD-Entwurf aber eine Reihe von Verbesserungen, auch zur gegenwärtigen Vollzugspraxis. Ich freue mich auf die Diskussion und finde besonders bedauerlich, dass die CDU nun angekündigt hat, diesen Antrag nicht an den Ausschuss zu überweisen. Ich denke, das haben Sie überhaupt nicht nötig. Wir könnten eine sehr vernünftige Diskussion über verschiedene Entwürfe führen, die dann alle in den Ausschuss gelangen. Dort könnte man das vernünftig diskutieren. Jetzt die Überweisung abzulehnen – so ist es mir zumindest angekündigt worden – ist kein guter Stil. – Vielen Dank. D

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Dr. Dressel hat das Wort.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich von Frau Spethmann höre, wir hätten etwas Faules vorgelegt, finde ich das ziemlich pikant. Sie haben zu dieser Debatte überhaupt nichts vorgelegt. Wer in dieser Debatte faul ist, haben Sie, glaube ich, durch Ihren Wortbeitrag sehr deutlich gemacht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Zum Thema Föderalismusreform im Bereich Strafvollzug. Kein Bereich ist, jedenfalls nach unserer Auffassung, so wenig geeignet dafür, dass man nachher 16 Gesetze zu diesem Bereich Strafvollzug macht. Kein Bereich ist so wenig geeignet dafür, dass wir eine Rechtszersplitterung in Deutschland haben. Deshalb haben wir auch in der Bürgerschaft beantragt – ich glaube, auch mit Zustimmung der GAL, wir waren uns an dieser Stelle sehr einig –, dass dieser Bereich weiterhin in der Bundes-

A zuständigkeit bleiben soll. Das haben übrigens nicht nur SPD und GAL gesagt, das hat zum Beispiel der Bund der Strafvollzugsbediensteten gesagt, das hat quasi die gesamte Wissenschaft gesagt. Wir haben uns zwar leider in Berlin nicht durchgesetzt, aber wir ernten jetzt die negativen Folgen, die auch diese Entwicklung hat und das ist eine gefährliche Veränderung für den Strafvollzug. Deshalb werden wir in dieser Debatte deutlich machen, dass Mindeststandards in diesem Bereich auch durch die Föderalismusreform nicht verloren gehen dürfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei *Christa Goetsch und Christian Maaß, beide GAL*)

Sie verweigern sich hier der Debatte, Frau Spethmann. Sie haben nicht einen inhaltlichen Punkt gesagt. Sie haben nur formal argumentiert und gesagt, überwiesen wird nicht, alles sei ein fauler Vorschlag und haben selber keinen Vorschlag gemacht. Da hatten wir auch mal eine andere Form des Umgangs, zum Beispiel beim Polizeirecht, dass wir gesagt haben, es gibt mehrere Entwürfe und diese werden alle überwiesen. Insofern – auch wenn der GAL-Entwurf hier noch eingebracht wird – haben wir dann irgendwann drei Vorschläge, den Vorschlag des Senats, keinen Vorschlag von der CDU, einen Vorschlag von der GAL und einen von der SPD. Dann gehen wir damit in den Ausschuss und gucken uns die Entwürfe an, machen eine Sachverständigenanhörung.

(*Wolfhard Ploog CDU: Um Gottes Willen!*)

– Sachverständige ist immer etwas ganz Blödes. Das kann ich verstehen, Herr Ploog. Das ist immer blöd, wenn man an der Stelle Sachverstand einholt. Wir sind aber

B entschieden dafür, an dieser Stelle die wissenschaftlichen Erkenntnisse für eine Weiterentwicklung des Strafvollzuges mit einzubeziehen. Es ist einfach peinlich, dass Sie das nicht tun wollen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich möchte noch ein bisschen jenseits des Themas Jugendstrafvollzug im eigentlichen Sinne gehen. Ich nehme an, dass der Senator sich auch noch dazu melden wird. Er hat dann auch gewartet, dass er möglichst das letzte Wort dazu haben kann. Wir sehen ganz deutlich die Gefahr, dass beim Strafvollzugsgesetz – jetzt vielleicht ein bisschen softer, in einem etwas netteren Gewande – der Kusch-Kurs an dieser Stelle fortgesetzt werden soll. Ihre Erklärungen zu diesem Thema – immerhin können Sie das Wort Resozialisierung fehlerfrei buchstabieren – reichen aber nicht. Ein bisschen Wortgeklingel und in der Sache wird die gleiche gescheiterte Politik von Roger Kusch weitergeführt. Wir werden uns entschieden dagegen stemmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dazu gehört an der Stelle insbesondere, dass Sie in zahlreichen Fällen – und einige Fälle haben wir auch öffentlich diskutiert – von den Strafvollstreckungskammern des Hamburger Landgerichts und des Oberlandesgerichts richtig einen auf die Mütze bekommen haben. Sie mussten jedes Mal geradezu dazu getragen werden, Beschlüssen, die in diesem Zusammenhang gefällt worden sind, Folge zu leisten. Was ist das für ein Rechtsverständnis, wenn die Justizbehörde verurteilt wird? Natürlich sind es wenige Fälle, aber in den Fällen, wo die Justizbehörde verurteilt wird, erwarte ich von einer Justizbehörde, die für die Wahrung von Recht und Gesetz

verantwortlich ist, dass diese Dinge dann auch befolgt werden. Das ist aber an einigen Stellen nicht passiert. Deshalb sagen wir, dass es nicht sein kann, dass Sie jetzt mit einem eigenen Strafvollzugsgesetz unter Umständen Praktiken, mit denen Sie bei Gericht gescheitert sind, durch einen eigenen Gesetzentwurf legalisieren wollen. So kann Strafvollzugspolitik in dieser Stadt nicht gemacht werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist unsere Maßgabe, dass wir einen eigenen Gesetzentwurf zum Jugendstrafvollzug vorgelegt haben, der sich in der Tat an dem Neuner-Entwurf orientiert. Das hat mit Abschreiben nichts zu tun, sondern damit, dass wir in diesem Bereich auch einen einheitlichen Rechtsstandard haben wollen. Wir sagen zum anderen, dass sich das Bundesstrafvollzugsgesetz in den zentralen Punkten bewährt hat. Deshalb haben wir an dieser Stelle keinen Bedarf, ein eigenes Erwachsenenstrafvollzugsgesetz vorzulegen. Das sehen übrigens viele Länder, in denen auch die CDU regiert, genauso wie wir. Da befinden wir uns mit der Mehrzahl der Bundesländer in sehr guter Gesellschaft. Deshalb erwarten wir an der Stelle, dass auch Sie sich diesen Erkenntnissen nicht verschließen, weil Sie an der Stelle sonst nichts anderes sind, als ein vielleicht etwas sympathischerer Herr Kusch. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat Herr Senator Lüdemann.

Senator Carsten-Ludwig Lüdemann: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ein paar Worte möchte ich dann doch dazu sagen. In der Tat hat Herr Kloöß die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom letzten Jahr zitiert, die uns auferlegt, bis Ende dieses Jahres ein eigenes Jugendstrafvollzugsgesetz zu erlassen. Ich glaube aber, man muss zunächst einmal sehen, dass diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in erster Linie eine schallende Ohrfeige für die SPD-Justizministerin Frau Zypries gewesen ist.

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz. – Beifall bei der CDU)

Denn wir sprechen auch über die Föderalismusreform. Davor war es natürlich so, dass sie die ausschließliche Kompetenz hatte, und sie hat es über Jahre versäumt, ein eigenes Jugendstrafvollzugsgesetz vorzulegen.

(*Dr. Till Steffen GAL: Seit 1976!*)

Insoweit war das eine deutlich Klatsche des Verfassungsgerichts an Frau Zypries.

Frau Zypries braucht immer solche Anstöße. Sie brauchte jetzt auch wieder den Anstoß zur Sicherungsverwahrung. Auch da hätte sie längst zur deutlichen Verschärfung der Sicherungsverwahrung und auch zur Sicherungsverwahrung für jugendliche Straftäter einen Gesetzentwurf vorlegen müssen. Sie hat auch da schon lange einen Gesetzentwurf der Länder gehabt. Erst jetzt, nach dem öffentlichen Druck, ist sie bereit und hat angekündigt, dass sie auch in dem Bereich einen Gesetzentwurf vorlegen müsse. Das sind aber deutliche Versäumnisse einer SPD-Bundesjustizministerin.

C

D

- A Zu der Arbeitsgruppe, die Sie angesprochen haben und die einen Gesetzentwurf erarbeitet hat, die Zehner- oder jetzt nur noch Neuner-Arbeitsgruppe: In der Tat hat sich Hamburg nicht verweigert. Wir haben dort mitgearbeitet.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Warum haben Sie nicht wirklich mitgemacht?)

Wir haben unser Wissen mit eingebracht und dort mitgearbeitet.

– Meinen Sie mich persönlich, warum ich da nicht mitgemacht habe?

(Dr. Andreas Dressel SPD: Nein, es geht darum, warum Sie sich da ausgeklinkt haben.)

– Aber bitte schön, Herr Dr. Dressel, wir haben uns doch nicht ausgeklinkt.

Hamburg hat in dieser Arbeitsgruppe mitgearbeitet. Nur hat Hamburg letztlich gesagt, dass es einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen wird. Wir arbeiten in der Arbeitsgruppe mit, aber die letzte Entscheidung bleibt bei Hamburg, weil wir dann auch noch deutliche Nuancen setzen können. Es ist nun einmal so, ob Sie die Entscheidung mögen oder nicht. Die Föderalismusreform hat nun einmal gesagt, dass die Kompetenz in die Länder geht. Dann ist es auch nicht ungewöhnlich, dass ein Land von dieser Kompetenz Gebrauch macht. So ist nun einmal Föderalismus.

(Beifall bei der CDU)

- B Wenn man sich im Übrigen die drohende Rechtszersplitterung, die Sie immer ankündigen, einmal anschaut, dann haben wir unterschiedliche Polizeigesetze in den Ländern, wir haben unterschiedliche Schulgesetze in den Ländern und im Bereich Polizeirecht spricht kein Mensch von drohender Rechtszersplitterung und davon, dass die Sicherheit in Deutschland nicht mehr gewährleistet sei, nur weil die Länder eigene Polizeigesetze machten. Da widersprechen Sie sich in Ihrer Argumentation vollkommen.

Der von Herrn Dr. Steffen immer so angekündigte SPD-Entwurf war ja kein SPD-Entwurf. Es ist einfach der Entwurf dieser Neuner-Arbeitsgruppe, den Sie nicht abgeschrieben haben – den braucht man nicht abschreiben, den kann man einfach kopieren, wenn man ihn denn elektronisch hat. Das ist nun einmal dieser Entwurf der Arbeitsgruppe, Sie haben zwei, drei Wörter geändert, insofern ist das überhaupt keine eigene Leistung der SPD. Sie wollen das Thema heute politisieren und das ist auch Ihr gutes Recht. Das macht auch nichts. Die Notwendigkeit, die Sie angesprochen haben, Herr Steffen, weil die Beschlüsse des Verfassungsgerichts unbedingt umgesetzt werden müssen, ist in Hamburg nicht so groß, da das, was das Bundesverfassungsgericht fordert, in Hamburg ohnehin schon längst gemacht wird.

Wenn das Verfassungsgericht sagt, wir müssten Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für soziales Lernen in der Gemeinschaft vorhalten, dann tun wir das längst. Sie zeugen selbst davon, dass Sie eine absolute Unkenntnis vom Jugendstrafvollzug in Hamburg haben. Gehen Sie hin und schauen sich das an. Wir geben Millionen für Resozialisierungs- und Ausbildungsmaßnahmen aus. Sie wollen sie nur nicht wahrnehmen, weil das nicht in Ihre Politik passt.

Weiterhin: Unterbringung in kleinen Wohngruppen. Auch da ist für uns keine Notwendigkeit vorhanden. Wir machen es ohnehin schon. Wir haben Wohngruppen mit acht und neun Gefangenen und eine Wohngruppe mit 13 Leuten. Das funktioniert ganz hervorragend. Besonderer Schutz vor Übergriffen: Tagsüber haben wir die Wohngruppenunterbringung, abends hat jeder seinen Einzelhafttraum und das ist auch gut so, damit solche furchtbaren Vorfälle, wie sie in Siegburg passiert sind, wo sie passieren mussten, weil drei oder vier unbeobachtet die ganze Nacht in einem Hafttraum waren, in Hamburg nicht möglich sind.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Auch die spezifischen Betreuungsmöglichkeiten für Gewalt- und Sexualstraftäter, die gefordert wurden, haben wir auf Hahnöfersand. Wir haben dort eine eigene Sozialtherapie, die schwerpunktmäßig Gewalttäter und Sexualstraftäter behandelt. Wir werden diese Sozialtherapie auf Hahnöfersand auch noch weiter ausbauen. Auch die Entlassungsvorbereitung, die gefordert wird, machen wir selbstverständlich. Sport und Bewegung muss sein, auch das hat das Bundesverfassungsgericht gefordert. Wir haben auf Hahnöfersand einen eigenen Sportlehrer, der sich nur darum kümmert, ein Programm für unsere Jugendlichen zu schreiben, damit sie ausreichende Sportangebote zur Verfügung haben. Das ist auch vernünftig so. Aber wir haben das alles schon. Die Dramatik, die Sie geschildert haben, ist also überhaupt nicht vorhanden.

(Beifall bei der CDU)

Und zwei, drei Worte zu meinen Äußerungen, wenn ich denn sage, dass ich nicht mehr möchte, dass in einem Gesetz steht, dass ein Inhaftierter einen Anspruch auf Urlaub hat: Das möchte ich in der Tat nicht. Wenn heute im Gesetz steht, dass ein Gefangener Anspruch auf 21 Tage Urlaub im Jahr hat, dann suggeriert das auch schon dem Gefangenen eine vollkommen irrealer Situation. Wie soll ich dem denn erklären, dass ich ihn nach Billwerder bringe, wo wir sechs Meter hohe Mauern und elektronische Sicherungsmaßnahmen haben, das ist ein Hochsicherheitsgefängnis. Ich bringe ihn in das Gefängnis, dann hat er Langeweile, schlägt das Gesetz auf und sagt: "Aber hier steht, dass ich Anspruch auf 21 Tage Urlaub habe. In der nächsten Woche möchte ich schon einmal die erste Woche von meinem Urlaub nehmen." Das ist einfach nicht die Realität und das sollte man den Gefangenen auch nicht suggerieren.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt aber auch, dass jemand, der im Vollzug arbeitet – wir wünschen natürlich, dass möglichst viele arbeiten, weil das auch für die Resozialisierung wichtig ist –, genau wie draußen mit jedem Tag, den er arbeitet, auch einen gewissen Anspruch auf arbeitsfreie Tage hat. Nur müssen wir ihm sagen, dass ein arbeitsfreier Tag nicht automatisch Urlaub draußen heißt, sondern zunächst einmal in der Anstalt. Nur wenn die Anstalt es verantworten kann, werden die Möglichkeiten gegeben, diese Tage auch draußen zu nehmen.

Etwas verquer dargestellt ist es ebenfalls, wenn Sie mir sagen, ich fände es zugespitzt, wenn im Gesetz steht, dass ein Jugendlicher ein Recht – quasi wieder einen Anspruch – auf Bildung hätte. Das soll er gerne haben, nur ist das nicht die Realität. Wir bemühen uns sehr intensiv und haben Schwierigkeiten, Jugendliche überhaupt

C

D

A einmal dazu zu bekommen, an irgendeiner Qualifizierungsmaßnahme oder an der Schule teilzunehmen, ihn irgendwie dazu zu bewegen, seinem Leben überhaupt einen Sinn zu geben und etwas zu machen. Wir haben nicht die Jugendlichen, die in der Haft sitzen und sagen: "Ich habe jetzt aber einen Anspruch auf Bildung und möchte deswegen einen Fremdsprachenkursus machen." Das ist es nicht.

(*Michael Neumann SPD*: Das meinen wir doch gar nicht!)

Wir haben das Problem, dass wir die Leute ...

(Zuruf von der SPD)

– In Baden-Württemberg steht Recht auf Bildung. Ich sage, dass ich das denen auch gerne zugestehe.

Wir haben nur das Problem, dass wir die vielen Angebote, die wir machen, erst einmal irgendwie – auf Deutsch gesagt – verkaufen müssen, an den Mann bringen müssen. Deswegen habe ich überhaupt kein Problem mit dem Recht auf Bildung. Nur ist es nicht so, dass wir die Insassen haben, die sagen: "Ich fordere jetzt die Fortsetzung meines Spanischkurses." Das ist es einfach nicht.

(*Michael Neumann SPD*: Nein, aber der Staat soll sich darum kümmern, er soll sich verantwortlich fühlen!)

– Wir kümmern uns sehr intensiv, Herr Neumann. Wir kümmern uns sehr intensiv um diese Leute.

Ähnlich ist es mit dem Chancenvollzug, auch hier sagen wir,

B

(*Christian Maaß GAL*: Chancentod nenne ich das!)

dass wir alle Leute, die wirklich etwas aus sich machen wollen und im Idealfall kommen und das sagen, so weit wie möglich fördern werden. Nur, diejenigen, die sich total verweigern, werden wir natürlich immer wieder ansprechen und versuchen zu motivieren und auf einem Minimalniveau bespielen und unterhalten und bilden. Diejenigen, die mehr machen wollen, sollen dann aber auch die Chancen haben, besonders viel zu bekommen.

Wenn Sie in Ihrem Entwurf zum Jugendvollzug sagen, Sie hätten von Praktikern gehört, man könne auf Disziplinarmaßnahmen vollkommen verzichten, dann möchte ich wirklich einmal wissen, mit welchen Praktikern Sie gesprochen haben. Die AVDLer, die Mitarbeiter im Allgemeinen Vollzugsdienst, mit denen ich spreche, sagen, es sei ein vollkommener Irrsinn zu sagen, man würde auf Jugendliche ohne Disziplinarmaßnahmen auch nur in irgendeiner Weise einwirken können, jedenfalls nicht auf die Jugendlichen, die letztlich bei uns in der Jugendstrafhaft ankommen. Das ist völlig illusorisch.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen wird es natürlich auch weiterhin in dem Entwurf, den wir vorlegen werden, Disziplinarmaßnahmen geben. Die sind auch erforderlich. Ich kann nur sagen: Bleiben Sie ganz entspannt, der Entwurf wird in den nächsten Wochen vorgelegt. Warten Sie erst einmal ab, was darin steht. Dann können Sie anfangen, sich aufzuregen. Nur reden Sie unseren Hamburger Jugendstrafvollzug nicht schlecht. Er ist nämlich sehr gut. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Klooß. C

Rolf-Dieter Klooß SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein paar Worte muss ich doch noch zu den Ausführungen des Herrn Senators sagen. Wenn Sie meinen, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 2006 eine Klatsche für die Bundesjustizministerin war, dann muss ich einmal fragen, warum denn die wackeren Rechtspolitiker der CDU im Deutschen Bundestag nicht schon viel früher gesagt haben, dass wir ein Jugendstrafvollzugsgesetz bräuchten. Aus der Richtung kam nichts. Meinetwegen ist es ein kollektives Nichthandeln gewesen, aber es ist kein Versäumnis der Bundesjustizministerin.

Außerdem hat die Bundesjustizministerin schon im Juni 2006 einen sehr beachtlichen Entwurf vorgelegt. Wenn es denn so ist, dass Ihnen in dem Bereich etwas gefehlt hat, dann hätten Sie darauf springen und das verarbeiten können. Das haben Sie aber nicht. Nein, Sie haben bis jetzt überhaupt nichts vorgelegt. Es ist doch verblüffend, dass Sie bis jetzt gar nicht in der Lage gewesen sind, etwas vorzulegen, obwohl es zehn Bundesländer gab – jetzt noch neun –, die etwas zustande gebracht haben.

Sie sagen, die Justizbehörde, die Stadt Hamburg hätte mitgewirkt. Ja, sie hat mitgewirkt, in einer Nebenrolle, am Katzentisch, aber sie hat nicht ernsthaft gewollt, dass sie dieses Gesetz mit verabschiedet. Dabei hätten Sie es doch so leicht, es wäre doch auch so schön. Dann könnten Sie zum Beispiel bei dieser Gelegenheit wieder einmal Arm in Arm mit Schleswig-Holstein gehen. Die Schleswig-Holsteiner sind dabei. Minister Döring befürwortet das. Es ist deswegen besonders grotesk, wenn Sie dieses Gesetz hier ein wenig schlecht machen, da bei den neun ja noch einige Regierungen dabei sind, in denen die CDU mit Verantwortung trägt. Das müssen Sie denen einmal sagen. Das ist nicht mein Problem. Aber die werden darüber begeistert sein. D

Wenn Sie uns vorwerfen, wir hätten etwas abgeschrieben, dann sagen wir: Ja, wir haben das zum Teil auch getan, aber das ist nichts, weswegen wir uns schämen, sondern wir haben gesagt, dass gute Arbeit geleistet worden ist. Wir hätten vielleicht noch einige abweichende Ideen, aber uns ist es auch darum gegangen, den Flickenteppich zu beseitigen und dass wir in wenigstens zehn der 16 Bundesländer ein einheitliches Jugendstrafvollzugsgesetz haben. Das ist doch ein hohes Gut, das finden Sie im Grunde doch auch. Aber nein, sie wollen einen Sonderweg gehen. Da kann man nur den Verdacht haben, dass er von den Standards und Anforderungen, wie sie in unserem Gesetzentwurf stehen, abweicht.

Nun komme ich auf zwei Einzelthemen. Einmal haben Sie gesagt, der Gefangene hätte keinen Anspruch auf Urlaub. Schauen Sie in unseren Gesetzentwurf hinein. Darin steht, er darf Urlaub – man kann das vielleicht auch anders nennen – haben, aber er muss geeignet sein. Die Eignungsprüfung darüber muss natürlich stattfinden. Bei Nichteignung kann es natürlich aus Sicherheitsgründen keine Urlaubsgewährung geben. Das ist doch selbstverständlich. Daran hat sich doch nichts geändert.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Das ist aber nicht praktikabel!)

Dann muss ich zu dieser Seite des Hauses noch etwas sagen. Ohne Disziplinarmaßnahmen die Einhaltung der

- A Ordnung in der Anstalt aufrechtzuerhalten, kann nicht gehen. Das ist das, was ich vorhin mit meinem Wort "Landschulheim" auch angedeutet habe.

(Michael Neumann SPD: Selbst da gibt es Regeln!)

Es ist nun einmal eine besondere Anstalt, in der sich die Jugendlichen befinden.

Als letztes Wort, Herr Lüdemann: Wenn Sie die Errungenschaften des Hamburger Jugendstrafvollzugs preisen, dann vergessen Sie bitte nicht, dass sie auf den Vorarbeiten Ihrer sozialdemokratischen Vorgänger aufbauen und sie fortführen. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/5831 an den Rechtsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Die Überweisung ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den SPD-Antrag aus der Drucksache 18/5831 annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einigen Stimmenthaltungen mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 35, Drucksache 18/5724, Antrag der GAL-Fraktion: Eltern und Alleinerziehende unterstützen – Kinderbetreuung bei Fortbildungs- und Trainingsmaßnahmen sowie Sprachkursen sicherstellen und erleichtern.

- B **[Antrag der Fraktion der GAL:
Eltern und Alleinerziehende unterstützen –
Kinderbetreuung bei Fortbildungs- und
Trainingsmaßnahmen sowie Sprachkursen
sicherstellen und erleichtern – Drucksache 18/5724 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Die Abgeordnete Blömeke hat es.

Christiane Blömeke GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Manchmal brauchen wir den Mut und die Energie einzelner Menschen, die mit der Darstellung ihres Problems auf strukturelle Probleme aufmerksam machen, die dann bei Weitem nicht mehr nur Einzelfälle sind. So ist das auch im Fall einer alleinerziehenden Mutter mit drei Kindern im Alter von elf, acht und anderthalb Jahren geschehen, die mit ihrem Einzelfall auf ein generelles Problem aufmerksam gemacht hat, das der Auslöser für unseren Antrag war. Was sind die Fakten? – Eine alleinerziehende Mutter mit drei Kindern, das jüngste anderthalb – sie ist Hartz IV-Empfängerin und arbeitslos, aber mit dem festen Willen ausgestattet, wieder Fuß zu fassen und ihren Kindern vorzuleben, dass man mit Energie und Einsatz etwas erreichen kann. Sie beantragt eine Trainingsmaßnahme bei der ARGE, um sich Computerkenntnisse anzueignen. Für ihre sechswöchige Maßnahme benötigt sie einen Krippenplatz für ihre jüngste Tochter. Damit beginnt die Odyssee.

Da weder die Sozialbehörde noch die ARGE über eine Übersicht verfügt, wo es freie Krippenplätze in der Nähe gibt, bleibt ihr nichts anderes übrig, als von Kitatur zu Kitatur zu ziehen. Das war aber nicht erfolgreich. Dort

hagelte es Absagen, denn eine Unterbringung im Krippenbereich für sechs Wochen ist weder pädagogisch sinnvoll noch für die Kitas finanziell attraktiv. Denn schließlich könnte natürlich so ein kurzfristig vergebener Platz die mögliche Nachfrage für einen Ganztagesplatz blockieren. Das ist nicht unbedingt im Interesse der Kitas.

(Dr. Willfried Maier GAL: Ein Problem von entscheidender Bedeutung!)

Erst nach Einschalten des Jugendamtes und der Intervention eines dortigen Abteilungsleiters gelingt es der Mutter, einen Betreuungsplatz für ihre Tochter zu erhalten. Dieser Betreuungsplatz, das wissen Sie alle, ist Voraussetzung für den Beginn der Trainingsmaßnahme.

Wer nun glaubt, dass die Sache damit zu einem guten Ende gekommen und erledigt war, der irrt. Leider hat die Mutter bei der Suche nach ihrem Kitaplatz zu viel Zeit benötigt. Ihr Platz bei der Trainingsmaßnahme war verfallen. Man muss sich das einmal vorstellen, was das nicht nur für die Frau, sondern auch für das Kind bedeutet. Das anderthalbjährige Mädchen befand sich nämlich schon in der Eingewöhnungsphase in der Kita, als es wieder heraus musste, weil der Gutschein für Kurzzeitplätze an die Trainingsmaßnahme gekoppelt ist, die nun nicht stattfand. Es ist pädagogischer Unfug, so vorzugehen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Entgegenkommend bot man der Frau einen neuen Platz in einer Maßnahme vier Wochen später an, allerdings ohne feste Zusage, ob sie diesen Platz wirklich erhalten könne, denn eigentlich sei der Kurs voll. Sie solle, so hieß es, doch einfach am 22. Januar 2007 vorbeikommen und dann einmal sehen, ob es klappt.

Solche Zustände sind für Alleinerziehende unhaltbar, denn es bedeutet, dass diese Frau wieder losgehen muss, einen Kitaplatz suchen muss, ihre Tochter wieder eingewöhnen muss und dann wohlmöglich zum zweiten Mal hört: "Sorry, tut uns leid. Leider sind alle Plätze besetzt." Dieser Fall, Frau Strasburger, verehrte Damen und Herren der CDU-Fraktion, ist bei Weitem kein Einzelfall. Zuschriften nach einem Artikel im "Hamburger Abendblatt" zeigten, dass wir damit in ein Wespennest gestochen haben. Ich glaube, wir alle wissen doch, wie Alleinerziehende gerade durch ihre Kinder in Arbeitslosigkeit geraten können. Ich glaube, es ist unsere politische Aufgabe, für Rahmenbedingungen zu sorgen, die einen Zugang zur Arbeit so leicht wie möglich machen. Das geht aber nur, wenn wir diese strukturellen Probleme, die sich durch diesen Fall, der aber ein generelles Problem darstellt, erkennen lassen, beseitigen. Es reicht eben nicht nur das Verständnis und Wohlwollen einzelner Kitas oder einzelner Mitarbeiter bei der ARGE, die uns einen Kitaplatz oder einen Trainingsplatz zur Verfügung stellen.

Das ist die Intention unseres Antrages. Ich denke, wir sind alle in der Verantwortung, vorwiegend den Alleinerziehenden zu helfen. Aus diesem Grund fordern wir in unserem Antrag drei ganz wesentliche Punkte. Der erste Punkt, davon profitieren alle Eltern: Eine zentrale und anwenderfreundliche Datenbank, die mit einem Blick ins Internet die Suche nach einem freien Kitaplatz oder einem freien Tagespflegeplatz erheblich erleichtern kann. Mit dieser Forderung, meine Damen und Herren der CDU, greifen wir übrigens eine Empfehlung der Bundesregierung auf. Einige Kitaträger praktizieren auch von sich aus schon solch eine Regelung. So haben die Vereinigung SOAL und der ASB privat solch eine Datenbank

C

D

- A im Internet installiert und jeder, der sich für einen Kitaplatz interessiert, kann sich im Internet Übersicht verschaffen.

Aber das nützt uns nicht viel, denn wichtig ist eine zentrale Erfassung, damit auch die Behördenmitarbeiter des Jugendamtes oder auch der ARGE den suchenden Eltern oder Alleinerziehenden hilfreich zur Seite stehen können. Denn eins muss uns klar sein, es hat natürlich nicht jeder Hartz IV-Empfänger Internetzugang.

Diese Datenbank ist, wie gesagt, vom Bundesministerium für die Länder gefordert oder empfohlen worden. Ich denke, es ist eine gute Sache das aufzugreifen. Es gibt sie in Hamburg noch nicht. Wir könnten uns, wie auch sonst in der Kindertagesbetreuung, damit hervortun, doch etwas anwenderfreundlich zu werden. Wir müssen auch dafür sorgen, dass für Kitas keine Nachteile entstehen, wenn sie Kinder mit kurzzeitigen Gutscheinen aufnehmen. Dazu könnte möglicherweise ein Modell gehören, das den Kitas für einen kurzen Zeitraum die zusätzliche Aufnahme dieser Kinder ermöglicht. So verbauen sich die Kitas dann auch nicht die Chance, Kinder zu nehmen, die für sie wirtschaftlich attraktiver sind, nämlich die Kinder, die mit einem Achtstundengutschein kommen. Was ich damit meine, ist: Den Kitas muss es ermöglicht werden, diese Kinder an top zusätzlich aufzunehmen, obwohl die Betriebslaubnis andere Zahlen spricht. Das Ganze soll sich wohlgeordnet nach der Größe der Kita und nach diesen Sechswochengutscheinen richten.

Ich will an dieser Stelle aber noch einmal ganz deutlich sagen, dass alles, selbst wenn wir es hier beschließen würden, woran ich leider noch nicht glaube, nur Flickwerk eines Systems ist, das nicht für benachteiligte Eltern und Kinder gemacht ist. Für die Kinder ist eine Betreuungsmaßnahme mit einem derartig kurzen Zeitraum eine Belastung, doch für alle arbeitssuchenden Eltern ist es die einzige Möglichkeit. Ihnen bleibt keine andere Wahl. Wir haben aber die Wahl, deshalb will ich noch einmal an eine GAL-Forderung aus dem letzten Jahr, nicht zuletzt aus den Haushaltsberatungen, erinnern. Wir brauchen nämlich den Rechtsanspruch ab dem ersten Lebensjahr,

- B

(*Marita Meyer-Kainer CDU: Nein, nein!*)

und zwar unabhängig von der Lebenslage der Eltern. Hätten wir den, dann gäbe es dieses und auch manch anderes Problem nicht.

Die ARGE muss last, but not least, sicherstellen, dass Alleinerziehende eine verbindliche Zusage für eine Trainingsmaßnahme erhalten. Das holprige Zusammenspiel zwischen ARGE, Jugendamt, Kita und dem Beschäftigungsträger muss verbessert werden. Das sehe ich als unsere politische Aufgabe an. Deswegen würde sich dieser Antrag hervorragend dafür anbieten, ihn an den zuständigen Fachausschuss zu überweisen, der sowieso unter Arbeitsmangel leidet, das wissen wir ja. Ich glaube, dass wir uns dort sehr gut über Lösungsmodelle einigen können, wie wir dieser Verantwortung gerecht werden, um für die Alleinerziehenden, die auf Arbeitssuche sind und willig sind zu arbeiten, alles zu tun, damit der Weg zur Arbeit erleichtert wird. Ich glaube, deswegen ist dieser Antrag auch im Familienausschuss sehr gut aufgehoben. Ich würde mich freuen, wenn er dorthin überwiesen wird.

(Beifall bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Strasburger. C

Stefanie Strasburger CDU: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Frau Blömeke, ich muss sagen, dieser Antrag ist nun wirklich auch selbst unter Ihrem Niveau.

(*Gerhard Lein SPD: Das sagt sie ganz niveauvoll!*)

Ich hatte mir erhofft, dass die Diskussion, die Frau von der Leyen angestoßen hat, auch bei Ihnen deutlich gemacht hat, was für ein hervorragendes Kitasystem wir in Hamburg haben.

(Beifall bei der CDU)

Frau Blömeke, Sie sprachen von einem Einzelfall, den Sie hier detailliert ausgeführt haben. – Frau Blömeke, es wäre nett, wenn Sie mir auch zuhören könnten. – Wissen Sie genau, dass dieser Frau Kitaplätze angeboten worden sind? – Ich kann Ihnen sagen, dass genau dieser Frau, von der Sie hier gesprochen haben – ich bin mir ziemlich sicher, dass es der gleiche Fall ist –, vom Bezirksamt Harburg und vom DRK Harburg Plätze angeboten worden sind. Diese Frau hat sich nie wieder gemeldet. Also, es wird hier auch viel Wind um gar nichts gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Es kann nicht Aufgabe der ARGE sein, den Familien die Kindergartenplätze zu verschaffen.

(*Gesine Dräger SPD: Das war einmal so gedacht!*)

Die Idee allein finde ich abstrus. Es gibt in unserer Stadt Richtlinien. Dazu gehört es, dass Krippen- und Kitaplätze nicht zugeteilt werden, sondern dass sich Eltern die Einrichtungen selber suchen. Das bedeutet Wahlfreiheit für die Eltern. Das ist etwas sehr Positives, aber es bedeutet – das finden vielleicht einige Menschen nicht so positiv – eine Eigeninitiative. D

(Beifall bei der CDU)

Diese Eigeninitiative ist für mich ein Schlüsselbegriff. Ganz deutlich, mit uns gibt es keine staatliche Rundumversorgung für alle. Die CDU fördert durch Fördern. Wir fördern ganz eindringlich die Eigeninitiative eines jeden Menschen. So verstehen wir eine auf Entwicklung konzipierte Art von Hilfeleistung. Auch die Mehrheit der Soziologen und Pädagogen gibt uns in diesem Fall recht.

(*Dirk Kienscherf SPD: Seit wann hören Sie auf Soziologen und Pädagogen?*)

Mit Ihrem Antrag binden Sie den Bürgern dieser Stadt einmal wieder einen richtigen Bären auf. Das macht mich auch ziemlich sauer. Sie tun so, als ob eine Fortbildungsmaßnahme für Alleinerziehende nicht machbar sei, da die Kinder keinen Gutschein für die Kita bekämen. Frau Blömeke, Sie wissen selbst ganz genau, dass das einfach falsch ist.

(Beifall bei der CDU)

Mit dem Erhalt der verbindlichen Bestätigung für die Teilnahme an einer Fortbildung bekommt ein jeder von den bezirklichen Jugendämtern den Kitagutschein für die Dauer der entsprechenden Maßnahme. Die Träger sind durch ihren Beitritt zum Landesrahmenvertrag – das ist ein wichtiger Punkt – verpflichtet, jeden Leistungsberechtigten

A tigten im Rahmen ihrer Kapazität aufzunehmen. Frau Blömeke, Sie haben mir eben erzählt, dass diese Menschen nicht aufgenommen werden. Wenn es aber Platz gibt, müssen die Kitas aufnehmen. Ich begreife Ihre Aufregung überhaupt nicht.

(Beifall bei der CDU)

Aber auch hier erlaube ich mir einen Hinweis. In ganz begründeten Einzelfällen ist die Möglichkeit für die Träger gegeben, bei der zuständigen Behörde für einen befristeten Zeitraum die Überschreitung der Betriebserlaubnis zu beantragen. Aber leider machen davon nur ganz wenige Träger oder eigentlich gar kein Träger Gebrauch. Ähnlich sieht es in der Kindertagespflege aus. Nach geltendem Recht dürfen nur bis zu fünf Kinder gleichzeitig betreut werden, darüber hinaus ist die Aufnahme weiterer Kinder nur in einem Zeitumfang von maximal vier Wochen zulässig. Zur Sicherung des familiären Charakters der Tagespflege sind weitere Ausnahmen nicht vorgesehen und das ist auch sinnvoll.

Die Forderung, liebe GAL, die Sie im Petitum unter Punkt 3 stellen, haben Sie in Ihrer Prosa schon selbst beantwortet. Ist die Einrichtung voll, so gilt dieses für die Alleinerziehenden mit Fortbildungsmaßnahme genauso wie für alle anderen. Dann können nicht mehr Kinder aufgenommen werden. Warum soll es denn bei Menschen, die eine Fortbildungsmaßnahme machen, eine Andersbehandlung geben?

Einen guten Ansatz, das muss ich wirklich sagen – deshalb haben wir eben noch miteinander geredet –, habe ich dem Antrag dann doch noch entnehmen können. Die BSG soll in Zusammenarbeit mit den Kitaträgern eine Datenbank aufbauen, aus der die freien Plätze schnell und einfach zu entnehmen sind. Genau dieses setzen wir allerdings schon um. Liebe GAL, Sie kommen mit dieser Idee einfach zu spät. Sie haben mir eben noch gesagt, dass das vom Bund so angedacht sei. – Ja, ich bedaure. Wir sind in Hamburg schon weiter in diesem Fall.

(Beifall bei der CDU)

Zurzeit befindet sich die Behörde in Gesprächen mit einzelnen Trägern, um zu einer verbraucherfreundlichen Lösung zu kommen, die auch das EDV-Programm für die Vermittlung von Tagesmüttern und -vätern aktualisiert. Dafür sind auch die benötigten Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Aufregung, die Sie hier verbreiten, ist wirklich unberechtigt. Wie Sie sehen, liebe Frau Blömeke, sind wir in allen Bereichen der Kindertagespflege, der Krippenbetreuung und der Kitas in Hamburg hervorragend aufgestellt.

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist doch Schwachsinn, was Sie da erzählen!)

Wir bieten ein bundesweit optimales Angebot an. Ihre Suche nach dem Fehler im System kommt mir mittlerweile schon sehr hilflos vor. Stellen Sie Ihre Ideologie einfach einmal zurück. Geben Sie Ihrem Herzen einen Ruck und schließen Sie sich der guten Kinder- und Familienpolitik der CDU-Fraktion an und geben Sie zu, dass wir unsere Arbeit hervorragend machen.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Präsident Berndt Röder: Bevor ich der Abgeordneten Dr. Hilgers das Wort gebe, erteile ich dem Abgeordneten Kienscherf einen Ordnungsruf. – Bitte, Frau Dr. Hilgers.

Dr. Andrea Hilgers SPD: Wissen Sie, Frau Kollegin Strasburger, Herr Präsident, Sie haben hier am Anfang das Niveau dieses Antrags in Zweifel gezogen. Ich ziehe das Niveau Ihrer Rede in Zweifel, aber ganz deutlich.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Kollegin von der GAL hat drei Punkte angeführt, die, finde ich, von uns hier und am besten auch im Ausschuss weiter diskutiert werden müssen. Wenn die ARGE für ihre SGB III-Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung keine vernünftige Abstimmung mit den Kitas hinbekommt und Sie nur auf die Selbstorganisation der Mütter oder Väter verweisen, dann finde ich das peinlich, Frau Strasburger.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir wollen alle, dass die Menschen wieder Arbeit finden und weiter qualifiziert werden

(Stefanie Strasburger CDU: Das wollen wir alle!)

und das dann auch schnell mit der Kinderbetreuung klappt und kein Rennen von Pontius bis Pilatus anfängt.

Sie sagen uns, auch die Erweiterung der Datenbank sei in Gang gesetzt worden. Aber, Frau Strasburger, wenn das so ist, dann kann man das überweisen und im Ausschuss klären, wie weit denn da etwas in Gang ist; das wäre auch von Interesse. Diese Datenbank, die im Rudiment vorhanden ist, ist dringend notwendig und auch gut so. Es sind alle Kitas, die im Kita-Gutscheinsystem anbieten, mit Adresse, Telefonnummer, gegebenenfalls E-Mail- oder Homepageverweis enthalten und es stehen auch alle Leistungsarten drin, die diese Kitas im Repertoire haben. Aber es ist nicht ganz einfach für die Eltern, damit umzugehen, weil manche Kitas mehr hineinschreiben, als sie in Wahrheit anbieten und weil aus diesen Angaben noch nicht zu ersehen ist, wo sie etwas frei haben. Das erschließt sich bei manchen durch Blick auf die Homepage, wo man dann weiterkommt, aber nicht bei allen und es wäre schön, wenn hier ein standardisiertes System in Anlage und Erweiterung dieser Datenbank möglich wäre.

(Beifall bei der SPD und bei Christiane Blömeke GAL)

Wir haben das im Ausschuss und auch hier schon einmal diskutiert. Es gibt durchaus nicht nur einzelne Berichte, sondern wir haben öfter vor Ort von Eltern und auch von Kita-Mitarbeiterinnen gehört, dass es durchaus Engpässe bei Fünf-Stunden-Plätzen und auch bei Krippenangeboten gibt, und zwar im regionalen Raum, weil es für Kitas nicht besonders attraktiv ist, die Rechtsanspruchsscheine anzunehmen. Die Fünf-Stunden-Scheine sind schlecht ausgestattet, sie warten lieber auf Scheine mit höheren Stunden.

(Stefanie Strasburger CDU: Wenn die einen Platz frei haben, dann müssen sie Sie nehmen!)

Frau Strasburger, sie müssen nicht. Sie sagen dann einfach, sie seien belegt; kümmern Sie sich einmal um die Realität.

(Beifall bei der SPD)

Den letzten Punkt, Frau Blömeke, sehe ich genau wie Sie. Für die benötigten Kurzzeitplätze muss es zu klaren Regelungen kommen. Die Vertragsbasis, die Quadratmeterzahl pro Kind, die vorhanden sein muss, muss gelockert und für diese Kurzzeitplätze nach Vereinbarung überschritten werden können. Gerade wenn man die

- A Punkte zwei und drei zusammen nimmt, nämlich das Thema Datenbank und kurzfristige Vertragsüberschreitung, dann kommen wir zu einem Überblick, der helfen kann, dass auch diejenigen, die SGB-III-Maßnahmen bekommen, schnell einen Überblick erhalten und einen Platz finden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Blömeke.

Christiane Blömeke GAL:* Ich würde gerne noch ein paar Worte erwidern. Frau Strasburger, Sie sprachen von Eigeninitiative und sagten, Sie stärkten die Eigeninitiative bei den suchenden Eltern. Ich halte das wirklich für etwas vermessen. Keiner – und ich schließe mich da ein – in diesem Raum kann sich vorstellen, wie und durch welche Maschinerie diese Menschen gehen müssen, die arbeitslos sind, die Hartz-IV-Empfänger sind, die darüber hinaus noch alleinerziehend sind und wie in diesem Fall drei Kinder haben. Wenn man sich dann in der Bürgerschaft hinstellt und sagt, wir fordern einfach ein bisschen Eigeninitiative, sollen die doch einmal von Kita zu Kita gehen, dann werden sie schon einen Platz finden, dann macht mich das nicht nur wütend und traurig, sondern ich kann das gar nicht beschreiben. Es ist unsere Aufgabe – und das kann ich nur wiederholen –, gerade den arbeitslosen Menschen zur Seite zu stehen und die Möglichkeiten zu erleichtern, damit sie wieder in Arbeit kommen. Darum sitzen wir doch auch hier und es ist doch für uns alle nachher von Vorteil, wenn diese Menschen wieder in die Arbeit zurückgeführt werden.

- B (Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich weiß nicht, ob Sie mit dieser Frau persönlich gesprochen haben, ich glaube es nicht, denn ich habe gerade noch einmal mit ihr gesprochen und sie hat mit keinem von der CDU gesprochen. Aber diese Frau hat auf Intervention eines Jugendamtsmitarbeiters einen Platz in einer Kita bekommen. Dem ging aber voraus, dass sie mehrere Wochen von Kita zu Kita gezogen ist; das habe ich deutlich gesagt.

Eines noch: Wir wollen überhaupt nicht das Wahlrecht der Eltern einschränken, aber wenn so eine arbeitslose alleinerziehende Mutter oder meinetwegen auch ein alleinerziehender Vater zur ARGE kommt, dann würde es doch sehr erleichternd sein, wenn die ARGE Einblick in eine Datenbank hätte und diesen Menschen gleich sagen könnte, gehe mal zu der und der Kita, da sind freie Plätze. Diese Menschen haben einen derartigen Belastungsdruck, dass es schon manchmal schwierig und entmutigend ist, wenn sie zu zehn Kitas gehen und gesagt bekommen, es gibt keinen Platz. Dann ist es auch kein Wunder, wenn sie die Trainingsmaßnahme nicht annehmen. Das alles führt wieder dahin zurück, dass es unsere Verantwortung ist, das zu erleichtern.

Es wundert mich sehr und ich freue mich darüber, dass der Senat die Datenbank in Angriff genommen hat. Vor drei Wochen habe ich noch mit Dr. Bange über diese Datenbank gesprochen. Er fand den Gedanken interessant, hat aber gesagt, das wird sich im Moment in Hamburg nicht umsetzen lassen, es fehlen dafür auch finanzielle Mittel. Ich hatte dann gesagt, die finanziellen Mittel seien gar nicht so hoch, es gehe nur um das Zusammenführen im Internet. Vermutlich hat sich nach meinem

Anruf etwas getan, das würde ich sehr begrüßen, denn wenn Anregungen aus der Opposition aufgenommen werden, dann freue ich mich darüber. Ich kann mich aber der Empfehlung von Frau Hilgers anschließen, dann auch im Fachausschuss einmal darüber informiert zu werden, wie weit diese Datenbank ist.

C

Abschließend möchte ich sagen: Dieser Antrag ist überhaupt nicht geeignet, eine ideologische Debatte aufzumachen, so wie Sie es gemacht haben, Frau Strasburger. Hier geht es um Fakten und es geht darum, welche strukturellen Verbesserungen wir alle zusammen erreichen können. Das hat nichts Ideologisches, sondern etwas Fachliches.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist eine zunehmend größere Ablehnungsmehrheit.

Ich lasse jetzt in der Sache abstimmen. Wer möchte den GAL-Antrag aus der Drucksache 18/5724 annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das letzte war die Mehrheit, der Antrag ist somit abgelehnt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 16 auf, Drucksache 18/5760, Bericht des Haushaltsausschusses: Etablierung eines regionalen Gemeinschafts-Fonds (Community Investmentfonds) für Hamburg.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 18/4795: Etablierung eines regionalen Gemeinschafts-Fonds (Community Investmentfonds) für Hamburg (Antrag der CDU) – Drucksache 18/5760 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 18/5891 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der SPD: Regionaler Gemeinschafts-Fonds (Community Investmentfonds) für Hamburg – Drucksache 18/5891 –]

Mir wurde signalisiert, dass auf die Aussprache verzichtet werden könne. Das ist der Fall. Dann kommen wir sofort zur Abstimmung, zunächst zum SPD-Antrag aus der Drucksache 18/5891. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte sich der Empfehlung des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 18/5760 anschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einer ganzen Reihe von Stimmenthaltungen einstimmig angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 10 auf, Drucksache 18/5775, Vorlage des Rechnungshofs: Jahresbericht 2007 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2005.

[Der Präsident des Rechnungshofs der Freien und Hansestadt Hamburg:

D

A Jahresbericht 2007 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2005 – Drucksache 18/5775 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Marx hat es.

Wolfgang Marx SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Heute haben gleich zwei Fraktionen, CDU und SPD, den Rechnungshofsbericht 2007 zur Debatte angemeldet und ich bin ganz sicher, dass die GAL, wenn sie noch eine zweite Debatte frei gehabt hätte, diesen Bericht sicherlich auch angemeldet hätte.

Da ich glaube, dass alle Kolleginnen und Kollegen den Bericht schon gelesen haben oder spätestens bis zur Senatsstellungnahme lesen werden, will ich mich auf einige wenige herausragende Themen beschränken. Der entscheidende Satz im Rechnungshofsbericht kommt ganz trocken daher. Angesichts der vom Rechnungshof festgestellten und zum Teil von der Finanzbehörde anerkannten Mängel bildet die Eröffnungsbilanz die Vermögens- und Schuldenlage derzeit nicht zutreffend ab und bedarf der Korrektur. Es geht nicht um Peanuts, es geht um das ehrgeizige Prestigeprojekt des Senats, das kamerale Haushaltswesen durch die Doppik abzulösen.

B Insbesondere sind zurzeit Hafenumflächen im Wert von 1,1 Milliarden Euro bei der Hamburg Port Authority und bei der Stadt bilanziert. Insgesamt ist das Eigenkapital der Stadt in der Eröffnungsbilanz vermutlich um mehrere Milliarden Euro zu hoch kalkuliert. Ich hoffe sehr, dass sich solche Falschberechnungen nicht in den nächsten Jahren fortsetzen. Gerade in Zeiten knappen Geldes muss jede Einnahme so schnell und gründlich wie möglich erfolgen. Wir finden im Rechnungshofsbericht neben dem Dauerbrenner der Steuerverwaltung noch Themen wie Kostenbeteiligung Dritter, besonders des Bundes, die nicht rechtzeitig und nicht komplett eingefordert werden.

Die rote Laterne im Rechnungshofsbericht hat die Wissenschaftsbehörde abbekommen. Da liegt vieles im Argen, und zwar insbesondere die Abschlüsse von Hochschulen, die nach wie vor nicht, so wie es gewünscht ist, doppisch erfolgen, sondern kamerale und für die letzten Jahre auch nicht nachgefordert werden, sodass wir auf Dauer ohne doppischen Jahresabschluss zur Kenntnis nehmen müssen, was die Hochschulen gemacht haben. Das ist übrigens ein warnendes Beispiel für die zu erwartenden Umstellungsschwierigkeiten bei Einführung der Doppik. Wer wissen will, wie man es nicht machen sollte, muss sich das nur anschauen.

Ein weiterer Skandal sind die Gutachtenvergaben beim UKE. Sie entsprachen nicht den gesetzlichen Regelungen. Man muss allerdings eines anerkennen: Die Ergebnisse der Gutachten, die Zentrenbildung und der Neubau des UKE sind bislang zumindest ganz erfolgreich.

Im Fall der U 4 hat der Rechnungshof schon vor Baubeginn geprüft, sodass die Stadt hier wahrscheinlich einige Millionen Euro einsparen kann. Allerdings hält sich der Rechnungshof aus dem politischen Konflikt vornehm zurück,

(Barbara Ahrons CDU: Ist auch nicht seine Aufgabe!)

wie viel man einsparen würde, wenn man auf die U 4 gänzlich verzichten würde.

Insgesamt verfolgt der Rechnungshof einen aus meiner Sicht sehr sinnvollen Ansatz. Es werden wie bisher die Fachbehörden geprüft, aber die Fachprüfungen werden zu Querschnittsthemen zusammengefasst und auch als Querschnittuntersuchung dargestellt.

Zum Schluss möchte ich im Namen meiner Fraktion und hoffentlich im Namen des ganzen Hauses dem Rechnungshof und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit danken.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Ahrons.

Barbara Ahrons CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jedes Jahr legt uns der Rechnungshof mit seinem Jahresbericht einen wichtigen qualifizierten Bericht über die korrekte Verwendung von Steuergeldern vor, der unverzichtbar für die parlamentarische Kontrolle der Verwaltung und für unsere Vorbereitungen für die jährliche Haushaltsberatung ist. Wir haben den verfassungsrechtlichen Auftrag, mit den uns zu treuen Händen überlassenen Geldern verantwortungsvoll und wirtschaftlich umzugehen. Der Bericht des Rechnungshofs gibt uns dabei ein wichtiges Werkzeug an die Hand, um dieser verantwortungsvollen Aufgabe auch nachkommen zu können.

Die Zeiten, in denen die sozialdemokratisch geführte Hansestadt sich den Feststellungen des Rechnungshofs verweigerte beziehungsweise sich den Problemen und möglichen Lösungen nicht stellen wollte, sind zum Glück vorbei.

(Ingo Egloff SPD: Ja, wer hat denn den gegründet?)

Heute werden diese Feststellungen von der CDU-Bürgerschaftsfraktion und vom Senat sehr geschätzt und blockade- und reflexartige Rechtfertigung sind einem konstruktiven Dialog gewichen.

(Beifall bei der CDU)

Mein besonderer Dank gilt natürlich an dieser Stelle dem Kollegium des Rechnungshofs unter der Leitung des Präsidenten Dr. Jan Meyer-Abich, der mit seiner Arbeit dafür sorgt, dass wir im Parlament unsere Kontrollfunktion ausüben können. Wir erhalten durch die Arbeit des Rechnungshofs wichtige Informationen über die allgemeine Haushaltsführung und notwendige Ermahnungen dort, wo es für die Politik gilt, richtige Weichenstellungen und Veränderungen vorzunehmen. Dabei geht es nicht nur darum, Steuerverschwendung aufzuspüren und zu verhindern, sondern gemeinsam mit den Verwaltungseinheiten Wege zu finden, wie die Steuergelder effektiver verwendet werden können.

Die SPD hatte uns nach jahrzehntelanger Misswirtschaft eine Rekordverschuldung von 22 Milliarden Euro hinterlassen und trotz vieler Mahnungen des Rechnungshofs stieg der Schuldenberg von Jahr zu Jahr zu immer neuen Rekordhöhen. Erst seit dem Regierungswechsel im Sep-

- A tember 2001 ist Hamburg wieder auf dem richtigen Weg zu einem soliden Haushalt.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Bisher haben Sie noch weiter gesteigert!)

Das wird uns auch in diesem Jahr wieder vom Rechnungshof ausdrücklich bestätigt. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion und der Senat arbeiten intensiv und mit Erfolg daran, bis 2012 beziehungsweise 2013 einen ausgeglichenen Betriebshaushalt inklusive der Investitionsausgaben zu erreichen und die jährliche Neuverschuldung zu reduzieren. Wie wichtig der CDU der Ausstieg aus der Verschuldung ist, zeigt allein schon unser Antrag für eine nachhaltige Haushaltspolitik mit der Forderung, die Neuverschuldung zu beenden und das Vermögen für die nachfolgenden Generationen besser zu sichern.

Schon jetzt gehört Hamburg zu den wenigen Bundesländern, die in den letzten Jahren einen verfassungskonformen Haushalt vorgelegt haben. Seit 2003 hat der CDU-Senat die Neuverschuldung jährlich um mindestens 50 Millionen Euro zurückgeführt. Der Rechnungshof hat die Arbeit des Senats und der CDU-Fraktion daher folgerichtig gelobt und in seiner Pressekonferenz zum Jahresbericht mit dem Prädikat eines bahnbrechenden Fortschritts ausgezeichnet. Allerdings weist er auch darauf hin, dass ein dauerhafter Erfolg nur dann möglich ist, wenn wir eine jährliche Absenkung der Neuverschuldung von 100 Millionen Euro erreichen.

Zudem begrüßt der Rechnungshof ausdrücklich, dass der Senat es auf Anregung der Bürgerschaft innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums von drei Jahren geschafft hat, für Hamburg als erstem Bundesland in Deutschland eine Eröffnungsbilanz vorzulegen, die erstmalig den Vermögensstand der Stadt erfasst.

B

(*Doris Mandel SPD*: Und dann noch falsch!)

Dadurch werden wir mit jedem Jahresabschluss in der Lage sein, die Entwicklung des Ressourcenverbrauchs und der Vermögenslage zu verfolgen. Natürlich bringt ein Pilotprojekt dieser Größenordnung Diskussions- und Korrekturbedarf bei der Bewertung und dem Ansatz von Bilanzpositionen mit sich. Ich gehe aber davon aus, dass der Rechnungshof mit der Finanzbehörde zusammen zeitnah eine Einigung über die noch offenen Punkte treffen wird.

Insgesamt wurde festgestellt, dass die Hansestadt im Berichtsjahr 2005 bei einem Haushaltsvolumen von rund 10 Milliarden Euro das Unternehmen Hamburg ordentlich geführt hat. Der Rechnungshof hat vermeidbare Ausgaben in Höhe von 25 Millionen Euro und nicht realisierte Einnahmen von rund 50 Millionen Euro festgestellt. Das ist knapp 1 Prozent des gesamten Haushaltsvolumens.

Trotzdem passieren natürlich da, wo Menschen arbeiten, auch Fehler, was dazu führt, dass mögliche Einnahmen nicht korrekt geltend gemacht werden beziehungsweise unwirtschaftliche Ausgaben getätigt werden. Hier gibt es also absoluten Verbesserungsbedarf. Obwohl in den Jahresberichten oftmals von spektakulären Einzelfällen zu lesen ist, ist eine generelle Verschwendung von öffentlichen Mitteln im Jahre 2005 nicht erkennbar und wird vom Rechnungshof auch nicht unterstellt.

Dennoch werden wir im parlamentarischen Verfahren in den nächsten Monaten genau prüfen, wo und wie die Mittel effizienter eingesetzt werden können. Dabei fehlt,

wie der Rechnungshof richtigerweise festgestellt hat, zum Beispiel ein Konzept für Ausnahmen bei den Parkuhren und Parkscheinautomaten, deren Einnahmen statt 7,5 Millionen Euro 43 Millionen Euro betragen könnten, wobei mir natürlich sofort der Gedanke an eine unternehmerische Parkraumbewirtschaftung kommt; das ist ja logisch.

C

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Steuerpächter!)

Der Rechnungshof stellt auch immer wieder fest, dass notwendige Wirtschaftlichkeitsprüfungen und Erfolgskontrollen in den zuständigen Behörden nicht durchgeführt werden, wodurch es zu absolut unnötigen Mehrausgaben beziehungsweise Mindereinnahmen kommt. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Zudem macht der Rechnungshof sehr deutlich, dass es erhebliche Verhaltensmängel der Verwaltung gegenüber der Bürgerschaft gibt und – ich sage nur, alle Jahre wieder – zum Beispiel Verstöße gegen das Budgetrechts des Parlaments, unzutreffende oder ungenaue Informationen über Projektkosten, nicht eingehaltene Informationspflichten sowie nicht eingehaltene Zusagen über Umsetzungsmaßnahmen in der Verwaltung. Das alles werden wir im Unterausschuss für Rechnungsprüfung genau nachprüfen, diskutieren und dann hoffentlich mit einem guten Ergebnis Ihnen wieder vorstellen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Dann gebe ich das Wort der Abgeordneten Dr. Lappe.

Dr. Verena Lappe GAL: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Meyer-Abich! Der Rechnungshof hat wieder zugeschlagen und uns erneut sehr drastisch dargelegt, wo es fahrlässigen Umgang mit öffentlichen Mitteln im Haushalt vor allem bei den Ausgaben gibt. Dafür gilt unser Dank, denn ohne die Arbeit des Rechnungshofs könnten wir als Parlament unserer Kontrollaufgabe der staatlichen Haushalts- und Wirtschaftsführung überhaupt nicht nachkommen.

D

Im Detail werden wir die Dinge, die der Rechnungshof offengelegt hat, im Rechnungsprüfungsausschuss verhandeln und wir erwarten auch noch die Stellungnahme des Senats zum Rechnungshofsbericht. Die Details sollten im Anschluss an diese Diskussion eher im Rechnungsprüfungsausschuss diskutiert werden.

Dennoch lohnt es, sich einige Punkte hier noch einmal genauer anzugucken. Der erste Punkt betrifft die Verschuldungsbegrenzung, die der Rechnungshof schon seit vielen Jahren anmahnt und nicht nur der Hamburger Rechnungshof, sondern auch die anderen Rechnungshöfe der Bundesländer und auch der Bundesrechnungshof. Bemerkenswert ist zum jetzigen Zeitpunkt, dass der stete Tropfen nun endlich den Stein gehöhlt hat und tatsächlich Bewegung in dieses Thema gekommen ist. Wir haben im Haushaltsausschuss Anträge von der CDU- und der SPD-Fraktion vorliegen. Von uns liegt derzeit keiner vor, aber unsere ehemalige Kollegin Anja Hajduk hat auf Bundesebene einen Antrag zur Schweizer Schuldenbremse für den Bundeshaushalt eingebracht. Wir sind uns in der Auffassung, dass es notwendig ist, diese Verschuldungsbremse einzuführen, inzwischen doch recht nahe gekommen. Der Rechnungshof hat sicherlich wichtige Arbeit geleistet, dass es diesen Umdenkungsprozess in der Politik und im Parlament gegeben hat.

A Ich bin auch optimistisch, dass wir im Haushaltsausschuss eine Lösung finden werden. Es gibt leichte Unterschiede in den Auffassungen der Fraktionen. Der Hamburger Haushalt wird zurzeit auf die kaufmännische Buchführung umgestellt. Die Doppik ist eingeführt und man müsste dann auch bei der Verschuldungsbremse gucken, ob es nicht sinnvoller wäre, ein Verbot des Vermögensverzehr einzuführen, weil das in Zukunft ein zentraler Indikator der Bewertung der öffentlichen Haushaltsführung sein wird. Ich bin optimistisch, dass wir eine Lösung finden werden und alleine dafür hat sich schon die Arbeit des Rechnungshofs gelohnt.

Die Doppik ist auch ein Thema, bei dem wir anerkennen, dass der Senat eine gute Initiative eingeleitet hat. Allerdings hat sich nun – darauf hat Herr Marx auch schon hingewiesen – seitens des Rechnungshofs eine Reihe von kritischen Punkten bei der Aufstellung der Eröffnungsbilanz ergeben. Mir ist es noch nicht gelungen, jetzt schon zu bewerten, was bei der Bilanz im Endeffekt herauskommt, wenn die Dinge, die der Rechnungshof kritisiert hat, umgesetzt werden. Das werden wir uns im Rechnungsprüfungsausschuss genau anschauen. Auf jeden Fall geht das für das öffentliche Haushaltswesen in die richtige Richtung.

Ich bin darüber hinaus auch gespannt, wenn wir die Bilanz zum 1. Januar 2007 bekommen, wie sich der Vermögensverzehr Hamburgs darstellen wird, aber das möchte ich im Moment noch nicht bewerten und beurteilen, das werden wir aber im Laufe des Jahres sehen.

Sehr kritisch ist anzumerken, worauf der Rechnungshof zum wiederholten Male hinweist. Frau Ahrons stellt immer gerne die andere Seite dar, dass der Senat auf Konsolidierung aus sei und alles dafür tun werde. Der Rechnungshofsbericht zeigt deutlich, dass das eben nicht der Fall ist, sondern es auch dieses Mal wieder bei der Aufstellung des Haushalts 2007/2008 in Bezug auf die Konsolidierungsabsichten erhebliche Defizite gegeben hat. Es werden jedes Jahr weiterhin Zinszahlungen über 1 Milliarde Euro fällig; das sind gut 10 Prozent des Gesamthaushalts. Die Ausgaben zwischen 2007 und 2010 steigen um weitere 2 Milliarden Euro auf insgesamt knapp 30 Milliarden Euro und im selben Zeitraum sollen weitere 1,8 Milliarden Euro an Vermögen mobilisiert werden. Die jährlichen Ausgabensteigerungen sind mit durchschnittlich 2 Prozent doppelt so hoch wie vom Finanzplanungsrat bundeseinheitlich vorgegeben. Der Handlungsspielraum des Haushalts verringert sich auch durch den wieder ansteigenden Anteil der Zinszahlungen.

Das sind genügend Gründe, um zumindest einige Ihrer Äußerungen, die Sie redundant immer wiederholen, der Senat stehe für Konsolidierung, zu widerlegen. Hundertprozentig stimmt das eben nicht. Es gibt Dinge, die Sie sicherlich bei Ihrer Haushaltsführung gut gemacht haben, aber es gibt eben auch welche, die deutlich hinter dem, was man unter Konsolidierung verstehen muss, zurückliegen. Das muss an dieser Stelle auch deutlich gesagt werden.

Vor diesem Hintergrund ist es natürlich auch interessant, sich einige Detailkritiken genauer anzuschauen, die offenbar eher einer übertriebenen Prestige- und Ideologieorientierung zuzuschreiben sind. Ich denke dabei insbesondere an die unnötigen Ausgaben bei der U 4 in die HafenCity, wo Gott sei Dank der Rechnungshof noch rechtzeitig eingegriffen und 9 Milliarden Euro unnötige Ausgaben verhindert hat. Dafür gebührt ihm ganz beson-

derer Dank und ich hoffe, dass diese 9 Milliarden Euro nicht für irgendetwas anderes Unsinniges in dem Bereich ausgegeben worden sind, sondern tatsächlich als Einsparungen bei diesem Projekt zu verzeichnen sind.

Das Dulden des Überziehens von Parkuhren in einem katastrophalen Ausmaß und der Bau überdimensionaler Parkhäuser in Rahlstedt und Poppenbüttel zählen auch dazu. Sie zeigen, dass es teuer wird, wenn man nur durch die Windschutzscheibe auf die Stadt blickt. Ein Tunnelblick kostet eben und wir werden im Rechnungsprüfungsausschuss am weiteren Abbau desselben arbeiten. Vielleicht ergeben sich irgendwann Bewegungen, wie sie jetzt bei der Verschuldungsbegrenzung erkennbar werden. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/5775 an den Haushaltsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 24, Drucksache 18/5780, Bericht des Sonderausschusses Verwaltungsreform: Entwurf eines Gesetzes zur Bestimmung der Ortsteilgrenzen des Stadtteils Sternschanze.

[Bericht des Sonderausschusses Verwaltungsreform über die Drucksache 18/5545: Entwurf eines Gesetzes zur Bestimmung der Ortsteilgrenzen des Stadtteils Sternschanze (Senatsantrag) – Drucksache 18/5780 –]

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung an und möchte das Gesetz zur Bestimmung der Ortsteilgrenzen des Stadtteils Sternschanze aus Drucksache 18/5545 annehmen?

(Zuruf von der GAL)

Ich weise darauf hin, dass der Abgeordnete Müller angekündigt hat, er wolle zum nächsten Tagesordnungspunkt nach Paragraph 26 Absatz 4 sprechen. Er kann es auch jetzt tun, aber dann würde ich zur Sache verweisen müssen.

(Zuruf von der GAL)

Herr Dr. Steffen, Sie möchten sich melden, darf ich fragen wozu? Nach Paragraph 26 Absatz 6? – Sie haben das Wort.

Dr. Till Steffen GAL:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! In der Tat muss man diese beiden Drucksachen in engem Zusammenhang sehen. Deswegen kam jetzt hier kurz eine kleine Verwirrung auf.

Ich will etwas sagen zur Drucksache, die sich mit der Änderung der Stadtteil- und Bezirksgrenzen im Schanzenviertel befasst, was wir unter Tagesordnungspunkt 24 beraten. Jenes Gesetz ist ausführlich in einer öffentlichen Anhörung beraten worden. Allerdings hat zu dieser Ausführlichkeit inhaltlich die CDU nichts beigetragen. Auch vor diesem Hintergrund finde ich es sehr sonderbar, wenn Sie hier durch Geschäftsordnungstricks

C

D

A (Bernd Reinert CDU: Nicht Tricks, sondern ordnungsgemäße Anwendung!)

eine solche spezielle Abstimmung ohne Aussprache am Mittwoch durchdrücken. Es wäre Ihnen ein Leichtes gewesen, das heute zur Debatte anzumelden, dann hätte die Tagesordnung nicht extra geändert werden müssen.

(Bernd Reinert CDU: Sie hätten es auch anmelden können, wenn es Ihnen so wichtig war!)

Es ist Ihr Gesetz, das Sie unbedingt durchsetzen wollen. Es ist nicht unser Anliegen, dieses Gesetz zu beschließen. Die Zurückhaltung an dieser Stelle vor dem Hintergrund des Verhaltens bei der öffentlichen Anhörung ist auch interessant. Dort waren eine Reihe von Bürgerinnen und Bürgern anwesend, die eindringlich in Richtung CDU gefragt haben, wozu diese Grenzänderung im Schanzenviertel eigentlich gut sein soll. Wir haben einen Entwurf vorliegen, der heute in erster Lesung beschlossen werden soll, durch den bizarre Grenzen im Schanzenviertel geschaffen werden sollen, Grenzen, die noch mehr Probleme schaffen bei der Abstimmung zwischen den verschiedenen Bezirken.

Wenn das Grundargument richtig ist, dass es einen Bedarf gebe, etwas zu ändern, weil die Zusammenarbeit zwischen den Bezirken so kompliziert sei, dann haben Sie das Argument geliefert, warum das künftig noch einmal geändert werden muss, denn die zukünftige Zusammenarbeit ist noch schwieriger geworden. Die Bürgerinnen und Bürger haben zu Recht gefragt, was eigentlich diese ganze Sache soll und Sie sind die Antwort schuldig geblieben. Auch heute haben Sie diese Debatte nicht gesucht. Wir haben immerhin die öffentliche Anhörung mit der SPD zusammen durchgesetzt und dafür gesorgt, dass die Bürgerinnen und Bürger überhaupt zu Wort kommen und Sie versuchen, diese Angelegenheit hier durchzudrücken. Ich finde das keinen guten Stil.

B

(Beifall bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung an und möchte das Gesetz zur Bestimmung der Ortsteilgrenzen des Stadtteils Sternschanze aus der Drucksache 18/5545 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so in erster Lesung beschlossen.

Stimmt der Senat der vorgesehenen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Ich sehe Widerspruch aus dem Hause, der angekündigt war. Dann wird die zweite Lesung in der morgigen Sitzung durchgeführt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 33, Drucksache 18/5717, Antrag der CDU-Fraktion: Empfehlung der Wahlkreis-Kommission zur Wahlkreiseinteilung.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Empfehlung der Wahlkreis-Kommission zur
Wahlkreiseinteilung – Drucksache 18/5717 –]**

Mir ist mitgeteilt worden und Herr Müller macht es jetzt wahr, dass er nach Paragraph 26 Absatz 6 das Wort wünscht. Er hat es.

Farid Müller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es steht wieder eine strittige Entscheidung in Sachen Demokratie an und wieder einmal versuchen Sie, diese Entscheidung gegen den Willen der Opposition durchzudrücken.

C

(Harald Krüger CDU: Das ist bei Mehrheiten so!)

Ich sage Ihnen, Wahlkreisgrenzen gehen nicht nur die CDU etwas an. Wahlkreisgrenzen ist eine Angelegenheit der Demokratie und wir als Opposition hätten es vorgezogen, diese Entscheidung hier im Konsens gefällt zu haben.

(Wolfhard Ploog CDU: Sie können ja zustimmen!)

Das lehnen Sie ab, obwohl Sie die Debatte zuerst angemeldet, dann wieder zurückgezogen haben und heute mit einem Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung bringen wollen.

(Zuruf von der CDU)

– Doch, diese Debatte war angemeldet und ist wieder zurückgezogen worden.

(Bernd Reinert CDU: Dann wissen Sie mehr als unser Fraktionsvorstand!)

Sie wollten heute auf alle Fälle die erste Lesung durchführen, was auch geschehen wird. Ich bin der Meinung, dass das auch ein Zeichen für uns und die Öffentlichkeit ist, dass Sie hinsichtlich dessen, was Sie hier heute beschließen wollen, ein äußerst schlechtes Gewissen haben.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

D

Sie verweisen auf eine Empfehlung der Wahlkreis-Kommission und versuchen sich so, den Mantel der Legitimität zu verpassen.

Im Verfassungsausschuss sind berechtigte und substantielle Bedenken hinsichtlich dieser Empfehlung aufgetreten. Ich bin der Meinung, dass wir Abgeordnete nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht haben, Empfehlungen, die uns gegeben werden, auch zu prüfen und ernst zu nehmen. Das habe ich bei Ihnen ernsthaft vermisst.

Wenn es bei der Abwägung hinsichtlich der Empfehlung einer Kommission, die wir eingesetzt haben, dazu kommt, dass wir unsere Zweifel haben, dann müssen Sie auch handeln. Dann wäre es auch richtig gewesen, wenn wir die Zweifel, die im Übrigen nicht nur aus der Opposition kommen, gemeinsam zu einem vernünftigen Vorschlag für die Wahlkreisgrenzen zusammengefasst hätten. Das ist leider nicht geschehen. Für diejenigen, die sich hiermit nicht so beschäftigt haben, will ich ganz konkret erklären, wozu es hier eigentlich geht.

Es geht eigentlich um zwei Gebiete. Zum einen haben wir die Wahlkreise in Harburg. Hier werden zwei Stadtteile ohne Not einfach in der Mitte durchtrennt. Ein Blick in das Wahlgesetz zeigt uns, dass das nur im äußersten Ausnahmefall geschehen darf.

(Bernd Reinert CDU: Das steht da so nicht drin!)

– Das steht dort so geschrieben. Lesen Sie das doch einmal, Herr Reinert. Offenbar lesen Sie Ihre eigenen Gesetze nicht. Das ist sehr traurig.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

- A Aber wenn Sie und auch die Wahlkreiscommission einen Ausnahmefall konstatieren, dann muss das sehr gut begründet sein. Die Begründung taugt aber nichts, behauptete ich einfach mal.

(Zurufe von der CDU)

– Nun seien Sie doch einmal ruhig und hören sich die Argumentation an.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Sie haben ja keine Argumente!
– *Wolfhard Ploog CDU*: Das ist ja nicht auszuhalten!)

Sie taugt deshalb nicht, weil das Argument falsch ist, dass es unbedingt zwei gleichgroße Wahlkreise sein müssen. Gerade in diesem Wahlrecht ist es vorgesehen, unterschiedliche Größen von Wahlkreisen zu haben. Daher ist die Erklärung, dass die Wahlkreise alle gleich sein müssen, Nonsense und wir sehen hier eher ein vorgeschobenes Argument.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Jedenfalls ist das kein Argument, was einen solchen Fall rechtfertigen würde.

Jetzt kommen wir zu Hamburg-Mitte. Und in Mitte haben wir die Situation, dass Sie die Wahlkreise gern in einen Nord- und in einen Südbereich schneiden wollen.

(Zuruf von der CDU: Die SPD auch!)

- B Und wir haben zu Recht gesagt – und das ist sowohl vor der Wahlkreiscommission, als auch vor diesem Parlament durchaus angeklungen –, dass bei der Zuschneidung der Wahlkreise auch zu berücksichtigen ist, wie die zukünftige Bevölkerungsentwicklung in diesen Stadtteilen ist, weil es nicht dazu kommen darf, dass Wahlkreise irgendwann abrupt ganz anders aussehen. Das macht weder für die Bürgerinnen und Bürger noch für die Abgeordneten, die sie vertreten sollen, Sinn.

Diese Gefahr ist aber vorhanden. Wir reden hier gern – und Sie insbesondere – von der HafenCity, weil Sie diese offenbar für sich gepachtet haben.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Die gehört doch gar nicht zur Sternschanze!)

Wir wissen ganz genau, die Wohnungen sind in Bau und werden teilweise schon bezogen. In einigen Jahren werden wir dort mehr als 10 000 neue Einwohnerinnen und Einwohner haben. Das bedeutet, dass die Wahlkreise von keinem langen Bestand sind.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist auch nicht mehr von Bestand.

Farid Müller (fortfahrend): Ich komme zum Ende. – Beides zeigt, dass Sie hier nicht mit Weitsicht gehandelt haben, sondern an sich nur nach Ihren parteipolitischen Interessen. Aus meiner Sicht schadet das der Demokratie ganz enorm. Ich hoffe, dass wir in der Lage sind, diesen Irrweg, den Sie hier jetzt bauen, noch zu beenden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Olaf Ohlsen CDU*: Das werden wir nicht!)

Präsident Berndt Röder: Der Abgeordnete Voet van Vormizeele hat das Wort.

Kai Voet van Vormizeele CDU:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der einen oder anderen Behauptung sollte man vielleicht noch einmal das eine oder andere richtigstellen.

Fangen wir einmal mit diesen etwas eigenartigen Behauptungen zum Geschäftsordnungstrick, den wir hier angewandt haben, an. Ich stelle in aller Ruhe fest, dass der Beschluss ganz normal mit einer Geschäftsmehrheit gefasst worden ist, so wie unsere Geschäftsordnung das vorsieht, und nichts anderes. Das sind keine Tricks oder Ähnliches.

(Lachen bei der GAL – Beifall bei der CDU)

Allerdings, liebe Kollegen von der GAL, was den Begriff der Tricks anbelangt, müssen Sie sich auch noch einmal anhören, dass wir schon seit Wochen in diesem Verfahren stecken. Wir haben wochenlang miteinander gesprochen und haben Ihnen bei den Terminen unglaublich viele Zugeständnisse gemacht. Wir haben auf Ihre Bitten hin Termine verlegt, sonst wären wir viel früher fertig gewesen. Sie haben teilweise sehr lange auf den Protokollen gesessen, damit wir hier ja nicht debattieren können. Wenn also irgendeiner in diesem Hause die Beschlussfassung über diese beiden Gesetze, über die wir jetzt hier letztendlich noch gemeinsam reden, mit Geschäftsordnungstricks verhindert hat, liebe Kollegen der GAL, dann sind Sie es.

(Beifall bei der CDU)

D Lassen Sie mich ein kurzes Wort zu den Massen der Bürger in den Anhörungen sagen, die mich wirklich beeindruckt haben. Wir haben sowohl bei den Stadtteilgrenzen, als auch bei den Wahlgrenzen auf Antrag von SPD und GAL öffentliche Anhörungen durchgeführt, die sich jeder hätte mal zu Gemüte führen müssen. Dort sind nämlich nacheinander sämtliche Funktionäre von SPD und GAL aus den jeweiligen Stadtteilen aufgetaucht, meldeten sich mit Stimmzetteln und schrieben darauf, dass sie der SPD-Kreisvorsitzender aus Harburg oder der SPD-Distriktsvorsitzender aus Harburg wären beziehungsweise für die GAL in irgendeinem Ausschuss sitzen, um für die Bürger folgende Meinung zu erklären. Also ehrlich gesagt, eine mehr getürkte öffentliche Anhörung als diese Veranstaltung habe ich in diesem Hause noch nie erlebt.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der GAL)

Jetzt kommen wir zu den angeblich undemokratischen Anträgen, die wir hier heute vorgelegt haben. Liebe Kollegen von der SPD und gerade von der GAL, Sie können sich gern weiter aufregen, aber Sie werden sich das wohl noch anhören müssen.

Die Tatsache ist, dass wir durch das Wahlgesetz, das Mehr Demokratie im Volksentscheid zur Abstimmung gestellt hat, die Einführung einer unabhängigen Wahlkreiscommission erlebt haben. Diese Kommission ist dafür zuständig, Wahlkreisgrenzen vorzuschlagen, was sie gemacht hat, indem sie in einem Bericht an den Verfassungsausschuss einen solchen Vorschlag unterbreitet hat.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Unerhört!)

- A Exakt diesen Vorschlag, wortgleich ohne eine einzige Kommaänderung, haben wir heute der Bürgerschaft zur Abstimmung vorgelegt. Das ist kein Vorschlag seitens der CDU, liebe Kollegen der Opposition, sondern ein Vorschlag der unabhängigen Wahlkreiskommission, die Sie und nicht wir eingeführt haben. Hiermit werden Sie leben müssen.

(Beifall bei der CDU – *Christian Maaß GAL*: So was von unabhängig!)

Ein letztes Wort noch zu den Zuschneidungen und die daraus resultierenden Vorteile zugunsten der CDU. Liebe Kollegen von SPD und GAL, ich finde Ihre Argumentation schon recht abenteuerlich. Das Gegenargument von Ihnen ist doch, dass Sie andere Zuschnitte haben möchten, die für Sie von Vorteil sind. Wo ist denn dort bitte schön die größere Rechtfertigung? Hier haben Sie eine Kommission gehabt, die nach klar festgelegten Maßstäben eine Empfehlung gegeben hat und diese Empfehlung setzten wir jetzt um. Genau das ist Demokratie. Das war Ihr eigener Vorschlag und ist dem Bürger gegenüber auch fair. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Dann bekommt das Wort der Abgeordnete Schulz.

Rüdiger Schulz SPD: Das ist in der Tat ein bemerkenswerter Vorgang, über den wir heute Abend reden. Meine Damen und Herren von der CDU, die gute demokratische Tradition, bestimmte Fragen des Wahlverfahrens beziehungsweise der Wahlgesetze aus dem Parteienstreit herauszuhalten, um möglichst im Konsens nach einer Lösung zu suchen, haben Sie vor mehreren Monaten bewusst aufgekündigt, und zwar genau in dem Moment, als Sie daran gegangen sind, das Wahlrecht, das die Hamburgerinnen und Hamburger sich selbst gegeben haben, in weiten Teilen in das genaue Gegenteil zu verändern.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Harald Krüger CDU*: Na, da wäre ich ja vorsichtig!)

Heute verfahren Sie nach dem Motto: "Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich gänzlich ungeniert" und steigen sogar in die Niederungen der Manipulation von Wahlkreisgrenzen ein.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Dr. Andreas Mattner CDU*: Ganz ungeschickt!)

Was ist denn in Harburg eigentlich konkret passiert? Ihr Bezirksverwaltungsgesetz hat dazu geführt, dass der Stadtteil Wilhelmsburg aus dem Bezirksamt Harburg herausgeschlagen worden ist. Das Kompensationsgeschäft mit Finkenwerder hat nicht geklappt. Dort war unter anderem ein "toller Hecht" davor.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Oh, oh!)

Die Wahlkreisgrenzen in Harburg mussten zwingend neu zugeschnitten werden. Die Wahlkreiskommission führt das aus, was ihre Aufgabe ist. Sie legt einen Entwurf vor, den Sie im Übrigen auch kennen. Das haben Sie vorhin etwas ungenau dargestellt. Der erste Entwurf der Wahlkreiskommission sieht vor, den Stadtteil Heimfeld geschlossen aus Harburg herauszunehmen und nach Süderelbe herüberzugeben. Das ist der erste Akt der Wahlkreiskommission.

(*Bernd Reinert CDU*: Nicht der Kommission! – *Hans-Detlef Rook CDU*: Bei der Wahrheit bleiben!)

C

Daraufhin betritt der Kreisvorsitzende der CDU aus Harburg die Bühne. Er stellt mit einem Blick auf die Landkarte – wahrscheinlich aber eher mit dem ersten Blick auf die Ergebnisse der Wahllokale – fest, dass es ein anderes Verfahren geben könnte, nämlich die ganzen Einzelhausgebiete des Stadtteils Heimfeld und Eißendorf dem Wahlkreis Süderelbe und diejenigen Gebiete mit der verdichteten Bebauung des sozialen Wohnungsbaus mit den drei- bis viergeschossigen Gebäuden dem Wahlkreis Harburg zuzuschlagen. Bis dahin noch Demokrat, macht Herr Fischer das, was sich gehört und spricht mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD und mit dem Vorsitzenden der GAL in der Bezirksversammlung. Er bekommt kurz, knapp und präzise eine Antwort: Diesen Schwachsinn, diese Manipulation mit uns nicht! Das war das Ergebnis des Gespräches des Fraktionsvorsitzenden der CDU in der Bezirksversammlung mit den beiden anderen Herren.

Eine Woche später, oh Wunder, taucht in der Vorlage der Wahlkreiskommission dieser zweite Vorschlag mit dem Zusatz auf – das haben Sie in der Tat völlig korrekt beschrieben –, dass besondere örtliche Bedingungen es rechtfertigen könnten, zwei Ortsteile zu durchschneiden. Der Harburger Bezirksamtsleiter, ein ehemaliger bekannter CDU-Bezirksabgeordneter, stellt in seiner Stellungnahme fest, dass diese Bedingungen hier vorliegen. Man liest verzweifelt das Papier und sucht immer nach diesen besonderen örtlichen Bedingungen. Aber es wird keine einzige genannt, auch nicht bei der öffentlichen Anhörung. Ihnen ist auch bis heute nicht eine einzige örtliche Bedingung eingefallen, die das rechtfertigen würde, sonst hätten Sie diese irgendwann einmal genannt.

D

(*Bernd Reinert CDU*: Die es in Ihren Augen rechtfertigen würde; objektiv ist sie gerechtfertigt!)

Es ist nur theoretisch möglich und daher machen Sie davon Gebrauch. So weit, so schlecht. Das eigentlich Beschämende hierbei ist, dass dieser Kreisvorsitzende eine ziemliche Chuzpe besitzt. Das Vorhaben an sich ist schon ein Ding, aber er hat auch noch den Glauben, dass Sie, meine Damen und Herren von der CDU, das mitmachen würden. Was für ein Bild hat er eigentlich von Ihnen, das ihn bestärkt, dass eine solche Unverschämtheit von Ihnen glatt durchgewinkt wird?

(*Wolfgang Ploog CDU*: Halten Sie sich mal etwas zurück da vorne!)

Finden Sie das angemessen, was Ihr persönliches Selbstwertgefühl angeht?

(*Frank-Thorsten Schira CDU*: Unglaublich!)

Nun kennen Sie diesen Herrn genauso gut wie ich.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Wer im Glashaus sitzt! – Unmutsäußerungen bei der CDU)

– Wenn Sie noch ein bisschen weiter schreien, fange ich an, ein paar Zitate vorzulesen, damit sich alle hier ein Bild machen können. Wollen Sie das wirklich? Soll ich die Zitate dieses Herrn beispielsweise über den Ersten Bürgermeister vorlesen? – Nein, die waren so deprimierend, die fasse ich nicht an.

- A Die Manipulation ist eindeutig erkennbar und das wissen Sie auch. Aber, dass Sie nicht den Mumm haben, diesen Mann in seine Schranken zu verweisen, ist das eigentlich Deprimierende an dem heutigen Abend.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Jetzt habe ich noch zwei Wortmeldungen aus dem Bereich der GAL. Die Fraktionsführung müsste mir nur aufgeben, welche von den beiden Wortmeldungen jetzt in Betracht kommt. – Der Abgeordnete Dr. Steffen hat das Wort.

Dr. Till Steffen GAL:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Schulz hat diesen Vorgang soeben sehr anschaulich dargestellt, der in den USA jury-mandering genannt wird, also das Zurechtschneiden von Wahlkreisen, wahllokalgenau oder noch kleinteiliger, sodass es für die Lebensräume in der Stadt überhaupt gar keinen Sinn mehr macht, sondern nur noch die Interessen einer einzelnen Partei beinhaltet. Mich erschreckt, dass Sie, nachdem Sie diesen Schritt gegangen sind, um das Wahlgesetz nach Ihren parteiinternen Bedürfnissen zurechtschneiden, jetzt auch noch die Wahlkreise so zurechtschneiden.

(Dr. Willfried Maier GAL: Das ist der Schutz des schwarzen Wachtelkönigs!)

Herr Voet van Vormizeele, Ihre Ausführung über die Bürgerinnen und Bürger, die zu diesen Anhörungen gekommen sind, ist eine Frechheit gegenüber diesen Menschen.

- B (Beifall bei der GAL und der SPD)

So sollte die Bürgerschaft nicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern auftreten.

Wenn Sie kritisieren, dass beispielsweise zu der Anhörung hinsichtlich der Grenzänderung im Schanzenviertel, die die Grundlage für die Änderung der Wahlkreisgrenzen ist, so wenige Bürgerinnen und Bürger anwesend waren, so frage ich Sie als Vorsitzenden dieses Ausschusses, warum man eine solche Anhörung eigentlich nicht im Schanzenviertel durchführt hat. Warum geht man nicht zu den Bürgerinnen und Bürgern? Da es seinerzeit keinen freien Raum im Rathaus gab, ist man in die Handwerkskammer ausgewichen. Aber in das Schanzenviertel zu gehen, kommt natürlich nicht in Frage.

Jetzt noch ein Wort zu Ihrem Vorwurf, dass wir das Verfahren verzögert hätten. Sie haben zunächst selbst keine Termine für diesen Ausschuss angesetzt, obwohl Sie wussten, dass die Drucksache kommen würde. Ihr Vorschlag für die öffentliche Anhörung war zunächst zu einem Zeitpunkt, als Haushalts-, Kultur- und Stadtentwicklungsausschuss über die Elbphilharmonie beraten sollten. Es liegt nun wirklich auf der Hand, dass dort viele andere Abgeordnete eingebunden sind. Und dass der Vorschlag in dieser Art und Weise mit den parlamentarischen Gepflogenheiten nicht in Einklang zu bringen ist, sollten Sie auch akzeptieren. Und Sie sollten jetzt nicht so tun, als wäre das unser Problem gewesen.

Es gibt überhaupt keine Eile in dieser Angelegenheit. Das ist Ihr Problem. Das Verfassungsgericht wird Ende April, möglicherweise auch erst im Laufe des Monats Mai sein Urteil verkünden, ob die von Ihnen durchgezogene Änderung des vom Volk beschlossenen Wahlrechts überhaupt Bestand hat. Das heißt, eine Wahlkreisversammlung, die

zuvor zusammentritt, weiß gar nicht, was sie entscheidet. Dieser einfache Schluss ist für alle anderen Parteien in dieser Stadt leicht nachvollziehbar. Die SPD und die GAL werden vor dieser Entscheidung keine Wahlkreisversammlungen durchführen. Nur die CDU in ihrer Ignoranz gegenüber dem Verfassungsgericht hat diese Eile. Und dieser Eile müssen wir uns nicht unterwerfen. Daher müssen wir nichts tun, was die parlamentarischen Abläufe ansonsten beeinträchtigt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Dann bekommt das Wort der Abgeordnete Reinert.

Bernd Reinert CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Steffen, Sie wissen genau, dass die Errichtung von 17 Bürgerschaftswahlkreisen in Hamburg heute genauso im Wahlgesetz steht, wie sie durch den Volksentscheid hineingekommen ist. Weiterhin steht dort, dass in jedem dieser Wahlkreise drei bis fünf Abgeordnete zu wählen sind und dass es eine unabhängige Wahlkreis-Kommission gibt, die Vorschläge für die Einteilung der Wahlkreise unterbreitet.

Das alles steht vor dem Hamburgischen Verfassungsgericht überhaupt nicht zur Diskussion. Wir können aber nach diesem Wahlgesetz ab dem 17. März mit der Aufstellung von Kandidaten in den Wahlkreisen beginnen. Und das können alle Parteien.

Jetzt stellen Sie sich bitte einmal vor, eine Partei beginnt mit der Kandidatenaufstellung und sie richtet sich dabei nach dem geltenden Recht. Wenn es dann noch keine Wahlkreiseinteilung gibt, dann ist man rechtlich doch in einem ziemlichen Schwebezustand und diesen Schwebezustand wollen wir hier und heute beenden, damit, wenn legal die Kandidatenaufstellung beginnen darf, auch für alle die Klarheit besteht, zu welchem Wahlkreis wer nun gehört.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch einmal auf diese beiden Wahlkreise, bei denen eine Änderung vorgesehen ist, etwas näher eingehen. Das eine ist die Wahlkreiseinteilung in Hamburg-Mitte. Herr Schulz, so emotional, wie Sie die Wahlkreiseinteilung Harburg geschildert und dann die Wahlkreiseinteilung Mitte mit einem Totalschweigen gewürdigt haben, das spricht auch Bände.

(Beifall bei der CDU)

In Mitte passt Ihnen, verehrte Genossen,

(Michael Neumann SPD: Sie jetzt auch?)

die Wahlkreiseinteilung ganz gut, die die Wahlkreis-Kommission vorgeschlagen hat. Uns sagt sie auch zu. Also wird sie beschlossen.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Bernd Reinert (fortfahrend): Einen kleinen Moment noch, Herr Präsident, wenn das so flexibel gehandhabt werden kann.

In Harburg passt sie Ihnen nicht und dort ist das dann der Skandal.

C

D

- A Wenn der Präsident gestattet, Herr Sarrazin, kann von mir aus jetzt die Zwischenfrage gern gestellt werden.

Zwischenfrage von Manuel Sarrazin GAL:* Herr Reinert, ich wollte Sie fragen, ob Sie Herrn Schulz schon genauso gut kennen wie ich, dass Sie wissen, dass wir beide glühende Harburger sind und von daher manchmal den Fokus etwas mehr auf den Süden richten und die Zustände dort vielleicht auch gerade vor dem Hintergrund der agierenden Person, wie geschildert, etwas anders einschätzen?

Bernd Reinert (fortfahrend): Herr Schulz ist mir durchaus als Harburger bekannt, um das Wort notorisch zu vermeiden.

(*Michael Neumann SPD: Sagt der Bergedorfer!*)

Notorisch heißt eigentlich auch nur bekannt und nicht mehr.

Herr Sarrazin, wenn hier aber jemand für eine Bürgerchaftsfraktion spricht, ist es bezeichnend, wenn er einen Punkt ohne Worte beiseite lässt.

(*Michael Neumann SPD: Zum Schanzenviertel hat er auch nichts gesagt!*)

Jetzt gehen wir noch einmal kurz auf den Wahlkreis Harburg ein. Hier möchte ich die ganz praktische Frage an die potenziellen Wahlkreisandidaten Sarrazin oder Schulz stellen: Wie sieht das eigentlich im Grenzbereich dieser beiden Harburger Wahlkreise aus, wenn Sie Ihre Wahlwerbung betreiben und Ihre Wahlplakate aufstellen wollen, wo doch die Wahlkreisgrenze permanent von der einen Straßenseite auf die andere wechselt, nämlich 100 Meter in das eine Wahlkreisgebiet hinein und ein Stück weiter geht es dafür dann 300 Meter in die andere Richtung. Wenn Sie dort ein Wahlplakat genau auf die Grenze stellen, dann kann es Ihnen passieren, dass, wenn Sie abends plakatieren, am nächsten Morgen das von Ihrem eigenen Kollegen überplakatiert ist.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD: Es spricht der Chef-Wahlplakatierer der CDU-Fraktion!*)

Außerdem – und das ist der letzte Satz, Herr Präsident – musste vermieden werden, dass der eine Wahlkreis nach Wahlgesetz fast unter die Mindestgröße gefallen wäre. So stellen wir hiermit sicher, dass alles korrekt läuft.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Güçlü.

Nebahat Güçlü GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt nicht inhaltlich etwas zu dieser Debatte sagen.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, das sollten Sie aber.

Nebahat Güçlü (fortfahrend): Herr Präsident, wenn Sie gestatten, möchte ich zum Ausdruck bringen, dass ich Begriffe wie "getürkt" von Herrn Voet van Vormizeele nicht in Ordnung finde.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

C

Ich bin darüber schockiert, dass das Wort hier nicht einmal eine Rüge erfährt und dass ich solche Begriffe in einem Parlament nicht gern hören möchte. Ich finde das unmöglich und erwarte auch eine Entschuldigung,

(*Wolfhard Ploog CDU: Da hat Herr Müller ganz andere Dinge gesagt!*)

sowohl an Frau Özoguz als auch an mich. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Sarrazin.

Manuel Sarrazin GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Reinert, es ist sehr freundlich von Ihnen, dass Sie in mir einen potenziellen Wahlkreisandidaten sehen. Ich werde das an die Harburger GAL weiterleiten. Ob sie das aber genauso sieht, das weiß ich nicht. Gegebenenfalls werde ich einen Termin zwischen Ihnen und der Harburger GAL vereinbaren, falls ich Schwierigkeiten bekommen sollte.

(*Bernd Reinert CDU: Ich schreibe Ihnen eine Empfehlung!*)

Sie können auch gern mit mir plakatieren kommen. Wenn Sie schon das Thema angesprochen haben, dann müssten Sie wissen, dass die jetzige Wahlkreisgrenze in der Mitte einer Straße verläuft,

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD)

- B und zwar entgegen aller normalen Strukturen, die in diesem Stadtteil stattfinden, nämlich entlang des sogenannten Milchgrundes.

D

Dort trifft genau das zu, was Herr Schulz beschrieben hat. Heimfeld ist normalerweise dadurch geprägt, dass es sich entlang der Heimfelder Straße entwickelt. Es gab hierüber schon vor einigen Jahren einen Artikel in der Zeitung "Die Zeit", wie sehr sich dieser Stadtteil in verschiedenen sozialen Schichten, die Gesellschaft praktisch ablesbar machend, entlang der Heimfelder Straße aufschnürt. Was machen Sie? Mitten in diesem Stadtteil, zwischen Heimfeld-Nord und dem Villenviertel setzen Sie eine Grenze hinein und wir als Abgeordnete sollen dann in Zukunft nicht mehr für ganz Heimfeld und Eißendorf, sondern nur noch für einen Teil eintreten.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten auch Sie eine Zwischenfrage?

Manuel Sarrazin (fortfahrend): Bitte.

Zwischenfrage von Niels Böttcher CDU:* Herr Sarrazin, ist Ihnen bekannt, dass Mehr Demokratie im Stadtteil Eimsbüttel genau in der Mitte durchgetrennt hat und dass es dort dafür auch keine Argumente gab. Die Kolleginnen und Kollegen der GAL Eimsbüttel haben versucht, das herauszufinden, aber auch keine Antwort erhalten. Es ist einfach so festgelegt worden.

Präsident Berndt Röder: Herr Abgeordneter, ist Ihnen das bekannt?

A **Manuel Sarrazin** (fortfahrend): Herr Kollege, mir ist bekannt, dass die Wahlkreiseinteilungen in Eimsbüttel, wie sie die Mehr Demokratie vorgenommen hat, nicht überall auf ungeteilte Begeisterung gestoßen ist.

(Zuruf von der CDU: Ah, ah!)

Allerdings war Mehr Demokratie so weise oder vielleicht am Ende dann nicht mehr so weise, die Formulierung einer unabhängigen Wahlkreis-Kommission in den Entwurf mit hineinzunehmen.

(Harald Krüger CDU: Das ist das, was hier passiert!)

Wenn im Übrigen der alte Harburger, Manfred Brandt, gewusst hätte, wie Ralf-Dieter Fischers Finger anscheinend immer noch oder zum ersten Mal in unabhängige Wahlkreis-Kommissionsvertreter der Hamburger CDU hineingreifen können, dann hätte das sicherlich anders in der Vorlage von Mehr Demokratie ausgesehen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – Kai Voet van Vormizeele CDU: Unverschämtheit!)

Das eigentlich Interessante hieran ist, dass Harburg doch endlich einmal richtig Einfluss in die Hamburger Politik nehmen kann, aber leider in einem Fall, in welchem Sie dann vergessen, sich aus Harburg auch noch eine inhaltliche Begründung abzuholen.

Die einzige Begründung, die uns hierzu bisher einfällt, ist, Harburger Kungelrunden. Das finde ich schade, denn inhaltlich macht das absolut keinen Sinn.

B Aber, Herr Voet van Vormizeele, ich möchte noch einen Satz sagen. Sie wissen ja, ich bin Student und lerne zurzeit im allerersten Semester Staatsrecht und Grundrechte. Wenn Sie sagen, dass die Opposition eine öffentliche Anhörung eines Ausschusses dadurch verändert hätte, dass besonders viele Bürgerinnen und Bürger mit einem gewissen politischen Hintergrund anwesend waren, dann frage ich Sie zum einen: Möchten Sie verhindern, dass zukünftig bei solchen Anhörungen Menschen, die Parteimitglieder oder Mitglieder einer Initiative wie Mehr Demokratie sind, teilnehmen oder nicht? Und zum anderen frage ich mich auch: Warum haben Sie nicht dafür gesorgt, dass Mitglieder aus Ihrer Partei dort hingekommen sind und erklärt haben, welche Gründe vorliegen, die Wahlkreis-Zuschneidung so vorzunehmen, wie Sie es tun? Hierauf antworte ich Ihnen: Sie konnten das nicht, weil es hierfür keinen vernünftigen Grund gibt, den man anführen könnte.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn Sie in Zukunft öffentliche Anhörungen so gestalten wollen, dass Sie sagen, Menschen, die ein gewisses politisches Interesse verfolgen, sollen nicht mehr daran teilnehmen – sonst würden Sie in diesem Hause den Oppositionsparteien vorwerfen, dass sich diese Menschen dort zu Wort melden –, dann frage ich mich wirklich, welchen Anspruch haben Sie eigentlich an Ihre parlamentarische Arbeit und an Ihr demokratisches Grundverständnis? – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte den CDU-Antrag aus der Drucksache 18/5717 annehmen und das darin enthaltene Gesetz zur

C Änderung des Gesetzes über die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft in der Fassung vom 22. Juli 1986, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 19. Oktober 2006 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das Erstere war die Mehrheit. Das Gesetz ist in erster Lesung beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist der Fall. Damit wird auch hierzu morgen die zweite Lesung stattfinden.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg. Bis morgen. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 20.31 Uhr

_____ Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

_____ In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Petra Brinkmann, Hans-Christoff Dees, Werner Dobritz, Katja Husen, Lutz Kretschmann-Johannsen und Dr. Mathias Petersen.

D

Anlage

Zu Punkt 19

(siehe Seite 3996 A)

Namentliche Abstimmung**über den Gemeinsamen Bericht des federführenden Haushaltsausschusses und des mitberatenden Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 18/5526:****Haushaltsplan 2007/2008****Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010" (SIP)****"Realisierung des Projekts Elbphilharmonie"****Nachforderung von Haushaltsmitteln im Einzelplan 1.1****"Senat, Personalamt"****Einzelplan 3.3 "Kulturbehörde"****(Senatsvorlage)****– Drucksache 18/5824 –**

<u>Name</u>	<u>Abstimmungsergebnis</u>	<u>Name</u>	<u>Abstimmungsergebnis</u>
Ahrons, Barbara	Ja	Fuchs, Michael	Ja
Bestmann, Tanja	Ja	Gienow, Hanna	Ja
Beuß, Wolfgang	Ja	Goetsch, Christa	Ja
Bliebenich, Bettina	Ja	Goldberg, Thies	Ja
Blömeke, Christiane	Ja	Grapengeter, Jens	Ja
Boeddinghaus, Sabine	Ja	Grund, Uwe	Ja
Böttcher, Niels	Ja	Güçlü, Nebahat	Ja
Böttger, Olaf	Ja	Hamann, Jörg	Ja
Brüning, Prof. Dr. Barbara	Ja	Harlinghausen, Rolf	Ja
Buss, Wilfried	Ja	Hecht, Heiko	Ja
Capeletti, Bernd	Ja	Heinemann, Robert	Ja
Claußen, Bruno	Ja	Heintze, Roland	Ja
Cords, Ingrid	Ja	Hesse, Klaus-Peter	Ja
Dietrich, Lars	Ja	Hilgers, Dr. Andrea	Ja
Dräger, Gesine	Ja	Hochheim, Dr. Natalie	Ja
Dressel, Dr. Andreas	Ja	Hoth, Dietrich	Ja
Duden, Barbara	Ja	Jäger, Dr. Manfred	Ja
Eggers, Karin	Ja	Jensen, Hans Heinrich	Ja
Egloff, Ingo	Ja	Jürs, Vera Antonia	Ja
Ehlers, Inge	Ja	Kerstan, Jens	Ja
Engels, Hartmut	Ja	Kienscherf, Dirk	Ja
Ernst, Britta	Ja	Kleibauer, Thilo	Ja
Fiedler, Luisa	Ja	Klooß, Rolf-Dieter	Ja
Finck, Henning	Ja	Köncke, Gudrun	Ja
Fischer, Lydia	Ja	Koop, Karen	Ja
Frank, Günter	Ja	Kraxner, Stefan	Ja
Frankenberg, Egbert von	Ja	Krüger, Harald	Ja
Freistedt, Marino	Ja	Kruse, Rüdiger	Ja
Frommann, Jörn	Ja	Lafrenz, Hans	Ja

<u>Name</u>	<u>Abstimmungsergebnis</u>	<u>Name</u>	<u>Abstimmungsergebnis</u>
Langhein, Dr. A. W. Heinrich	Ja	Stehr, Dr. Diethelm	Ja
Lappe, Dr. Verena	Ja	Strasburger, Stefanie	Ja
Lein, Gerhard	Ja	Thomas, Elke	Ja
Lemke, Dittmar	Ja	Timmermann, Karin	Ja
Lieven, Claudius	Ja	Trepoll, André	Ja
Lühmann, Jörg	Ja	Veit, Carola	Ja
Maaß, Christian	Ja	Voet van Vormizeele, Kai	Ja
Machaczek-Stuth, Bettina	Ja	Vogt-Deppe, Silke	Ja
Maier, Dr. Willfried	Ja	Wankum, Andreas C.	Ja
Mandel, Doris	Ja	Warnholz, Karl-Heinz	Ja
Martens, Brigitta	Ja	Wersich, Ekkehart	Ja
Marx, Wolfgang	Ja	Winter, Herbert	Ja
Mattner, Dr. Andreas	Ja	Zuckerer, Walter	Ja
Meyer-Kainer, Marita	Ja		
Möller, Antje	Ja		
Müller, Farid	Ja		
Müller-Kallweit, Wolfgang	Ja		
Neumann, Michael	Ja		
Niedmers, Ralf	Ja		
Ohlsen, Olaf	Ja		
Opitz, Dr. Heike	Ja		
Özoguz, Aydan	Ja		
Ploog, Wolfhard	Ja		
Pumm, Erhard	Ja		
Quast, Jan	Ja		
Reinert, Bernd	Ja		
Riecken, Jan Peter	Ja		
Röder, Berndt	Ja		
Rogalski-Beeck, Karin	Ja		
Roock, Hans-Detlef	Ja		
Rosenfeldt, Jenspeter	Ja		
Rusche, Dietrich	Ja		
Sardina, Alexander-Martin	Ja		
Sarrazin, Manuel	Ja		
Schaal, Dr. Monika	Ja		
Schäfer, Dr. Martin	Ja		
Schira, Frank-Thorsten	Ja		
Schmidt, Jürgen	Ja		
Schulz, Rüdiger	Ja		
Spethmann, Viviane	Ja		
Stapelfeldt, Dr. Dorothee	Ja		
Steffen, Dr. Till	Ja		